

Soweit die Mitteilungen. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2

**Bericht des Finanzausschusses zu einer Vorlage der Landesregierung betreffend einen Antrag auf Festlegung des Voranschlages des Landes Vorarlberg für das Jahr 2005 (Beilage 4/2004-XXVIII)**

Im Finanzausschuss am 1.12.2004 behandelt. Die Information über das Straßenbauprogramm sowie über das Hochbauprogramm des Landes laut Voranschlag 2005 erfolgte im Volkswirtschaftlichen Ausschuss ebenfalls am 1.12.2004. Zur Berichterstatterin wurde die Abgeordnete Theresia Fröwis gewählt. Ich bitte, am Berichterstattersessel Platz zu nehmen. Ich eröffne die Debatte in zweiter Lesung. Ich bitte die Berichterstatterin dann um ihren Bericht.

Ich darf noch darauf aufmerksam machen, dass wieder eine Redezeitbeschränkung im Erweiterten Präsidium vereinbart wurde. Für den Landeshauptmann als Finanzreferent und Erstredner, sowie für jeden Erstredner der Fraktionen sind 20 Minuten vorgesehen; jeder weitere Redner und Rednerin 10 Minuten. Es ist auch eine Reihenfolge der Fraktionen vereinbart worden. Also nach dem Landeshauptmann und Finanzreferenten in der ersten Runde: die SPÖ, die Grünen, die FPÖ und dann die ÖVP, dann alle Fraktionen, je nach Wortmeldungen. Ich bitte die Berichterstatterin.

**Fröwis:** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Hoher Landtag! Die Vorarlberger Landesregierung hat dem Landtag gemäß Art. 56 Abs. 2 der Landesverfassung den Landesvoranschlag für das Jahr 2005 vorgelegt. In Form und Gliederung entspricht der Voranschlag 2005 der auf Grund des § 16 Abs 1. Finanzverfassungsgesetz 1948 vom Bundesminister für Finanzen erlassenen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, Bundesgesetzblatt Nr. 787/1996, in der Fassung Bundesgesetzblatt Nr. 2433/2001.

Der Gesamthaushalt sieht bei den Einnahmen € 1,148.016.300,-- und bei den Ausgaben € 1,159.006.000,-- vor. Der präliminierte Abgang beträgt damit € 10.989.700,--, zu dessen Bedeckung eine fünfprozentige Bindung aller Förderungsausgaben mit der finanzwirtschaftlichen Kennziffer 5 (6. Dekade des Ansatzes) im Ausmaß von insgesamt € 73.264.700,-- vorgesehen ist. Die Ausgaben Summe des Gesamthaushaltes 2005 ist gegenüber dem Vorjahr um € 31.787.300,-- oder um 2,82 Prozent höher. Die Erhöhung des Budgetvolumens wurde unter anderem aus verrechnungstechnischen Gründen um € 35.700.000,--, zwecks Erreichung eines positiven Maastricht-Ergebnisses, notwendig. Wird das Budgetvolumen um den angeführten Einfluss bereinigt, verbleibt bei einem echten Vergleich der Ausgaben eine Erhöhung um € 20.987.300,-- bzw. Plus 1,90 Prozent gegenüber 2004. Auf der Einnahmenseite konnte der Voranschlagswert des Jahres 2005 gegenüber dem des Jahres 2004 um rund 31,7 Millionen Euro oder um Plus 2,82 Prozent erhöht werden. Die zu erwartenden Ertragsanteile des Landes wurden mit 342,12 Millionen Euro errechnet. Der vorgesehene und vom Land Vorarlberg eingeforderte Maastricht-Überschuss von rund 79,9 Millionen Euro hilft dem Gesamtstaat bei der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und entspricht den Anforderungen des Österreichischen Stabilitätspaktes.

In der Sitzung des Finanzausschusses am 1. Dezember 2004 wurde der Landesvoranschlag 2005, Beilage 4/2004, beraten und diskutiert. Von der SPÖ-Fraktion wurden 14 Abänderungsanträge im Ausmaß von € 6.035.000,-- Mehrausgaben und € 700.000,-- Mehreinnahmen eingebracht.

Von den Grünen wurden 22 Abänderungsanträge mit Mehrausgaben von € 5.687.000,-- und Mehreinnahmen von € 6.990.100,-- eingebracht.

Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber erläuterte den Voranschlag über den Landeshaushalt für das Jahr 2005. Mit Mühe sei es gelungen, den Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schaffen. Im Gegensatz zur Einnahmenentwicklung gebe es bei den Ausgaben zum Teil erhebliche Steigerungen. Trotzdem sei es möglich gewesen, die Maastricht-Ziele zu erreichen.

Klubvorsitzende Sader führte an, dass die Anträge der SPÖ zur Abfederung sozialer Härten dienen würden.

Klubobmann Rauch erklärte, es solle insbesondere eine Verlagerung vom Straßenbau in den Sozialbereich erfolgen. Außerdem gehe es um arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Klubobmann Ing. Amann erklärte, einige Ansätze seien durchaus diskussionswürdig, aber nicht unter diesem Budget. Es sollen nicht weitere Rücklagen entnommen werden. Er befinde den Voranschlag ausgewogen.

Klubobmann Wallner wies darauf hin, dass der Landesvoranschlag 2005 ausreichend Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beinhalte. Investitionsschwerpunkte, wie die großzügige Wohnbauförderung, das ambitionierte Hochbauprogramm, der Ausbau der Spitäler, die Modernisierung der Schulen und die Gemeindeförderung stärken die Wirtschaft, wobei eine Kürzung im Straßenbau um 6 Millionen Euro eine klare Absage an die Wirtschaft bedeuten würde. Ein noch größerer Zugriff auf die Rücklagen des Landes bringe keine Lösung des Problems.

Der Vorsitzende brachte die Anträge zur Abstimmung. Alle 36 Anträge fanden nicht die notwendige Mehrheit und wurden abgewiesen. Soweit mein Bericht. Herr Präsident, ich bitte um die Generaldebatte.

**Präsident:** Ich danke der Berichterstatterin. Auf der Zuschauergalerie darf ich noch Alt-Klubobmann Günther Keckeis begrüßen. (Beifall!) Ich begrüße aber auch Heinz Fischer als budgetverantwortlich Bediensteten, Danke für sein Engagement und seine verantwortungsvolle Aufgabe. Ich begrüße auch den Landesamtsdirektor. Zu Wort gemeldet ist Landeshauptmann und Finanzreferent Dr. Herbert Sausgruber, bitte.

**Dr. Sausgruber:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie schon die Berichterstatterin einleitend ausgeführt hat, war diesmal die Vorgabe für die Erstellung des Budgets, den Ausgleich zu schaffen und damit den Spielraum für die Zukunft offen zu halten, bei sinkenden Haupteinnahmen aus den verbundenen Steuern, nicht mehr nur bescheiden steigenden, wie in den vergangenen Jahren, sondern diesmal "sinkenden" Einnahmen, und gleichzeitig nicht nur das Notwendige zu tun, sondern Akzente zu setzen, Schwerpunkte zu bilden und Weichen zu stellen. Die Ausgleichsanstrengung ist gelungen, allerdings diesmal wieder mit einer etwas höheren Rücklagenentnahme von etwas über 20 Millionen Euro und einer 15-prozentigen Bindung – im letzten Jahr und in den letzten Jahren sind wir mit 12-prozentiger Bindung zurecht gekommen. Das heißt, für den Haushaltsvollzug, seine Intelligenz und Konsequenz in der Umsetzung, sind die Anforderungen für alle Referate recht hoch. Ich sage Intelligenz deshalb, weil beim Sparen neben der Konsequenz auch eine gewisse Beweglichkeit notwendig ist, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Und die

haben wir bisher in einer guten Form in unseren Referaten bewiesen, sonst stünden wir nicht wo wir stehen.

Es ist ein Gesamtwachstum, wenn man die Sonderfaktoren abrechnet, von nur 1,9 Prozent, also in der Inflationsabgeltung, real Null. Das heißt natürlich, wenn man Schwerpunkte setzt – und wir tun das -, dass in anderen Bereichen eine besondere Verflachung der Ausgaben notwendig war, sonst ist dieses Ziel nicht erreichbar. Es ist uns gelungen pakttreu zu sein was den Stabilitätspakt angeht. Wir bringen 80 Millionen Euro in die österreichische Bilanz ein zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte. Das heißt nicht, dass wir das Geld überweisen – das tun wir nicht. Wir bringen in die österreichische Bilanz buchhaltungsmäßig vereinbarungsgemäß diesen Aktivposten vor allem über die Wohnbauförderung ein.

Wir haben bewusst Schwerpunkte gesetzt, weil gelegentlich Gegner des Sparens den Eindruck versuchen zu erwecken, als ob Sparen mit "Fortführung, verwaltender, nicht gestaltender Fortführung des Geschehens aus der Vergangenheit" zu tun hätte. Das Gegenteil ist der Fall! Die Kunst besteht eben darin, nicht das Bankbedienen zum Schwerpunkt des Haushaltes zu machen, sondern den Spielraum zu haben Akzente zu setzen. Etwa in der Konjunkturpolitik, im Baugeschehen, etwa im Bereich der Arbeitsmarktbetreuung von Menschen, die das brauchen, oder im Bildungsbereich, wo es ganz entscheidend ist, dass eine Gebietskörperschaft die Fähigkeit hat, nicht nur zu diskutieren, sondern auch im finanziellen Bereich Schwerpunkte zu setzen. Das gilt im Bereich Gesundheitswesen, es gilt auch im Bereich der Familienförderung, wo es darum geht, unter anderem auch Kinderbetreuungseinrichtungen, gemeinsam mit den Gemeinden zu forcieren. Auch das braucht die Fähigkeit, in einem gewissen Umfang nicht nur Diskussionsbeiträge abzusondern, sondern auch Geld auszugeben. Und das kann man nur, wenn man sich die Spielräume erkämpft.

Wir haben bewusst in Österreich durch eine große Steuerreform in der Größenordnung von insgesamt drei Milliarden Euro – das ist weit mehr als ein Prozent des Brutto-Inlandsproduktes, 1,5 Prozent fast – als Gebietskörperschaften bewusst auf Einnahmenwachstum verzichtet, aus guten gesamtwirtschaftlichen Überlegungen, um den Druck zur Verlagerung von Firmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, geringer zu halten, den Standort Österreich und damit auch den Standort Vorarlberg attraktiv zu halten, und Zweitens, das wird oft in der öffentlichen Diskussion etwas zu wenig berücksichtigt, die Nachfrage zu stützen. Die Vitalität der wirtschaftlichen Entwicklung hängt auch davon ab, dass Haushalte wieder etwas optimistischer als Nachfrager auftreten. Das setzt aber natürlich auch finanziellen Spielraum voraus. Der wird durch die Steuerreform in einem gewissen Umfang gewährt.

Ich habe bei dieser Konzeption der Steuerreform mitgewirkt – das ist von manchen positiv beurteilt, von manchen kritisiert worden, das liegt in der Natur der Sache. Ich halte es für richtig, wie die Konzeptionen entwickelt wurden. Und ich hoffe, dass das erwartete halbe Prozent an Wirtschaftswachstum durch bessere Standortqualitätsmerkmale und bessere Nachfrage, vielleicht sogar stärker vom Zweiten her, tatsächlich kommt.

Die Entwicklung unseres Arbeitsmarktes hat sich dem österreichischen Schnitt angeglichen. Das ist für uns nicht erfreulich und eine Herausforderung, die uns die nächsten Jahre begleiten wird. Ich bin sehr froh - das ist auch eine Frucht einer gut gepflegten Sozialpartnerschaft im Lande -, dass wir in der Lage waren, alle Sozialpartner in einer Analyse und auch in einer einstimmigen Willensbildung, was die Maßnahmen angeht, einzubinden und einen Konsens zu erzielen. Das ist bei Gott nicht selbstverständlich. Und dort gibt es einen breiten Konsens,

dass wir weiterhin die langfristigen Maßnahmen zur guten Ausbildung, Qualifikation, auch Maßnahmen in Richtung Forschung und Entwicklung, betriebsnaher Forschung und Entwicklung, fortsetzen, die finanziellen Spielräume dort sehr stark konzentrieren. Also etwa die neuen Schritte: Bildungszuschuss, der sehr gut angenommen wird; Lehre mit Matura; die Praktikerlehre, die hoffentlich in den nächsten Monaten jetzt kommt - dort gibt es einige Hürden auf Bundesebene noch -; auch das Sponsoring von Illwerke und VKW, die mit beachtlichen Millionenbeträgen in Zukunft in die Forschung investieren werden, nenne ich nur als Beispiel.

Es ist aber auch wichtig, dass die Analyse übereinstimmend gesehen wird, dass wir erkennen, dass ein Land mit sehr starker Exportorientierung, starkem Produktionsanteil, damit auch einem relativ starken Anteil nicht so hoch qualifizierter Arbeitskräfte, bei internationaler Wachstumsschwäche besondere Probleme hat. Und dass wir an diesem Bild unserer wirtschaftlichen Situation, die einerseits Stärke bedeutet, aber in manchen Situationen natürlich eine besondere Empfindlichkeit hat, auch ansetzen, und natürlich auch sehen, dass bei starker Exportorientierung die Währungsparitäten, vor allem dem Dollar gegenüber, und auch die Besonderheit eines stärkeren Bevölkerungswachstums – an sich erfreulich - aber in dieser Hinsicht eine zusätzliche Schwierigkeit und Herausforderung bedeuten. Ebenso froh bin ich, dass es gelungen ist, einige Maßnahmen der Betreuung von Arbeitssuchenden fortzusetzen, unter Umständen auch zu verstärken. Da nenne ich zunächst die Verlängerung der Aktion "job for you". Die Zusage des Bundesministers Bartenstein liegt vor. Es ist uns im laufenden Jahr gelungen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit sehr erfolgreich zu vermitteln, in einer gemeinsamen Anstrengung, durch Angebote dieser Aktion. Man kann bekanntlich für Langzeitjugendarbeitslose, männlichen Geschlechts ab sechs Monaten, weiblichen Geschlechts ab drei Monaten, für ein halbes Jahr zwei Drittel der Lohnkosten aus öffentlichen Mitteln anbieten – seien es Gemeinden, seien es Unternehmen. Und es haben sich neben den Sozialpartnern und den Unternehmen auch die Bürgermeister engagiert, und selbstverständlich das AMS auch. Und wir waren hier recht erfolgreich. Darum ist es wichtig, dass diese Aktion fortgesetzt wird. Und ich appelliere jetzt schon wieder an die Bürgermeister und die Unternehmen, sich zu engagieren, den Jungen eine Chance zu geben und diese Angebote auch zu nutzen.

Wir sind übereingekommen, die Implacement-Stiftung zu forcieren. Ein Modell, das sich ebenfalls gut bewährt hat, wenn möglich bis zur Verdoppelung. Ich habe gesagt, die Landesbudgetsumme in dem Bereich ist nach oben offen. Also ähnlich wie bei den anderen Aktionen, wo wir das schon einmal gemacht haben, soll eine vernünftige Aktion keinesfalls an fehlenden Landesmitteln etwa scheitern. (Beifall!) Wir sind übereingekommen, die Jobbörsen noch aktiver zu verwenden und die schon bekannten und in Vorarlberg sehr gut strukturierten Aktionen in einer gemeinsamen Anstrengung fortzusetzen. Diese Strukturen sind sehr intensiv. Es ist erstaunlich – und ich würde empfehlen, auch den Abgeordneten, sich durch Augenschein einmal näher zu informieren; ich war gestern in Frastanz bei dieser Einrichtung Aqua, wo eine neue Struktur geschaffen wird. Das ist beachtlich, mit welcher Intensität, auch mit welcher personellen Intensität und Fachkompetenz Arbeitslose bzw. Arbeitssuchende in diesen Strukturen betreut werden, und zwar in Zusammenarbeit zwischen kommunaler Ebene, Arbeitsmarktservice und natürlich der Finanzierung durch das Land. Das ist sicher ein guter Weg.

Der Herr Landtagspräsident hat den Österreich-Konvent angesprochen, der jetzt in die Schlussphase gerät. Es ist richtig – das war ja natürlich auch von Anfang an bekannt -, dass bei einer Fülle von Vorschlägen letztlich das, was verfassungsändernd auf Bundesebene sein wird, einer Zweidrittelmehrheit bedarf. Und bei gegebener Verteilung der Mandate durch

Wählerwillen bedeutet das, dass die beiden Parteien ÖVP und Sozialdemokraten letztlich zu einem Konsens kommen müssen, sonst gibt es diese Mehrheit nicht. Das ist die Gegebenheit, die wir vorfinden. Und das macht einiges nicht ganz so leicht, weil die unterschiedlichen Auffassungen in verschiedenen Bereichen gegeben sind. Uns interessiert vor allem die Kompetenzverteilung in diesem Zusammenhang, die Möglichkeit, die Gesetzgebung einfacher, kompakter, entscheidungsfähiger zu gestalten, und im Wahlrecht die Briefwahl.

Die Vorarlberger Vertreter haben einen Vorschlag erarbeitet. Wenn der Herr Präsident Fiedler fragt, er möchte wissen, was Vorarlberg für Vorstellungen hat? Wenn er's nicht schon weiß - ich frag' mich, warum er's nicht schon weiß? -, dann kann man ihm das sehr gerne sagen. Ich bin jedenfalls in der Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Versuch, doch noch eine Bewegung zu erzielen in der Kompetenzfrage der Landeshauptmänner drinnen. Und die Grundvorstellung ist eigentlich recht einfach: Wir bieten dem Bund an – wollen wir schauen, ob's dann andere Länder sind; ich spreche jetzt für Vorarlberg -, wir meinen, man sollte dem Bund anbieten, er kann in den Kompetenzbereichen, in denen er zuständig ist, alleine im Nationalrat entscheiden. Wir brauchen die Doppelstrickerei nicht. Dort muss der Bundesrat dann nichts mehr sagen. Dafür sollen die Länder, dort wo sie zuständig sind, nicht mehr mit dem Einspruch des Bundes zu tun haben. Dort brauchen wir die Doppelstrickerei auch nicht, und den Beharrungsbeschluss und solche Dinge. Das wäre einmal eine gewisse Vereinfachung. Und dann gibt es Kompetenzbereiche, wo man gemeinsam agieren sollte, nicht zu viel, aber doch einige. Ich sage jetzt einmal als Beispiel das Elektrizitätsrecht, das wir nicht aus den Händen geben sollten, sonst sind einige Vorteile für den Standort weg. Das möchten wir nicht. Oder zum Beispiel Krankenanstaltenwesen, wo's gewisse Standards – nationale - braucht, aber dann auch wieder Spielräume. Dort wäre das Angebot zu sagen, machen wir nicht wie bisher doppelte Akte, einmal der Bund und dann der Landesgesetzgeber, sondern einen Akt, den aber gemeinsam. Also Nationalrat beschließt und es tritt in Kraft, wenn Bundesrat und eine qualifizierte Mehrheit der Länder zustimmt, vertreten zum Beispiel durch den Landeshauptmann. Das würde einen gewissen Druck zur Zusammenarbeit bedeuten, wie beim Finanzausgleich, und hätte den Vorteil von einheitlichem Akt und nicht doppelt gestrickten Dingen. Es ist uns bisher nicht gelungen, die notwendige zweidrittelfähige Mehrheit zu finden. Vielleicht gelingt's in den nächsten Wochen, und grad auch die Briefwahl noch dazu. Das wäre keine besondere intellektuelle Anstrengung, weil's ja auch nicht wirkliche Gegenargumente gibt. Es wird sich zeigen, ob die Blockade der Sozialdemokraten auf Bundesebene durch Vernunftargumente aufhebbar ist.

Jedenfalls brauchen wir in dem Konventsgeschehen in keinem Fall mehr Zentralisierung und Bürokratie. (Beifall!) Wir brauchen's weder bei den Sozialstandards, die nämlich bei uns höher sind, noch brauchen wir's bei der Pflege, wo wir gute Strukturen haben, noch brauchen wir's im Gesundheitswesen, wo wir in der Lage sein werden, unsere Hausaufgaben zu erledigen. Das bedeutet in den nächsten Jahren Schwerpunktbildung. Schwerpunktbildung bedeutet natürlich auch das Gegenteil an den Orten, wo nicht Schwerpunkt gebildet wird im jeweiligen Fach – das muss man offen aussprechen. Wir werden auch bei der Spitalsfinanzierung im Gleichschritt mit Wien den Spalkostenbeitrag auf € 10,-- anheben müssen in den nächsten Wochen, zeitgleich und im Umfang gleich. Wir brauchen Spielraum in der Energiepolitik. Wo wären wir, hätten wir diese Kompetenz nicht? Kops II, Forschungsförderung und anderes würde vielleicht nicht in derselben Weise stattfinden.

Wir brauchen aber auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit, das heißt, Handlungsfähigkeit auch durch Kompromiss zwischen den Ländern und auch auf Gemeindeebene in den nächsten Jahren. Ich bin zutiefst überzeugt, dass der Föderalismus und auch die Gemeindeautonomie in den nächsten Jahren nur dann eine Chance haben, wenn die Fähigkeit zur Zusammenarbeit

wesentlich und intensiver noch als bisher gepflegt wird, auch zwischen den Ländern. Und insofern sehe ich's als positives Zeichen, dass der Finanzausgleich in der Weise abgeschlossen werden konnte wie er abgeschlossen wurde. Dass wir die Finanzmasse halten konnten – das war immer meine These, da werden wir kämpfen darum -, dass sie sogar etwas erweitert werden konnte ist natürlich erfreulich. Man nimmt immer gern was dazu – das kann man auch brauchen und braucht es auch. Sehr erfreulich ist, dass es gelungen ist, die Wohnbauförderung zu halten, und zwar nicht nur ein Drittel davon oder zwei Drittel, sondern das ganze Geld, alle Elemente. Weil ja einer schon einmal gerufen hat, "wir haben's", oder?, wo man erst zwei Drittel hatte. Dass es gelungen ist, die Spitalsfinanzierung in einer zwar nicht angenehmen – das stimmt schon -, aber doch vernünftigen Form auf die Beine zu stellen, die bei Straffung der Strukturen eine gewisse solide Finanzierung möglich macht. Aber wir werden uns anstrengen müssen im Ausgabenbereich. Und vor allem, dass es gelungen ist, die Gemeinden mit, wenn auch bescheidenen, aber doch zusätzlichen Mitteln zu versehen, und eine gewisse Verbesserung bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern zu erreichen, und vor allem – das sei jetzt als Westmann in Österreich gesagt – für unsere Gemeinden zu verhindern, dass es zu einer massiven Verschlechterung unter dem Titel des "Ausgleichs Ost-West" kommt. Wir sind ja nicht neidig, aber haben die Auffassung, dass Ausgleich auch irgendwann einmal ein Ende haben muss, und dass das bisher vereinbarte Ende ein vernünftiges ist. Das können wir uns auf die Fahnen heften, dass das gelungen ist durch Präsenz und durch entsprechende akzeptable Vorschläge. Sonst hätten wir dort etwas blass aus der Wäsche geschaut.

Abschließend möchte ich sagen, darum ein gutes Beispiel, weil die ganz simple Grundüberlegung aufgegangen ist, die am Beginn der Verhandlungen nicht alle Ländervertreter hatten, dass es für uns ganz entscheidend ist, alle Länder unter einen Hut zu bringen, also die Solidarität der Länder nicht aufzubrechen, das heißt, unter Einschluss von Wien. Und dass es entscheidend ist, Länder- und Gemeindeinteressen, und zwar Gemeinde-Bund kleine, und Städte-Bund große – was auch nicht ganz so einfach ist – ebenfalls unter einen Hut zu bringen. Und auf dieser Basis mit dem Bund vernünftige Gespräche zu führen, das setzt natürlich Kompromissfähigkeit in allen Bereichen voraus. Und insofern sind alle prächtig ausgestiegen. Und mich freut's, dass sich alle freuen. Das ist allemal ein gutes Zeichen.

Abschließend darf ich sagen, dass dieses Budget einen Rahmen setzt, der die Realität wiedergibt. Wir können lange nicht alles tun, was gut begründbar ist. Wir tun das auch bewusst nicht, sondern setzen Schwerpunkte. Etwa im Bereich des Baugeschehens, indem wir den Hochbau auf sehr hohem Niveau halten, die Wohnbauförderung auch als Impulsgeber verwenden, ebenso die Gemeindeförderung. Gerade die Strukturförderung hat eine belebende Wirkung. Und im Übrigen, neben dem Gesundheits- und Sozialbereich, den Bereich der Ausbildung, der Forschung und Entwicklung, also der Kräfte der Wirtschaft, die für Wachstum und letztlich dann auch für die Chance, auch Arbeitsplätze zu schaffen, stehen, zu stärken, und nicht in Aktionismus verfallen, nicht in die Falle kurzfristiger Strohfeueranzünder verfallen, sondern die Menschen, die's brauchen, ordentlich betreuen. Und im Übrigen ganz konsequent auf diese langfristige Strategie der Stärkung der vitalen innovatorischen Wachstumskräfte der Wirtschaft zu setzen.

Und ich darf abschließend sagen, auch wenn ich manchmal den Eindruck habe, dass die Öffentlichkeit die Diskussion nicht so gerne aktiv führt, aus wirklich intensiver Überlegung: Das Projekt "Kinder in die Mitte zu nehmen" ist nicht irgendein Projekt dieser Regierung, sondern es ist ein zentrales Projekt. Wir sehen es auch an der etwas hektischen, aber im Übrigen, finde ich, sehr chancenreichen Diskussion um Schulbildung rundum, über die Studie, bei der wir mit einem schlechten Dreier abgeschnitten haben, was nicht gut ist. Aber

man kann ja immer besser werden. Wie entscheidend es ist, dass die gesellschaftlichen Kräfte sich stärker angewöhnen, die Interessen, die Entwicklungsfähigkeit, die Chancen der Kinder zu berücksichtigen, und nicht nur die kurzfristigen Interessen der Erwachsenen. (Beifall!) Das ist leichter gesagt als getan, weil es natürlich manche Veränderungen verlangt, in der Denkweise und auch in der Lebenspraxis – das ist mir durchaus bewusst. Aber wir sollten uns dieser Herausforderung stellen und diese Diskussion intensiv führen: "Was tut den Kindern gut?", in allen Bereichen, ideologiearm – ich will gar nicht verlangen ideologiefrei, nicht wertfrei -, ideologiearm, pragmatisch und mit einem gewissen Engagement.

Ich danke abschließend den Regierungskollegen für die nicht selbstverständliche Bereitschaft, das Ganze zu sehen. Es ist einiges abverlangt worden, vor allem dem Kollegen Stemer, für die intensive Vorarbeit und Vorbereitung und den Mitarbeitern der Abteilung Finanzen, vor allem dem Herrn Fischer und dem ganzen Team in der Finanzabteilung. Man sieht an solchen Ergebnissen, mit wie wenig Personal und mit wie wenig Papier man ganz brauchbare Ergebnisse erzielen kann. (Beifall!)

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Landeshauptmann. Ich darf noch den Herrn Volksanwalt begrüßen, und auf der Zuschauergalerie den Herrn Alt-Landesamtsdirektor Dr. Brandtner und Alt-Landtagsdirektor Dr. Schwarz. Herzlich willkommen bei uns. (Beifall!) Zu Wort gemeldet ist die Klubvorsitzende Dr. Sader.

**Dr. Sader:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann, Sie haben nicht ohne Stolz davon gesprochen, dass Sie die Hausaufgaben schon gut erledigen werden. Nun, Hausaufgaben sind bekanntlich Aufgaben, die man zu Hause machen kann. Und was man jetzt zu Hause vordringlich und jetzt machen könnte, wäre die Wahlzeiten für den Freitag zu öffnen. Sie machen diese, möchten diese Hausaufgabe vordringlich nicht machen.

Nun, meine Damen und Herren, wir werden in den kommenden zwei Tagen über das Budget 2005 reden. Über ein Budget, das längst schon beschlossene Sache ist. Ein Budget, das längst vom Finanzreferenten und den übrigen Mitgliedern der Landesregierung beschlossen ist. Und klar ist, dass dieses Budget mit einer schwarzen Tinte, und zwar mit einer rein schwarzen Tinte geschrieben wurde. Die FPÖ hatte dabei wohl eine ausschließlich nickende Rolle. (Zwischenruf Mag. Stemer)

Wir haben im Finanzausschuss unsere Anträge zum Budget eingebracht. Und mit allen, ohne Ausnahme, sind wir auf Ablehnung gestoßen. Und man hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, im einzelnen mit Argumenten gegen unsere Vorschläge zu kommen, Vorschläge, die reiflich überlegt sind, welche allesamt einen sozialen Schwerpunkt haben, ob sie jetzt heißen "Kindergesundheit stärken", "Heizkostenzuschuss erhöhen", "Wohnungskosten im erträglichen Bereich halten" oder ob sie der Unterstützung Jugendlicher mit einem weiteren Streetworker dienen, ob sie eine Anlaufstelle für Menschen fordern, die in Nöten sind, oder ob sie der Naturschutzanwaltschaft ein höheres Budget für die eigenständige Erstellung von Gutachten sozusagen geben wollen. Alle diese Anträge sind im Bausch und Bogen mit einem Satz abgelehnt worden. Der Satz hat gelautet: "Wir finden, das Budget ist ausgeglichen und wollen daher keine Änderung daran". (Zwischenruf Mag. Wallner: Wer hot des gseit?) Schauen Sie, meine Damen und Herren, was ich an diesem Budget kritisiere (Zwischenruf Mayer: I gloub, der Wallner, i woass nit!) ist nicht, dass es ausgewogen ist oder die sprichwörtliche Sparsamkeit, auch nicht kritikwürdig, es sind nicht einzelne Budgetposten, die durchaus ihre Berechtigung haben, sondern was ich an diesem Budget so grundlegend kritisiere, ist diese einzementierte Unverrückbarkeit, Mutlosigkeit und den Unwillen,

Bestehendes zu verändern. Was ich kritisiere, ist die schwarze Überzeugung, dass im Prinzip alles gut so ist wie es ist. Jede und jeder stehen unverrückbar auf ihrem Platz. Und was noch bleibt, ist die schwarze Vision für die Zukunft, "es bleibt eben alles auf seinem Platz, verändert werden muss nichts, weil's gut so ist wie's ist". Und im Übrigen ist ja angeblich jeder seines Glückes Schmied. Es gibt schließlich ein hohes Maß von Eigenverantwortung.

Meine Damen und Herren, angesichts der Schicksale vieler Menschen mutet diese immer wieder heraufbeschworene Eigenverantwortung als blanker Zynismus an. Menschen, die nicht auf die Butterseite gefallen sind, sind dann nicht eben ihres Glückes, sondern ihres Unglückes Schmied. Und erst wenn's ganz dramatisch für den Einzelnen wird, so muss er natürlich unterstützt werden, wir sind ja schließlich sozial.

Wir wissen – und in Sonntagsreden wird das auch immer wieder betont -, dass Bildung ein hohes Gut ist. "Bildung, der Rohstoff des 21. Jahrhunderts". Und wir wissen auch, dass soziale Unterschiede mit gleichen Bildungschancen für alle halbwegs ausgeglichen werden können oder könnten. Und ich möchte jetzt gar nicht von der PISA-Studie reden - wir werden mit Sicherheit in den Debatten noch darauf zu sprechen kommen -, sondern ich möchte an dieser Stelle eine Sonderschullehrerin zu Wort kommen lassen, mit der ich vor Kurzem ein längeres Gespräch hatte. Sie ist jetzt über 20 Jahre Sonderschullehrerin, und sie ist es nach wie vor mit einer sehr großen Leidenschaft. In den letzten Jahren hat sie eine eindruckliche Erfahrung gemacht. Nämlich die, dass sie jetzt bereits die zweite Generation von Sonderschulkindern unterrichtet, sie unterrichtet jetzt die Kinder der Eltern, die sie bereits als Kinder in der Sonderschule hatte. Und sie meinte dazu, das Schicksal sei eben vorgezeichnet und würde sich in den Familien sozusagen von Generation für Generation fortsetzen, nach dem Leitsatz: "Wer keine Chance hat, hat eben weiterhin keine, und es dreht sich weiterhin erbarmungslos das Rad der Zeit, und die Zugehörigkeit zur sozialen Schicht ist unverrückbar." Meine Damen und Herren, ich muss sagen, die Lehrerin hat mich sehr traurig, aber auch rebellisch und widerständig zurückgelassen. Ich muss als Geburtshelferin sagen, weil ich es weiß, es sind alle Kinder gleich geboren, sie sind gleich nackt und gleich rosig und gleich schreiend. Und dann geht die Schere schnell auseinander und die Ungleichheiten werden sozusagen zementiert.

Meine Damen und Herren! Politik ist unserer Auffassung nach dazu da, genau diese schicksalhaften Gesetzmäßigkeiten zu brechen und alles zu tun, soziale Unterschiede auszugleichen. Und ich frage mich schon, wo da die mutigen Ansätze der ÖVP dazu bleiben, wenn Sie nicht einmal einem Fahrkostenzuschuss für unsere Studenten, die ja mindestens bis Innsbruck fahren müssen, zustimmen?

Meine Damen und Herren! Der Arbeitsmarkt ist geprägt von einer stetig zunehmenden Arbeitslosigkeit, und wir sind ja sozusagen bereits in einer Situation, dass es bereits zu den Jubelberichten gehört, wenn die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat nicht mehr so stark ansteigt wie die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten. Und wir werden jetzt, zehn Tage vor Weihnachten, 10.000 Menschen in unserem Land ohne Arbeit haben, und das ist eine wirklich ernste und bedrohliche Situation. Vor allem die Frauenarbeitslosigkeit, die sehr stark zugenommen hat, die Langzeitarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern ist besonders bedauerlich. Sie haben's bereits erwähnt, Herr Landeshauptmann, Gott sei Dank wird jetzt wenigstens "job for you" verlängert, wobei das drohende Auslaufen dieses Projekts für arbeitslose Jugendliche der eigentliche Skandal war.

Und wenn wir über das Kindergeld reden, für deren Einführung sich die Freiheitlichen immer so loben, so möchte ich schon dazu sagen, das Kindergeld hat durchaus positive Aspekte.

Was aber allerdings die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt betrifft, so hat das Kindergeld Nachteile für die Frauen gebracht. Es ist der Wiedereinstieg ins Berufsleben schwerer geworden. Und die Erfahrung zeigt jetzt bereits, dass viele Frauen den Wiedereinstieg nicht mehr schaffen. (Zwischenruf Wieser: Und do ist 's Kindergeld schuld?!) Frauen, die verantwortungsbewusst ihre Kinder erziehen, finden sich dann mit etwa 40 in der Situation, dass der Arbeitsmarkt nach jüngeren Arbeitskräften schreit und vor allem auch nach billigeren. (Zwischenruf Wieser: Und do isch 's Kindergeld schuld?) Wir haben vor Monaten im Wahlkampf mit einer Frau gesprochen, die vor ihrer Familien-Auszeit eine sehr qualifizierte Bürokräft war. Sie hat dann sechs Kinder aufgezogen, ist natürlich nachher zu Hause geblieben, und ist jetzt, nachdem das Jüngste in der Schule war, nur noch für einen Putzplatz in einem Büro angestanden. Und so wird den Frauen in der Realität für ihre Familienleistung gedankt. Und dieser Frau nützt es gar nichts, wenn sie von der ÖVP dafür gelobt wird, dass sie so lange zu Hause geblieben ist. (Zwischenruf Egger: Das ist ein Niveau!)

Meine Damen und Herren! Nach wie vor ist das stärkste Motiv der Frauen nicht arbeiten zu gehen die Tatsache, dass es an außerhäuslicher Betreuung fehlt. (Zwischenruf Ing. Amann: Das sind unglaubliche Darstellungen, Frau Sader!) Nach wie vor sind die Öffnungszeiten zu wenig an die Arbeitszeiten angepasst. Nach wie vor sind Kinderbetreuungsplätze zu wenig leistbar. Von uns aus ist nach wie vor die Kinderbetreuung auch gleichzeitig eine arbeitspolitische Grundlage für die Berufstätigkeit der Frauen. Und unsere Forderung nach mehr Kinderbetreuung auf der Grundlage eines landesweiten Betreuungskonzeptes ist daher schlussendlich nicht nur eine familienpolitische, sondern vor allem eine arbeitsmarktpolitische Forderung.

Meine Damen und Herren! In meinen Ausführungen darf die Gesundheitspolitik nicht fehlen. Gesundheit ist, so ähnlich wie Bildung, ein sehr hohes Gut, das wird auch regelmäßig in Reden betont. Und ich stehe nicht an, Vorarlberg ein hohes Niveau zu bescheinigen, und das bekanntlich nicht zum ersten Male. Es reicht jedoch nicht, wenn wir uns für das Niveau der Gesundheitsversorgung loben, und ich sag' das auch mit einer gewissen Verärgerung, weil uns immer wieder unterstellt wird, wir würden das Gesundheitswesen schlechtreden, ja geradezu krankreden. Meine Damen und Herren! Wenn ich etwas kritisiere, so geschieht das mit dem Willen zur weiteren Verbesserung. Im Übrigen ist unser Gesundheitswesen nicht deswegen gut, weil die Ländle-ÖVP so gut ist (Zwischenruf Ing. Winder: ...und dessen Finanzierung!), sondern weil über Jahrzehnte von roten und rot-schwarzen Regierungen eine solide Grundlage für unser in ganz Europa positiv auffallendes Gesundheitswesen geschaffen ist, zu einer Zeit, wo zum Beispiel der Gesundheitsprecher Concin (Zwischenruf Ing. Amann: Ma sieht, wo die Finanzen stond!) noch mit den Mücken geflogen ist.

Reden wir also nicht von der Vergangenheit, sondern reden wir von der Zukunft. (Zwischenrufe – Mayer: Mir hond koane, weil koa Geld meh do isch!) In der Zukunft müssen wir aufpassen, dass wir nicht vom Unsegen der ÖVP-Bundespolitik überholt und überrollt werden. Die schwarze (Zwischenruf Mag. Wallner: Landesbudget, Landesbudget!) Gesundheitsministerin will uns eine Bundes-Gesundheitsagentur aufs Auge drücken. Und wenn wir uns nicht dagegen wehren, so werden wir uns am Ende des Tages dort finden, wo wir überhaupt nicht hin wollen. Wir wollen für eine regionale Gesundheitspolitik eintreten. Wenn wir den Föderalismus im Gesundheitswesen wollen, so müssen wir denen beim Bund zeigen, wo es lang geht, denn die wissen nämlich nicht, wohin die Reise gehen soll. Wir haben eine Chance, wenn wir sie nützen, und es wäre dazu, Herr Statthalter Bischof, von sehr immenser Bedeutung, wenn Sie ein klares Gesundheitskonzept für Vorarlberg sozusagen hätten. Es reicht nämlich nicht, wenn wir den intramuralen Bereich mit dem extramuralen

Bereich vernetzen. Wir müssen einen Schritt weiterkommen und das ganze Feld des Gesundheitswesens sehen. So ist es der große Bereich der Pflege, der eine echte Herausforderung für die Zukunft darstellt. So ist dieser große Bereich in die Gesundheitsplattformen einzubeziehen. Wir müssen der Erkenntnis Rechnung tragen, dass Sozialpolitik und Gesundheitspolitik sich immer mehr überschneiden. Nichts ist so effizient in der Gesundheitspolitik wie in der Sozialpolitik. Und ich darf daran erinnern, früher war Soziales und Gesundheit im Bund in einem Ministerium zu Hause. Das hatte gute Gründe, die man zwischenzeitlich wieder vergessen hat. Und ich möchte nur einmal ganz leise anregen, auf der Ebene der Landesregierung darüber nachzudenken.

Meine Damen und Herren! Die verfehlte Gesundheitspolitik der Bundes-ÖVP, die ja nicht nur einmal vor dem Verfassungsgerichtshof geendet hat, und jetzt wieder in allen nur möglichen Fettnäpfchen herumtanzt, gibt ja hoffentlich auch Ihnen genug Anlass, über eine gute Zukunft unseres Gesundheitswesens nachzudenken. Ich danke schön! (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Johannes Rauch, bitte.

**Rauch:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich muss ganz zu Beginn, und eigentlich müsste ich meine vorbereitete Budgetrede jetzt ersetzen, auf einiges eingehen, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat, was mir wichtig erscheint. Es wird zwar im Verlauf dieser zweitägigen Debatte noch möglich sein, detaillierter auf einzelne Dinge einzugehen. Aber zwei Punkte, die vom Herrn Landeshauptmann angesprochen wurden, möchte ich zu Beginn aufgreifen.

Die Geschichte mit dem Wirtschaftswachstum und der so genannten Jahrhundert-Steuerreform funktioniert so, wie Sie's dargestellt haben, Herr Landeshauptmann, nicht. Wer die Inlandsnachfrage stärken will, muss die Massenkaufkraft der niedrigen und mittleren Einkommen heben. Und genau das passiert mit der Steuerreform nicht. Es ist in der Tat so, dass mittlerweile immer mehr Menschen immer weniger Geld zur Verfügung haben, und damit passiert nicht die Stärkung der Inlandsnachfrage.

Der zweite wichtige Punkt: Die Bundesstaatsreform, Konvent und die ganze Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Also hier der SPÖ einseitig die Schuld zuzuschieben und ihr eine Blockadepolitik vorzuwerfen, halte ich für verwegen, weil es schon – und das muss man dazu sagen – im Konvent maßgeblich auch die ÖVP ist, die versucht über diesen Konvent ihren Einflussbereich, ihren Einfluss sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene einzuzementieren. Und dazu kann eine Verfassungsdebatte bitte nicht dienen. Das ist in meinen Augen (Zwischenrufe – Mag. Wallner: Wozu dann?) ein Missbrauch der Verfassungsdebatte. Eine Verfassungsdebatte hat nicht Ihre Macht zu zementieren, Herr Klubobmann Wallner, sondern hat dazu zu dienen (Zwischenruf Mag. Wallner: Ja, meine persönliche nita!), die Bundesverfassung zu reformieren und eine Verfassung zu Stande zu bringen, die lesbar ist und den Menschen dient. (Zwischenruf Mag. Wallner: Landeskompetenzen stärken!) – Wir kommen darauf zurück.

Zu Beginn, lassen Sie mich bitte festhalten am Beginn dieser Budgetdebatte, was am Ende stehen wird, das ist wichtig. (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Was ist mit der Briefwahl?) – Bei der Briefwahl, Herr Landeshauptmann, ist unsere Zustimmung eine klare. Das ist nicht das zentrale Thema der Bundesstaatsreform, um das auch zu sagen. Das ist ein wichtiges Thema (Zwischenrufe – Ing. Amann: Aber das einfachste, oder, wo ma vo hüt uf mon zusäga künnt!) – Ja selbstverständlich ist das einfach, kann man zusagen, aber nicht das, was die Welt bewegt. (Zwischenruf Ing. Amann: Nicht einmal dazu ist man bereit! Die Briefwahl wäre das

Sinnvollste!) Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern besteht nicht (Zwischenruf Mayer: Beispiel, Wählen können am Freitag!) nur daraus, die Briefwahl einzuführen oder nicht. (Zwischenruf Ing. Amann: Die Briefwahl wäre das Sinnvollste, Herr Kollege Mayer!) Bei der Briefwahl gibt's von mir keinen Widerspruch, da bin ich absolut dafür, die einzuführen. Aber wie die Kollegin Sader gesagt hat, dann versuchen Sie halt auch im Land die Dinge zu machen, die Hausaufgaben zu machen. Das Beispiel der längeren Öffnungszeiten der Wahllokale ist ein gutes. Wir können nicht warten bis die Briefwahl eingeführt wird, weil dann sind die Gemeindevahlen 2005 geschlagen, Herr Landeshauptmann, das wissen Sie so gut wie ich. (Zwischenrufe – Rein: Hätt' ma vorher sollen! – Zit hätt' ma scho!)

Die Budgetdebatte, die nun folgt, wird ein Ergebnis haben – Frau Kollegin Sader hat's bereits angekündigt. Es wird am Ende sich begeben, dass ein schwarzes Budget beschlossen werden wird. Es wird ein ÖVP-Budget sein. Und es ist notwendig, das festzustellen, und zwar nicht nur für dieses Jahr, sondern auch für die nächsten fünf Jahre: Es werden sich jeweils schwarze ÖVP's begeben. Es ist daher notwendig, meine Damen und Herren von der ÖVP, sich mit Ihnen auseinander zu setzen, mit Ihnen, meine Damen und Herren von der FPÖ, weniger, heute nicht und auch in den kommenden Jahren nicht, weil Ihre Handschrift nicht erkennbar ist und Sie sich offensichtlich abgefunden haben mit der Rolle des "Weihrauchfass schwingenden Ministranten in der Regierung". Im Übrigen muss man diese Rolle auch mögen – nebenbei bemerkt.

Die ÖVP schickt sich an, das Land auf eine Art und Weise in Besitz zu nehmen, die ich für bedenklich halte, und zwar sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene. Und in dem Ausmaß, wie der Regierungspartner FPÖ sich in seine Bestandteile auflöst, schreitet dieser Prozess fort mit weit reichenden Folgen. Was jedoch am unangenehmsten auffällt, ist die gewisse Überheblichkeit, um nicht zu sagen "Unverfrorenheit", mit der Sie zu Werke gehen, wenn es darum geht, allein und ausschließlich allein zu bestimmen. Niemand – und wir ganz gewiss nicht – erwartet, dass Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, allen unseren Budgetanträgen zustimmen. (Zwischenruf Mag. Stemer: Das wäre unklug!) Dass Sie ablehnen, was wir vorschlagen, und dann im nächsten Jahr, in den folgenden Jahren, das eine oder andere sang- und klanglos aufgreifen ist nichts Schlechtes, soll mir Recht sein, Hauptsache das Gute geschieht. Dass Sie jedoch sämtliche Anträge, sämtliche Anträge der Opposition, sowohl von SPÖ wie von Grünen, mit einer einzigen 60-Sekunden-Wortmeldung des Klubobmannes Wallner im Finanzausschuss vom Tisch wischen, und ohne jede fundierte Diskussion und Begründung einfach alles im Bausch und Bogen ablehnen, nenne ich schlicht und einfach arrogant – und nichts anderes. Vom Versprechen des Landeshauptmannes, mit der gewonnenen Macht sorgsam und behutsam umzugehen, ist da, stelle ich fest, jedenfalls nicht mehr viel zu spüren. Wenn Sie das die kommenden Jahre so handhaben wollen, bitte sehr, das ist Ihre Entscheidung. Von der Opposition, Grüne und SPÖ, dann allerdings bei jeder zweiten Gelegenheit wie selbstverständlich zu verlangen, "dass wir Ihren Anträgen doch bitte näher treten mögen und zustimmen sollen", ist gleichermaßen vermessen wie überheblich. Demokratie lebt von der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Demokratie lebt nicht davon, dass eine 55 Prozent-Regierungspartei wie ein Gewichtheber, der zu viel Anabolika geschluckt hat, permanent vor dem Spiegel steht und findet, "wie bin ich doch stark". Davon lebt Demokratie nicht! Stark ist nicht, wer seine machtpolitischen Muskeln spielen lässt, sondern wer mit sachpolitischem Grips arbeitet. – Das einmal zum Politikverständnis.

Was als direkte Folge der Präsidentschaftswahlen in den USA zu uns herüberschwappt und von fast sämtlichen konservativen Parteien Europas aufgegriffen wird, ist die so genannte

Wertedebatte. Man müsse wieder darüber diskutieren, auf welchen Werten unsere Gesellschaft aufgebaut sei, "gemeinsame Werte müssen wieder die Grundlage politischen Handelns werden", wird gefordert. Das ist wunderbar, aber nur dann, wenn nicht einseitig und nur von der ÖVP definiert wird, welche Werte das sein sollen. "Eigentum, Familie, Patriotismus und den lieben Gott in die Verfassung", meinen Schüssel, Khol und Frau Gehr, wenn sie von Wertedebatte reden. "Eine solidarische Gesellschaft in einer intakten Umwelt, Menschenrechte und Gewaltfreiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit" meinen wir Grünen, wenn wir von unseren Werten reden. Die Unterschiede der Schwerpunktsetzungen sind deutlich und offensichtlich. Und ich möchte auf zwei zentrale Punkte eingehen, weil sie nicht nur zu kurz kommen, sondern zunehmend unter die Räder, weltweit, in Österreich und auch in Vorarlberg.

Gemeint ist der Grundwert einer intakten Umwelt oder, konservativ formuliert, "die Bewahrung der Schöpfung und die soziale Gerechtigkeit". Umwelt, Natur und Landschaft werden zwar als Wert begriffen, aber meist nur im ökonomischen Sinn. Als Wert wird akzeptiert, was etwas wert ist, also Geld bringt. Für uns Grüne bedeutet eine intakte Umwelt weit mehr als das; sie ist unverzichtbare Lebensgrundlage für alle, gehört allen, und darf daher nicht von einigen wenigen zum Schaden aller ausgebeutet werden. Am 17. Dezember oder bis zum 17. Dezember tagt in Buenos Aires die Welt-Klimakonferenz. Thema ist einmal mehr der Klimaschutz und die Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen, vor allem von CO<sub>2</sub>. Dass durch die ungebrochenen Zuwachsraten beim Verkehr alle Bemühungen torpediert werden, die eine Trendwende bringen könnten, gilt auch für Vorarlberg. Inzwischen haben wir, um einen auch demographisch griffigen Vergleich zu bemühen, gleich viele Autos wie Kinder: 1,3 pro Haushalt bzw. pro Paar. Eines der besonderen Probleme daran ist, dass viele dieser immer weniger werdenden Kinder auch krank werden, weil sie die schlechte Luft nicht vertragen. Atemwegserkrankungen bei Kindern haben seit Beginn der 80er Jahre um 30 Prozent zugenommen. Jüngsten Untersuchungen zufolge ist der Klimawandel längst im Gange. Von den wärmsten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen 1760 finden sich zwei Drittel im Zeitraum zwischen 1980 und 2000. Die Durchschnittstemperatur im vergangenen Jahrhundert ist um 0,9 Grad angestiegen. Nur Ignoranten, sage ich dazu, wie zum Beispiel der Seilbahner und Oberjägermeister Manhart, können angesichts dieser Tatsachen am Samstag in den "VN" wörtlich von sich geben, ich zitiere: "Wir sind in der normalen Bandbreite und alles andere ist Angstmacherei." (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Das ist auch keine Diskussions....!) Das ist als Mitglied des Vorarlberger Naturschutzrates untragbar, untragbar, und er müsste, allein auf Grund dieser Aussage, sofort zurücktreten. Gleichzeitig steht er (Zwischenrufe – Mag. Neyer – Dr. Sausgruber) symptomatisch für die Vorarlberger Umweltpolitik, "ein bisschen Augenzwinkern, ein ganz viel Augen zudrücken, und immer schön nach dem Motto, es wird schon nicht so schlimm sein". (Zwischenruf Mag. Neyer: Das ist Toleranz..!) Es wird über die nächste Lifterweiterung nachgedacht, gerade so, als gäbe es kein Morgen. "Vorarlberg ist reich an Aufstiegshilfen", heißt es, wenn man von Schiliften und Seilbahnen redet. Manchmal habe ich den Verdacht, dass in der Landespolitik Aufstiegshilfe, wenn es um die positive Genehmigung derselben geht, zuallererst im Zusammenhang mit der eigenen persönlichen Karriere gesehen wird.

Und noch ein Vergleich, der in meinen Augen deutlich macht, wum's wirklich geht. Das Bundesland Vorarlberg hat eine Fläche von 2.600 Quadratkilometern, rund 360.000 EinwohnerInnen, und ein Landesbudget von 1,1 Milliarden Euro. (Zwischenruf Egger: Was ist mit all den Menschen, die davon leben?) Das deutsche Bundesland Baden-Württemberg hat eine Fläche von 37.000 Quadratkilometer, rund 10,7 Millionen EinwohnerInnen, und ein Landesbudget von rund 30 Milliarden Euro – ist also viel, viel größer als Vorarlberg. (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Des könnt' stimmen! – Heiterkeit!) Im kleinen Bundesland

Vorarlberg werden heuer 85 Millionen, und kommendes Jahr 78 Millionen Euro für Straßenbauprojekte ausgegeben. Und das steht immer für sich da als Zahl, wo Sie immer so tun, "das ist ohnehin nicht so viel und bescheiden, und das kann man nicht weiter reduzieren". Im 15 Mal größeren deutschen Bundesland Baden-Württemberg sind's gerade mal im nächsten Jahr 107 Millionen Euro. Ich war gerade bei der Budgetdebatte im baden-württembergischen Landtag anwesend, wo das vom Finanzminister (Zwischenrufe – Mag. Stemer: Haben wir vielleicht eine andere Topographie? – Dr. Sausgruber: Vielleicht haben wir die Bundesstraßen übernommen, oder!) gepriesen wurde. Ich finde das die falsche Schwerpunktsetzung. Ich finde, die Schwerpunkte sind deutlich falsch gelagert. Und gleichzeitig werden nämlich, um einen Punkt der Verkehrsdebatte vorweg zu nehmen, was absurd ist, Götzis und Hohenems die Tagesrandverbindungen bei den Schnellzügen gestrichen, wo Leute, die von Wien kommen mit dem Zug, dann nicht mehr wissen, wie sie jetzt nach Hohenems oder Götzis kommen sollen. (Zwischenruf Wieser: Müssen sie halt umsteigen!) – Umsteigen, in der Nacht ist die Umsteigemöglichkeit, wenn sie mit dem letzten Zug von Wien kommen, nicht mehr gegeben. Sie fahren offensichtlich nicht mit dem Zug – so schaut's aus! (Zwischenrufe - Dr. Sausgruber: Schönen Gruß von der Deutschen Bahn! – Mag. Stemer: Luag amol nach Baden-Württemberg!)

Der zweite Punkt, der mir in dem Zusammenhang symptomatisch erscheint, auch eine Vorwegnahme der Verkehrsdebatte. (Zwischenruf Mag. Stemer: Kannst usstiega, du!) Das Land Vorarlberg klagt das Land Tirol, weil die das Nachtfahrverbot im Winterhalbjahr um minimale zwei Stunden ausweiten. Ein absurder Vorgang in meinen Augen, weil sich dort die Bevölkerung, was die Schadstoffbelastung anbelangt, zu Recht wehrt. (Zwischenrufe – Ing. Amann: Aber die Auswirkungen, Herr Kollege! – Rein: Richtig!) Wer Natur und Landschaft nicht als Wert an sich begreift, wer nur die Ausnutzung aber nicht die Nutzungsgrenzen im Kopf hat, wird zwar kurzfristig volle Taschen, aber langfristig ein kaputtes Land ernten. Wir brauchen eine Wertedebatte – ja -, aber um Natur und Landschaft, wenn es darum geht, abzuwägen, Entscheidungen zu treffen und Weichen zu stellen. Und für uns Grüne bilden Natur und Landschaft, Luft und Wasser, Grund und Boden die Existenzgrundlage und die Grundlage dessen, was wir Lebensqualität nennen. Das Grundrecht auf einen intakten Lebensraum, auf eine saubere Luft und sauberes Wasser, das Recht auf Gesundheit letztlich, steht über allen anderen Grundrechten, über allen anderen Grundrechten, wie Wegfreiheit und freie Fahrt für Lkw-Kolonnen immer und überall. Und diese Wertedebatte, meine Damen und Herren von der ÖVP (Zwischenruf Rein: Die fahren per Gaudi umanand, oder, weil ihnen langweilig ist!), werden auch Sie führen müssen, werden auch Sie führen müssen, weil es nicht nur darum geht, hier die Schwerpunkte einseitig zu setzen.

Ihnen geht der Wert "keine neuen Schulden machen" über alles. Das ist ein wichtiger Wert, das ist gut so. Aber ich sage Ihnen, dasselbe gilt für Natur und Landschaft. Man kann sich nicht auf Dauer verschulden auf Kosten kommender Generationen. Der Wert der sozialen Gerechtigkeit oder auch der Verteilungsgerechtigkeit, um's einmal altmodisch, sozialistisch zu sagen, ist schwer aus der Mode gekommen. Hier gerät zunehmend alles aus den Fugen. So etwas wie Steuergerechtigkeit, so etwas wie Steuergerechtigkeit existiert in Österreich schon lange nicht mehr. Vermögenssteuern, um's nur kurz aufzureißen, Vermögenssteuern tragen in Österreich nur 1,3 Prozent zum Gesamtabgabenaufkommen bei. Im EU-Schnitt sind es 4,9 Prozent – 4,9 Prozent! Allein eine Anhebung auf diesen EU-Schnitt, nicht auf den Spitzenschnitt, brächte Mehreinnahmen von 3,5 Milliarden Euro jährlich. (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Die Grundsteuer, Herr Kollege, das ist bedeutend!) Und die ungerechte Besteuerung der unterschiedlichen Einkommenstypen ist grotesk. Wir sind in einer Situation, wo die Steuern auf Arbeit, auf den Faktor Arbeit einen Spitzenwert erreicht haben, und die Besteuerung von Vermögen einen Minimalwert erreicht haben. Das sind die falschen

Schwerpunktsetzungen, meine Damen und Herren. (Zwischenrufe – Dr. Sausgruber: Wollen S' die Grundsteuer anheben?) – Ja, Herr Landeshauptmann, wissen Sie, über die Grundsteuer können Sie schon diskutieren mit mir. (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Jo, die nit, na! – Heiterkeit!) Wenn die Einheitswerte, wenn die Einheitswerte seit 20 Jahren nicht mehr angehoben worden sind, dann ist es auch legitim (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Dann ist die Katze aus dem Sack!), mit Freibeträgen, mit Freibeträgen für ein Einfamilienhaus oder für kleine Betriebe zu reden (Zwischenrufe – Mag. Stemer: Jetzt kennen mir uns us! - Dr. Sausgruber: Jetzt ist die Katze aus dem Sack!), zu reden. Das können Sie sicher sein, dass aber nicht nur über die Grundsteuer, auch über die Vermögenssteuern insgesamt nachgedacht werden muss. Es ist absurd, wenn Stiftungsbesteuerungen in diesem Land dazu führen, dass Privatvermögen in Stiftungen geparkt wird, und da im Grunde genommen einer gerechten Besteuerung entzogen wird. Das ist der Effekt, den wir haben. (Zwischenrufe – Egger: Das zeigt Ihr Verhältnis zum Eigentum! – Rein: Ihr Verhältnis zum Eigentum!) Der Steuerausfall aus Gewinnen und Vermögen ist beträchtlich. Bestraft, bestraft werden jene, die nicht flüchten können, und das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und das sind Klein- und Mittelbetriebe. Die haben nicht die Gelegenheit, ihren Betrieb zu verlegen, weil sie an den Standort gebunden sind – Gott sei Dank, sage ich dazu. Dann muss aber da wesentlich mehr im Sinne der Steuergerechtigkeit entlastet werden. Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen hat sich verdreifacht in den letzten Jahrzehnten innerhalb der EU. Und da kann man einfach nicht hergehen und davon sprechen, dass das eine Gerechtigkeit ist, die wirtschaftlich dem Standort auch nützt. Es geht in meinen Augen auch darum, zu sagen, wo setzen wir die Schwerpunkte, damit die Standorte gesichert werden können.

Sie haben die Steuerreform angesprochen, die Bundesstaatsreform. Es ist natürlich so, dass Vorarlberg den Kurs der Bundesregierung mitträgt, im Grunde genommen auch den Kurs, der die Frage stellt in Österreich: "Können wir uns den Sozialstaat überhaupt noch leisten?" Und diese Frage muss ich schon, um's polemisch zu formulieren, zurückgeben und fragen, "wer ist wir?" Wenn man sich anschaut, wie auf europäischer Ebene dieses Sozialstaatsmodell, das europäische Sozialstaatsmodell, das sich unterscheidet vom amerikanischen so genannten "Wohlfahrtsstaatsmodell", Gott sei Dank, wie das demontiert worden ist über die Entfesselung der Finanzmärkte und die Demontage der Pensionssysteme, muss man zur Kenntnis nehmen, dass hier gegengesteuert werden muss, auch ganz klar auf Ebene der Steuergerechtigkeit. Vorarlberg trägt diesen Kurs der Bundesregierung mit. Und ich sage Ihnen, die Unterschiede werden auch bei uns im Land größer. Es ist nicht so, wie Sie immer tun, dass in Vorarlberg alles bestens funktioniert, im Sozialbereich bestens funktioniert. Die Schere geht auseinander und es ist so, dass, wer gut gestellt ist, wer ein ordentliches gutes Einkommen hat, tendenziell sich verbessert, und wer ohnehin schon an der Grenze lebt und mit großen Belastungen zu kämpfen hat, immer mehr in Richtung Armutsgefährdung abdriftet. Und ich sage Ihnen, dieser zweite Bereich der sozialen Gerechtigkeit, des sozialen Ausgleichs, ist mindestens so wichtig als Grundwert wie der von mir zu Beginn genannte, nämlich Natur und Landschaft intakt zu halten.

Die Antworten, die Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, mit diesem uns vorliegenden Landesbudget geben sind spärlich, und wo Sie sie geben sind sie zögerlich. In der Kinder- und Schülerbetreuung sind Sie beharrend bis störrisch, nicht bereit, Ihren fundamentalistischen Standpunkt aufzugeben. In der Verkehrsplanung sind Sie rasend schnell unterwegs, aber in die falsche Richtung – Stau vorprogrammiert. (Zwischenruf Egger: Leider zu langsam!) In der Umweltpolitik lassen Sie's drauf ankommen, was ich für bedauerlich halte, weil wir in unserem Land inzwischen an Grenzen angelangt sind, dessen, was wir vernutzen können. In der Sozialpolitik hanteln Sie sich von Einzelfall zu Einzelfall und verweigern im Grunde den offenen Blick auf die Veränderungen. Dem Land Vorarlberg geht es finanziell verglichen mit

anderen Ländern gut. Und diejenigen an diesem Wohlstand teilhaben zu lassen, die nicht dieselben Chancen haben wie die Privilegierten, ist eine Verpflichtung, die wir haben. Es müssen diejenigen, die auch nicht in der Lage sind und es nicht wollen, dauernd "ich, ich, ich" zu schreien, gleichermaßen daran beteiligt werden. Das ist unsere, meine ich jedenfalls, Pflicht und Schuldigkeit.

Meine Damen und Herren! Unsere Anträge zum Landesbudget sind wohl ausgewogen, setzen Schwerpunkte, dort, wo Sie sie nicht setzen, wo Sie unserer Auffassung nach säumig sind, und wurden eingebracht mit Bedeckungsvorschlägen. Sie wurden von Ihnen allesamt abgelehnt in Bausch und Bogen, ohne jede inhaltliche Begründung. Die Landtagsfraktion Die Grünen wird daher dem Budget 2005 nicht zustimmen. Danke! (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Ing. Amann, bitte.

**Ing. Amann:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Herr Kollege Rauch, jetzt wird mir klar, warum Sie der Kaufkraft das Wort reden. Sie wollen natürlich unseren Häuselbauern in unserem Land sogar über die Grundsteuer das sofort wieder absahnen. Da haben Sie heute endlich einmal grüne Farbe bekannt. (Beifall!)

Dank einer ausgeglichenen, vernünftigen Budgetpolitik ist das Land in der erfreulichen Lage, Investitionen zu tätigen, die sowohl der Wirtschaft als auch der Bevölkerung zu Gute kommen. Besonders hervorzuheben dabei ist der Bereich Hochbau, wo es Kollege Landesrat Dieter Egger gelungen ist, auch für 2005 ausreichende Mittel in die Bauwirtschaft fließen zu lassen und damit einen Impuls für die gesamte heimische Wirtschaft zu geben. Das werde ich jedenfalls als auch zukunftsweisende Investitionspolitik, mit der gewünschten Nachhaltigkeit in Sachen Standortsicherung.

Trotz einer angemessenen Investitionsquote im Budget 2005 hätte auch ich mir verstärkt zukunftsorientierte Investitionen gerade im Bereich der Arbeitsplatzförderung gewünscht. Wie ich im Finanzausschuss schon ausgeführt und betont habe, gibt es deshalb bei den Positionen Arbeitsmarkt und Bildung keine ausdrückliche Deckelung. Die Beträge sind, wie es der Herr Landeshauptmann heute schon betont hat, nach oben offen. Für sinnvolle und notwendige Projekte hat man schon in der Vergangenheit immer wieder Flexibilität unter Beweis gestellt.

Und die Opposition hat es sich daher aus unserer Sicht mit ihren Anträgen für jeweilige Erhöhungen von Budgetpositionen tatsächlich zu einfach gemacht und muss sich den Vorwurf der Oberflächlichkeit zu Recht gefallen lassen. Ich vermisse bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, jegliche Innovation zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Mit der Erhöhung von Budgetpositionen allein werden wir den zukünftigen Herausforderungen absolut nicht begegnen können. Dazu braucht es auch den Wettbewerb der Ideen unter den politischen Parteien. Sie jedoch haben sich mit Ihren Allerweltswünschen an das Budget 2005 aber selbst aus diesem Wettbewerb ausgeschlossen – leider.

In Sachen Innovation wurden für mich jedoch auch seitens der ÖVP, vor allem aber seitens der Sozialpartner, gute Möglichkeiten verpasst bzw. sinnvolle Maßnahmen verschleppt, obwohl gerade den Verantwortungsträgern in der ÖVP die Tatsache bekannt sein sollte, dass, wer alle Risiken ausschließt, sich auch aller Chancen oder mancher Chancen entledigt. Ich erinnere noch einmal an die low-job GmbH als neue Chance für den Arbeitsmarkt, die von mir schon 2003 ins Spiel gebracht wurde, und zu der es auch – die dramatische Situation am Arbeitsmarkt zeigt es – keine Alternative gibt. Auch das Modell Maria basiert auf der low-

job-Idee, indem es die zu erbringende Dienstleistung am jeweiligen Betriebsstandort fördert, was in meiner Idee auch von vornherein nie ausgeschlossen war.

Werte Kollegen! Das Thema Arbeitsmarkt wird uns noch weiter beschäftigen und die Situation wird sich auch 2005 leider nicht entspannen, weil wir wichtige Faktoren nicht erkennen wollen. Es reicht nicht aus, den Standort mit dem Slogan, "dort arbeiten, wo andere Urlaub machen", zu bewerben. Es ist zwar schon richtig, dass wir in einem wunderschönen Land leben und diese Lebensqualität als Beurteilungskriterium herangezogen wird. Wirklich entscheidend für eine entsprechende Ansiedlung von Unternehmen ist es aber leider nicht. Hier sehe ich jedoch gleichzeitig die riesengroße Chance für den Tourismus, denn sämtliche Investitionen mit Steuergeldern in diesem Bereich machen Sinn, da diese Arbeitsplätze als einzige nicht auslagerbar sind. Diese Möglichkeit allein reicht aber wiederum nicht aus, wenn es darum geht, Standortpolitik zu machen. Für mich ist die Politik gefordert, Anreize zu schaffen und wichtige Faktoren wie Energie, soziale Standards und bestens ausgebildetes und hoch motiviertes Humankapital zu garantieren. Faktoren, die in der Bewertung eines Unternehmens für einen neuen Wirtschaftsstandort wichtig sind. Dazu erlaube ich mir ein paar Anmerkungen in Sachen Wirtschaftspolitik, die, wie ich meine, positiv, vor allem aber nachhaltige Effekte für die Zukunft des Landes bringen können: Die Idee der low-job GmbH, weil es Sinn macht, Arbeit zu bezahlen anstatt Erwerbslosigkeit zu fördern. Trotz Sozialpartnergipfel, Herr Landeshauptmann, und zahlreichen Gesprächen, vor allem in den letzten Monaten, ist es zu keiner Entspannung gekommen, obwohl mit der low-job GmbH zur Führung von Arbeitsparks und Arbeitsprojekten ein Konzept zur Stabilisierung des inländischen Arbeitsmarktes auf dem Tisch liegt. Und Sie haben richtig das Projekt Aqua in Frastanz erwähnt, weil gerade diese jetzt in den Gesprächen bestehenden Projekte, wie eben die Aqua in Frastanz, genau jene Ansätze darstellt, die in der low-job GmbH eben den Anreiz stellen würden, hier entsprechende Möglichkeiten auch auszuloten. Und die Entwicklung der letzten Zeit hat es deutlich gemacht: Im Zuge der Globalisierung war und ist die Auslagerung von Produktionen in Billiglohnländer nicht mehr zu stoppen, außer man begegnet ihr mit neuen Ideen, die es möglich machen, dass die verlängerten Werkbänke, und in weiterer Folge bereits schon die Facharbeitsplätze nicht für immer verloren gehen. Die Wertschöpfung muss im Lande bleiben, sonst verlieren wird die Arbeitsplätze speziell im Niedriglohnsektor. Und gerade diese sind aber nicht mehr ersetzbar, und die Zahl der Arbeitslosen wächst und wächst weiter. Es geht im Kern darum, nicht auszulagern, sondern zu verlagern. Heimische Firmen sollten mit bestimmten Produkten oder Bereichen ihrer Produktion nicht mehr in die Billiglohnländer abwandern, sondern diese nur regional in low-job GmbH's, wenn auch nur virtuell, verlagern. Der Vorteil liegt klar auf der Hand: Die, wenn auch nur bescheidene Wertschöpfung, wie auch das gesamte Know-how bleiben im Land. Die Humankapitalinvestoren, also die Arbeitnehmer, bleiben im primären Arbeitsmarkt und stehen somit nicht mehr am Abstellgleis der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsplätze bleiben weitgehend erhalten, entweder in den auslagerungswilligen Betrieben, so wie es auch das Modell Maria des Kollegen Dieter Alge aufgezeigt hat, oder in der low-job GmbH. Aber auch der ökologische Nutzen ist nicht außer Acht zu lassen. Große Transportwege fallen weg, vor allem im Hinblick auf Umweltbelastung und auch auf die Bemannung, die ein übrigens hoch interessantes Detail wären. Die low-job GmbH ist eine Non-profit-Organisation, welche weiters das Sozialsystem bedeutsam entlasten kann. Als Partner für die low-job GmbH stelle ich mir das Land, das AMS, die Sozialpartner, die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, die Industriellenvereinigung und die Gewerkschaften vor. Die Finanzierung des Projekts wird durch das Arbeitslosengeld der in den Arbeitsparks Beschäftigten gesichert. Neben der Bezahlung durch private Auftraggeber soll es auch Mittel aus der Sozial- und Notstandshilfe geben, wobei endlich die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen sind, damit die Erwerbstätigkeit bezahlt und nicht die Arbeitslosigkeit gefördert wird. Dabei zähle ich auf die

Hilfe aller im Landtag vertretenen Parteien, wenn es darum geht, die notwendige Überzeugungsarbeit in Wien zu leisten.

Für mich müssen natürlich auch die Unternehmer in die Verantwortung mit hineingenommen werden. Es kann nicht sein, dass ich beispielsweise Tennisschläger in China um einen Spottpreis herstellen lasse, um sie dann in Österreich um teures Geld zu verkaufen. Irgendwann kann sich ein Großteil der Bevölkerung diese Luxusgüter durch mangelnde Kaufkraft nicht mehr leisten, da sie eben durch diese Abwanderung arbeitslos geworden sind. Das Ganze entwickelt sich zu einem Teufelskreis für die heimische Wirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Wir müssen den Firmen und der Industrie ein geeignetes und gut durchdachtes Alternativangebot im Land machen. Offenheit und Transparenz der Firmen sind in diesem Zusammenhang für mich unumgänglich. Die Betriebe müssen quasi ein Frühwarnsystem einsetzen. Bevor sie überlegen ins Ausland zu gehen, sollten sie sich mit der low-job GmbH kurzschließen, um frühzeitig Alternativen ausarbeiten zu können. Sonst helfen uns dann keine Umschulungsmaßnahmen und auch keine Arbeitsstiftungen mehr. Denn was nutzt eine Qualifikation ohne den dazu vorhandenen Arbeitsplatz? "Erst Arbeitsplätze sichern, dann qualifizieren", das muss das Motto der Zukunft für uns alle sein.

Daher zu meinem nächsten Schwerpunkt, "neue Wege in der Lehrlingsausbildung". Der Weg über die duale Ausbildung war und ist ein erfolgreicher, und darum gilt es in diesem Bereich die notwendigen Impulse zu setzen, um auch in Zukunft die Ausbildung qualitativ hochwertiger Fachkräfte sicherzustellen. Der Lehrlingsbeauftragte der Bundesregierung, Kommerzialrat Egon Blum, zeigt auf, dass die demographische Entwicklung sich für den Facharbeiterbereich dramatisch auswirkt. In ein paar Jahren fehlen uns nicht nur die Auszubildenden, sondern speziell die Facharbeiter, die wir nicht ausgebildet haben. Vorarlberg braucht als Produktionsstandort eine Fachelite, die besonders als Partner zu den Entwicklungsbereichen die Umsetzung auch in Zukunft gewährleistet.

Thema "Gleichstellung Lehre – Studium". Derzeit wird mit einer überdimensionalen Anzahl an Studenten am Bedarf vorbei produziert – am Bedarf vorbei produziert! Was übrigens auch für viele geförderte Kurse zur Weiterbildungsqualifizierung gilt. Die Idee ist die, dass ein Lehrling die gleiche öffentliche Beachtung und Bedeutung haben muss wie ein Student. Das heißt, ein annähernd gleicher Betrag, den die öffentliche Hand für einen Studenten ausgibt, soll auch für einen Lehrplatz aufgebracht werden. Da geht's nicht nur um die Fahrtunterstützung nach Innsbruck. Da vergleichen wir wirklich dann Lehrlinge, Facharbeiter mit Studenten. Lehrlingsfreibetrag als Impulsgeber für Betriebe. Es ist eine leichte Verbesserung am Lehrstellenmarkt erkennbar, aber die Grundproblematik, dass immer noch zu wenige Betriebe bereit sind – zu wenige Betriebe bereit sind – Lehrlinge auszubilden, ist weiterhin vorhanden. Laut Wirtschaftskammer Vorarlberg bilden im Ländle etwa 2.500 Betriebe Lehrlinge aus. Wenn man aber weiß, dass in Vorarlberg rund 9.000 Arbeitgeberbetriebe vorhanden sind, dann wird klar, wo angesetzt werden muss. Die heimischen Klein- und Mittelbetriebe brauchen Anreize, um aktiv – aktiv – in die Lehrlingsausbildung einzusteigen. Jeder Betrieb, der sich bereit erklärt, Lehrlinge aufzunehmen, sollte in den Genuss eines Ausbildungsfreibetrages kommen, und zwar konkret in einen Betrag von 120 Prozent der Bruttolohnsumme der in Ausbildung befindlichen Lehrlinge. Mit dieser Maßnahme könnten die zusätzlichen Kosten, die den Betrieben durch die Lehrlingsausbildung entstehen, größtenteils abgedeckt werden. Gerade in Vorarlberg (Zwischenruf Rein: 1.000 Euro zahlt man pro Lehrling!) – Ja, das ist eben die Gießkanne. Ich glaube, dass es vernünftiger wäre, die Situation, die in Vorarlberg vorherrschend getätigt wird in den Betrieben ist die, dass man über das WIFI und andere hervorragende Weiterbildungseinrichtungen die Lehrlinge außer Haus gibt, nicht nur darauf verzichtet, dass

sie im Hause der Tätigkeit nachgehen, sondern wir sind ja größtenteils gefordert, da wir den Gesamtausbildungsrahmen nicht mehr in einem Betrieb voll selber herstellen können, wir sind gezwungen, in andere Betriebe oder eben in Weiterbildungsmaßnahmen zu investieren – und das tun wir auch. Wir haben nämlich Vorsorge zu treffen, dass wir morgen jene Facharbeiter haben, die wir wirklich brauchen. Und deshalb wäre dieser Anreiz meinerseits ein ganz wichtiger.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Standortsicherung ist eine Neuorientierung im Steuersystem. Da gebe ich dem Kollegen Rauch von der Thematik her Recht. Gerade in diesem Bereich finde ich es bedauerlich, dass das Land die Steuerhoheit scheut wie der Teufel das Weihwasser, und damit auf eine notwendige und gezielte Gestaltungsmöglichkeit im eigenen Einflussbereich bewusst verzichtet wird. Ich weiß schon, dass wir hier als Politiker in eine Zwangsjacke kommen, in eine gefährliche Situation, dass wir dann über die Steuereinnahmehöhe selbst zu entscheiden haben und vielleicht der Bürger uns dann nicht mehr das Votum gibt, weil er sagt, "die haben die Schuld zu tragen". Aber für die wichtige Gestaltungsmöglichkeit in einer Region wie Vorarlberg, einer erfolgreichen Region, wäre es, dass wir mit unseren Möglichkeiten – und die sind ja nicht unbegrenzt; wir haben ja vorgezeigt, was es heißt in Sachen Exportquote oder Weiterbildung und Facharbeiter an diesem Standort zu leisten. Da wäre es für mich ein Gebot der Stunde, dass man hier doch über diese Chance nachdenkt und sich ernstlich damit befasst.

Zum Ökostrom: Die derzeitige Situation auf dem Energiemarkt verlangt von der Politik Maßnahmen, damit der Standort Vorarlberg gesichert werden kann. Die Gefahr, dass die Hochpreispolitik auf den Erdölmärkten die gerade angelaufene Konjunkturmaschine zum Stottern bringt, ist sehr groß. Daher muss man mit neuen Ideen zielgerichtet auf die Veränderung der globalen Welt reagieren. Einerseits fördern wir die erneuerbaren Energien, und zum anderen gewähren wir Betrieben mit intensivem Energiebedarf eine Energierückvergütung. Die Strompreiserhöhungen für die Industrie, und in weiterer Folge auch für das Gewerbe, müssen an dieser Stelle ebenfalls ernsthaft andiskutiert werden. Vorausschicken muss man dabei, dass das Bekenntnis zum Ökostrom und die damit verbundenen Förderungen für sinnvoll zu erachten sind, schließlich eröffnet diese Energieform neue Geschäftsfelder und Chancen für die Menschen in unserem Land. Wenn dann aber ein Gesetz beschlossen werden soll, welches zwar von den Ländern vollzogen wird, die Kosten dafür aber der Bund zu tragen hat, dann kann das zu der durchaus kritischen Situation führen, vor der wir nun stehen und deren Folgen wieder einmal auf die Wirtschaft abgewälzt werden. Es fehlt heuer in der Ökostromfinanzierungsoffensive des Bundes ein Betrag von 100 Millionen Euro, der nun über die Erhöhung des Ökostromzuschlags, wie von Minister Bartenstein vorgesehen, zu erfolgen hat, und das, weil sich die Länder einen Wettstreit in der Ökostromförderung geliefert haben. Man erinnere sich nur an die Windkraft oder die Hackschnitzelanlagen, die als Alternative zur herkömmlichen erneuerbaren Energie als Energielieferanten nur bedingt geeignet sind. So jedenfalls macht man keine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Daher muss neben einem Umdenken in der Ökostrompolitik auch die Überprüfung der wirtschaftlichen Machbarkeit künftiger Projekte genau betrachtet werden. Schließlich hat Vorarlberg als Ökostrom-Pionierland Vorbildcharakter. Dazu begrüße ich ausdrücklich die Forderung nach Effizienzkriterien, wie wir sie in der gemeinsamen Vorlage zum Ökostromgesetz formuliert haben. Mit der geübten Praxis in Österreich, und zwar, dass die Wirtschaft immer wieder den Unsinn der Politik zu beheben hat, muss endlich Schluss sein.

Vision "Energiegarantie". Sie sehen, meine Damen und Herren, Energie ist ein wichtiger Standortfaktor. Daher schwebt mir in der Energiepolitik die Vision einer Elektro-

Energiegarantie für den Wirtschaftsstandort Vorarlberg vor. Der Zugriff auf die wichtige Ressource Energie und der damit verbundenen Kosten ist ein bedeutender Faktor für jede nachhaltige Betriebsansiedlung. Gerade hier sehe ich eine große Chance für unser Ländle. Wie in Ländern die über Erdölvorkommen verfügen und dessen Energieträger der Wirtschaft vor Ort zu günstigen Preisen zur Verfügung stellt, kann ein Bundesland die Ressource Wasserenergie optimal nutzen und diesen Standortvorteil weitergeben. Für mich ein gewaltiges Potenzial für eine Standortbewerbung, was nicht nur nachhaltig, sondern zukunftsweisend sein wird, da wir einerseits noch Ausbaupotenzial – siehe untere Ill oder auch Kops II – haben und dieser Energieträger erneuerbar ist, und daher kaum Engpässe entstehen werden, wie uns dies bei den Erdölvorkommen schon in wenigen Jahren bevorsteht. Wenn es uns gelingt, den Wirtschaftsstandort mit der Energiegarantie zu bewerben und gleichzeitig eine Entlastung des Humankapitals über die Steuerreform erfolgt, dann machen wir nachhaltige und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für unser Land, und dann bleibt der Wohlstand und das hohe soziale Niveau im Land weiter gesichert.

Mein Credo für die Zukunft heißt daher, Humankapital entlasten statt Shareholder fördern. Die Lösung liegt in der Humanisierung des Steuersystems. Statt wie der damalige Sozialminister Dallinger in den 80er Jahren eine Maschinensteuer zu fordern, sollte man den Faktor Lohnkosten, bezogen auf den Netto-Produktionswert, berücksichtigen. Das wäre nämlich der richtige Ansatz für ein modernes Steuersystem, welches den Einsatz von Humankapital belohnt, indem es steuerlich zu einer Rückvergütung kommt. Beschäftigungsintensive Betriebe erhalten einen zusätzlichen Abschlag bei der gesetzlichen Steuerbemessung. Umgekehrt wird bei hohen Netto-Produktionswerten, mit geringem Personaleinsatz, ein entsprechender Zuschlag zur Anwendung gebracht. Zusätzlich zur generellen Senkung der KöSt auf 25 Prozent sollte man also die Steuerbemessung auch dem Humanaufwand eines Betriebes anpassen.

Verkehrspolitik: Was nutzt uns die beste Standortpolitik, wenn wir es zulassen, dass der Warenfluss durch wirtschaftsfeindliche Verbote gefährdet wird? Vorarlberg mit seiner exponierten Lage ist auf ein gutes Verkehrsnetz, und zwar sowohl Straße als auch Schiene, angewiesen. Und daher erachte ich es als fatale Fehleinschätzung, wenn die Schlagadern der Wirtschaft, die Verkehrswege, abgeschnitten oder blockiert werden. Auf die unsinnige und wirtschaftsfeindliche Verkehrspolitik der Grünen will ich nicht eingehen, haben gerade sie eine undefinierte Streichung von 6,8 Millionen Euro im Straßenbaubudget für das Jahr 2005 verlangt.

Befassen muss ich mich aber mit der wirtschaftsbedrohenden Vorgangsweise im Tirol und dem dort angedrohten Nachtfahrverbot für Lkws. Für mich ein nachbarschaftlicher Willkürakt, der die Transportwirtschaft ins Mittelalter fährt, als jeder Kleinfürst in seinem Territorium eigene Zölle und Steuern verlangen konnte. Daher geht die Klagsandrohung unseres Landes gegen dieses Verbot völlig in Ordnung. Ich frage mich aber, ob es so weit hätte kommen müssen? Es ist für mich bedauerlich, dass Landeshauptmann Sausgruber seinen Parteikollegen von Staa nicht vom Unsinn einer solchen Regelung überzeugen konnte bzw. sein parteiinterner Einfluss hinterm Arlberg offensichtlich ins Leere gelaufen ist. (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Und der Herr Verkehrsminister?) – Gehört da auch dazu. (Heiterkeit! – Zwischenruf: Kennst ihn? - Heiterkeit!) Für mich ist es so, wie ich's als Politiker wahrzunehmen habe, bei mir kommt zuerst mein Heimatland – und da bin ich bei Ihnen. (Zwischenruf Mag. Neyer: Da sind wir farbenblind!) – Da sind wir farbenblind, genau! – Das ist bedauerlich, denn dadurch müssen nun die Gerichte entscheiden. Das kostet Zeit und geht vor allem zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft und droht unsere Arbeitslosigkeit noch weiter ins Unerträgliche zu steigern. Hier hätte ich mir im Landesinteresse mehr interne

Lösungskompetenz unter den ÖVP-Landeshauptleuten vorgestellt. Das wäre aus meiner Sicht wahrscheinlich ein einfachere Vorgehensweise. (Zwischenruf Rauch: Die interne Lösungskompetenz ist aber nicht gerade ausgeprägt, oder?)

Öffentliche Ausschreibungen: Im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen sollte man sich seitens des Landes ebenfalls Gedanken machen. Die Aufteilung in kleinere Baulose, wie es Landesrat Dieter Egger immer wieder versucht zu praktizieren, ist für mich der richtige Weg, um der heimischen Wirtschaft die Möglichkeit der Partizipation an den öffentlichen Aufträgen zu verbessern. Über weitere Maßnahmen muss dabei aber noch nachgedacht werden. Mir zum Beispiel gefällt die Idee des Obmannes der Jungen Industrie, Dipl.Ing. Hubert Rhomberg, der meint, "dass in Zukunft eine ökologische Komponente in den Ausschreibungen berücksichtigt werden soll." Dabei sollte der Energieaufwand und die entstehenden Umweltbelastungen der notwendigen Transportwege der angebotenen Produkte als ein Bewertungskriterium katalogisiert und zwingend berücksichtigt werden. So bekämen unsere eigenen Produkte mit regionaler Wertschöpfung, in Kombination mit unsern höheren Lohnkosten, und damit der heimische Arbeitsplatz, wieder und endlich eine ehrliche Chance. Dann würde auch die Subventionsmentalität der EU in Frage gestellt und der Unsinn endlich aufhören, dass Produkte von einem Ende Europas zum anderen und zurück gekarrt werden, nur um alle möglichen Lohnkostenvorteile und unmöglichen Förderungen in Anspruch zu nehmen. Das wäre ein weiterer interessanter Ansatz für mich, wie das Land innovative Politik für die heimischen Unternehmer machen kann. Wir Politiker sind nämlich verantwortlich für die notwendigen Rahmenbedingungen, unter denen der Wirtschaftsstandort Vorarlberg auch in Zukunft pionierartige Unternehmensgründungen anlocken kann. Freies Unternehmertum, Bereitschaft zum Unternehmerrisiko und das klare Bekenntnis zur Forschung und Entwicklung haben das Ländle zu einem wichtigen Faktor in der internationalen Transportwirtschaft werden lassen. Weltkonzerne wie Wolford, Blum, Rauch, Alpla oder Zumtobel-Staff zeugen von der Kraft eines Wirtschaftsstandortes, der gemeinsam mit der Bodenseeregion heute noch die höchste Pro-Kopf-Quote betreffend Patente und Innovation hat. Dort stimmen die Zahlen. Mit einem Exportwert von 13.000 Euro pro Kopf liegt das Ländle im Spitzenfeld nicht nur Europas, sondern der globalen Wirtschaftswelt. Ausschlaggebend dafür ist neben der unternehmerischen Risikobereitschaft vor allem der gute Mix von technologisch hochentwickelten Klein- und Mittelunternehmen und internationalen Marktführern, die es im Land gibt. Damit das weiter so bleibt sind wir alle gefordert. Nur Bewahren des Erreichten führt zu Stagnation, und Stagnation führt unweigerlich zum Rückschritt.

In einer Zeit offener Märkte geraten wir nämlich immer mehr in den Kostenwettbewerb etwa eines indischen mit einem französischen Ingenieurgehalt oder in die Lohnkonkurrenz eines chinesischen Bankangestellten mit dem Gehalt eines BA-CA-Mitarbeiters in Österreich, den wir Europäer nur zu oft schon verlieren. Der Wettbewerb der offenen Weltwirtschaft erfasst nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern natürlich alle anderen Lebensbereiche. Die Vorboten dieser Entwicklung verspüren wir schmerzlich bei den sozialen Sicherungssystemen wie den Pensionen oder dem Gesundheitswesen. Und das ist erst der Anfang. Auch geschützte Bereiche wie staatliche Verwaltung, Schulen oder Krankenhäuser geraten in Wettbewerb zueinander. Einstige Entwicklungsländer werden zu Gewinnern und Wohlstandsregionen zu Verlierern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Regierung und des Landtags, ich habe einen starken Wirtschaftsstandort durch innovative Ansätze bewusst in den Mittelpunkt meines ersten Generaldebattenbeitrages als Klubobmann der Freiheitlichen im Vorarlberger Landtag gestellt. Dies nicht nur deshalb, weil ich der Meinung bin, dass es leider immer seltener, daher

aber auch immer wichtiger wird, Erfahrungen des Wirtschaftens und Arbeitens aus der Praxis unmittelbar in die parlamentarische Diskussion und Meinungsfindung einfließen zu lassen. Nicht zuletzt der jüngste Rechnungshofbericht über Frühpensionierungen bei den ÖBB hat wohl uns allen eindrücklich vor Augen geführt, was praxis- und realitätsfremde Verantwortungsträger, einzig und allein das kurzfristige Ziel des Systemerhalts im Visier, uns für ein Erbe hinterlassen haben. Ich habe es aber auch deshalb für notwendig erachtet, da ich der festen Überzeugung bin, dass es höchst an der Zeit ist, gerade Ihnen, meine Damen und Herren von Rot und Grün, einmal mehr in den Sinn zu rufen, dass ein Sozialland Vorarlberg, das keinen Vergleich zu scheuen braucht oder aber eine weitere Stärkung des Familienlandes Vorarlberg, oder aber ein Pionierland im Bereich der erneuerbaren Energie, nur möglich war und sein wird, wenn wir anstatt mit dem Füllhorn übers Land zu fahren, die Grundsteine für eigenverantwortliches Arbeiten und Wirtschaften, und damit Denken und Handeln, legen. Der Voranschlag des Jahres 2005 trägt diesen Prinzipien aus freiheitlicher Sicht weitest gehend Rechnung und wird daher von meiner Fraktion unterstützt. Ich lade Sie, meine Damen und Herren der Opposition ein weiteres Mal ein, selbiges zu tun, oder aber Ihre Ablehnung mit Vorschlägen, die zumindest einen Lösungsansatz vermuten lassen und nicht einzig und allein die Erhöhung bzw. willkürliche Kürzung von Budgetpositionen beinhaltet, zu begründen. Danke! (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mag. Wallner, bitte.

**Mag. Wallner:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Bevor ich in die Budgetrede und die Budgetdiskussion einsteige, erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen, die ich für wichtig empfinde. Einmal, obwohl es nicht zum Budget gehört, zum Thema Wahlzeiten. Frau Kollegin Sader, es wäre eigentlich ganz einfach (Zwischenruf Dr. Sader: Stimmen Sie unserem Antrag zu!), auch jetzt aktuell ganz einfach, Sie müssten nur dafür sorgen – Sie sind ja jetzt Gusenbauer-Stellvertreterin -, Sie müssten nur dafür sorgen, dass man auf Bundesebene endlich, sage ich, endlich der Einführung der Briefwahl zustimmt. Es liegt nämlich schon wieder (Zwischenruf Dr. Sader: Sie müssten unserem Antrag zustimmen!) ein Antrag im Verfassungsausschuss des Nationalrates, initiiert vom Herrn Jürgen Weiss. Sie müssten nur zustimmen und wir könnten die Wahldiskussion sehr schnell beenden und müssten nicht über irgendwelche Hilfskonstruktionen oder Krücken reden, sondern hätten dann endlich einmal die Briefwahl. (Zwischenruf Dr. Sader: Sie müssten auch...!) Jetzt weiß ich schon, Sie werden nicht so einfach können, aber reden S' mit dem Herrn Gusenbauer (Beifall!) und sorgen S' dafür, dass man zustimmt. Wir haben kein Problem in dieser Frage. (Zwischenruf Dr. Sader: Stimmen Sie unserem Antrag zu!) – Wir werden später noch darüber diskutieren!

Zweite Vorbemerkung. Der Kollege Rauch hat uns, und auch mir selbst, Arroganz vorgeworfen in der Budgetdiskussion. Ich muss Ihnen schon noch eines sagen: Sie treten hier heraus, werfen mit Rücktrittsaufforderungen um sich, zum Beispiel dem Kollegen Manhart, und werfen uns dann Arroganz vor. Also ich frag' Sie schon, was hier wirklich (Zwischenruf Rauch: Was ist an einer Rücktrittsaufforderung arrogant?), was hier wirklich arrogant ist? Mit solchen Dingen sollte man, meiner Meinung nach, sehr vorsichtig umgehen. Es steht Ihnen nicht zu, hier herauszutreten und den Kollegen Manhart wegen irgendwelcher Klima-Aussagen zum Rücktritt aufzufordern. (Zwischenruf Rauch: Es geht nicht um irgendwelche Klima-Aussagen, es geht um eine falsche Darstellung von Tatsachen!) Ich sag's Ihnen so, eine miserable, eine miserable politische Diskussionskultur. (Zwischenruf Rauch: Wer so argumentiert, ....!) (Beifall!) Ich würde mir wünschen, dass Sie die Dinge etwas ernsthafter angehen.

Nun zum Budget selbst. Das vorliegende Landesbudget stellt die Weichen unserer Arbeit für das kommende Jahr 2005. Letztlich ist ein Landesbudget auch die in Zahlen gegossene Politik, und sie bringt auch, Herr Kollege Rauch, Schwerpunkte und Wertorientierungen zum Ausdruck. Heuer war's noch schwieriger als in den Vorjahren, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen - der Landeshauptmann hat darauf hingewiesen -, keine neuen Schulden zu machen und gleichzeitig die Investitionen in allen Bereichen hoch zu halten. Das heißt, auch 2005 bemüht man sich sehr darum, die Spielräume im Land, nicht nur finanziell, sondern insgesamt zu nützen, die Chancen, die sich bieten, auch wirklich wahrzunehmen.

Und Herr Kollege Rauch, ich komme zur Konvents-Diskussion. Nur ein Satz, obwohl es nicht direkt zum Budget gehört. Für uns – ich sage jetzt, für uns als ÖVP, als Landes-ÖVP im Besonderen – ist es eine Kernfrage in der Konvents-Diskussion, welche Kompetenzen auf Bundesebene, welche im Land, und welche gemeinsam, und wie vor allem, mit welchem Mechanismus, geregelt werden. – Für Sie vielleicht nicht, kann sein. Und wenn Sie von Werten gesprochen haben, dann kommt vielleicht an diesem Punkt schon zum ersten Mal zum Ausdruck, abseits des Budgets, dass wir eben einen unterschiedlichen Zugang zu dem Thema haben und auch unterschiedliche Werte vertreten in dem Bereich – mag sein. Jedenfalls für uns ist klar, wir werden uns im Konvent nicht von Zentralisten abräumen lassen. Und ich bin froh, dass unsere Vertreter dort drinnen, der Landeshauptmann, auch der Landtagspräsident, den Fuß in der Tür haben und aufschreien, wenn man uns abräumen will. Ich bin froh darüber. (Zwischenruf Rauch: Wer will was abräumen?) Sie sollten eigentlich als Abgeordneter dieses Hauses auch daran interessiert sein, dass wir künftig eine ordentliche Kompetenz haben, auch hier herinnen, nicht nur in der Regierung, auch hier im Landtag selbst. Ich würde mir wünschen, Sie würden dort eher auf unserer Seite stehen.

Es war auch wichtig beim Landesbudget, bei der Erstellung, da und dort auch Wünsche zurückzudrängen. Ich stehe auch dazu, wir stehen insgesamt dazu. Das gilt auch – und ich sag's schon ganz offen -, auch für den Wunschkatalog der Opposition, auch wenn Sie das kritisieren. (Zwischenruf Dr. Sader: Wir haben's g'merkt!) Er reicht von einer höheren Studentenförderung, einer Basisförderung für freie, nicht kommerzielle Radios, einem noch höheren Heizkostenzuschuss bis zu einem zusätzlichen Dienstposten für die Umsetzung des Frauenförderplans und einiges mehr. Ich sag' das schon dazu, einige der Zusatzwünsche von den 36 Anträgen, die natürlich nicht erfüllt werden können. Und ich sag' schon deutlich, das Landesbudget – aber das gilt auch für die eigene Fraktion – ist kein Wunschkonzert – ist es nicht! -, sondern in einer angespannten Situation wichtig, ist es wichtig, Schwerpunkte zu setzen, die Investitionen mit einer Quote von über 30 Prozent hoch zu halten, wo es möglich ist, die Betriebe direkt zu unterstützen, Arbeitsplätze abzusichern, und natürlich, Frau Kollegin Sader, auch die Standards im Gesundheits- und Sozialwesen hoch zu halten. Auch wenn Sie das immer bejammern, wir haben eine sehr hohe, gut ausgebildete Kultur des Helfens im Lande.

Die Grünen und die SPÖ haben sich's heuer auch besonders einfach gemacht – das muss ich schon dazu sagen, da teile ich die Meinung des Kollegen, Klubobmann-Kollegen Fritz Amann voll und ganz. Sie kritisieren zwar unsere Ablehnung, Sie haben aber mit den meisten Anträgen – nicht mit allen, aber mit den meisten Anträgen – ans Budget es sich wirklich einfach gemacht, indem man einfach für vorhandene, bereits budgetierte Ausgabenpositionen schlichtweg mehr Geld verlangt. Das ist wohl die einfachste aller Methoden. Im Wesentlichen kann ich aber keine neuen Ideen erkennen, auch nicht wirklich ein Konzept. Und ich frage mich schon, bei aller Kritik, die Sie üben, wo sind denn Ihre Anträge, die wirklich die Arbeitsmarktlage verbessern, die unsere Wirtschaft ankurbeln würden, die Arbeitsplätze sichern? Ich sehe eigentlich nicht viel dahinter. Im Gegenteil, bei den Grünen geht's sogar

noch in die andere Richtung, die verlangen Einsparungen im Straßenbauprogramm von über 6,8 Millionen Euro, was angesichts der angespannten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage absolut unverständlich ist, und reden dann noch, Herr Kollege Rauch, "von Inlandsnachfrage und Wirtschaftspolitik". Ich verstehe es nicht, wie man auf der einen Seite das Straßenbauprogramm so zusammenkürzen will, und auf der anderen Seite dann von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und Inlandsnachfrage reden will. (Zwischenruf Rauch: Mit der Massenkauftkraft des Straßenbaus hat das nichts zu tun!) Die SPÖ hat diese Art von Aktionismus, auch sehr durchschaubaren Aktionismus, zwar nicht gemacht – muss ich dazu sagen -, Sie würden aber zur Bedeckung Ihrer Budgetwünsche locker, ohne mit der Wimper zu zucken – ich nicht so leicht, ich nicht so leicht –, neue Schulden oder auch einen höheren Zugriff in die Rücklagen in Kauf nehmen. Mit uns geht das allerdings so einfach nicht. Wenn man dann fragt, "woher soll man das Geld nehmen?", kommen die Konzepte sehr schnell zum Vorschein: "Beitragserhöhungen, Wertschöpfungsabgabe" sind die Rezepte des Kollegen Posch, die im Ausschuss genannt wurden. So wird's mit uns nicht gehen, das sage ich schon mit aller Deutlichkeit. (Zwischenruf Mayer: Kürzung der Dienstposten bei den Regierungsmitgliedern zum Beispiel!)

Zum Jahreswechsel kämpfen wir vor allem mit steigenden Arbeitslosenzahlen. Die Konjunktur lahmt weltweit. Bei unserem wichtigsten Handelspartner spricht man nicht mehr von "Wirtschaftsflaute", sondern von "Depression" – meiner Meinung nach eine beachtliche Spirale nach unten. Wir in Vorarlberg hängen mit unserer produzierenden Wirtschaft vor allem stark am deutschen Markt. Mehr als ein Drittel der Gesamtexporte geht nach Deutschland – das muss man sehen. Einer der Hauptgründe für die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage liegt auch darin, dass wir einen sehr starken Produktionssektor haben, stärker wie in ganz Österreich. Es sind immerhin 27,8 Prozent in Vorarlberg in dem Bereich der Sachgüterproduktion in der Bruttowertschöpfung, in Österreich insgesamt sind's etwa 20 Prozent – also schon ein deutlich stärkerer Produktionssektor in Vorarlberg wie gesamtösterreichisch, macht uns auch – das ist wohl die Kehrseite – von internationalen Konjunkturschwankungen zunehmend abhängig. Außerdem sind wir, im Gegensatz zu manchen Regionen Ostösterreichs, von sehr wirtschaftsstarken Regionen umgeben, im Süden Deutschlands, auch in der Schweiz, in Liechtenstein, in Oberitalien, was auch dazu führt, dass unsere Betriebe ständig gezwungen werden ihre Produktivität zu steigern - das geschieht ja auch -, Rationalisierungen durchzuführen – auch das geschieht -, in neue Technologien zu investieren, kräftig sogar. Heißt aber auch – das soll man so sagen, wie es ist -, oft mit weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch produktiver sein zu müssen, um im Wettbewerb mithalten zu können. Unsere Wirtschaft wächst zwar stärker als in anderen Regionen. Unser Wirtschaft investiert auch immer noch kräftig am Standort Vorarlberg. Sie wird aber noch länger nicht so einfach in der Lage sein können, einige Tausend neue Jobs, wie wir sie benötigen würden, anzubieten, vor allem nicht für jene, wo die Ausbildung und Qualifikation nicht stimmt.

Die Kernfrage in der heutigen Diskussion ist natürlich: "Wie kann die Landespolitik, überhaupt die Regionalpolitik auf diese Entwicklungen reagieren? Machen wir die richtigen Schritte oder kann man darüber hinaus noch Schritte setzen?" Der bundespolitische Gestaltungsspielraum wird in Fragen der Wirtschaftspolitik wahrgenommen, er liegt auch im Wesentlichen dort, wo jetzt angesetzt wird, nämlich in der Steuerpolitik. In der Frage der Lohnnebenkostensenkung wird mehr geschehen müssen. In der Frage der Arbeitszeit eventuell und in der Frage der Forschungsförderung, dort sind die wesentlichen Punkte, wo der Bund, meiner Meinung nach, wirtschaftspolitische Anreize setzen kann und auch tun wird. Mit der Steuerreform, die in wenigen Wochen in Kraft tritt, werden die Unternehmen jedenfalls jetzt schon zum richtigen Zeitpunkt weiter entlastet, nach der begünstigten

Besteuerung nicht entnommener Gewinne, der Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung setzt jetzt die Bundesregierung mit der Senkung der Körperschaftssteuer von 34 auf 25 Prozent die richtigen Schritte.

Und ich sage an dieser Stelle auch dazu, zu Ihnen, Herr Kollege Rauch, diese Steuerreform ist eine gute, eine ausgewogene, wird die Wirtschaft entlasten. Und ich hoffe noch lange nicht, dass wir die Grundsteuerdebatte mit dem Bund wieder führen müssen, ansonsten können sich die Vertreter im Bund auf etwas gefasst machen. Weil eines ist klar - und da wäre ich auch froh, wenn Sie lieber mittun würden - eine Grundsteuererhöhung wird's mit uns nicht geben. Das ist ein tiefes Vorarlberger Interesse, und zwar auch deshalb, weil es bei uns mehr Eigentümer als Haushalte im Land gibt. Ein tiefes Vorarlberger Interesse. Und wenn Sie über Werte gesprochen haben, sind wir hier zumindest am zweiten oder dritten Punkt, wo wir uns gegebenenfalls eben wieder unterscheiden. Uns ist Grundeigentum offenbar mehr wert als den Grünen – ich sag' das ganz offen. Jedenfalls eine Grundsteuererhöhung ist das falsche Signal. Ich hoffe auch, dass das im Bund nicht neuerlich andiskutiert wird, hoffentlich auch nicht von den Grünen.

Unsere wichtigsten gemeinsamen Aufgaben im Land, abgesehen jetzt von den bundespolitischen Fragen, liegen meiner Meinung nach darin, die Investitionskraft des Landes, auch der Gemeinden, langfristig aufrecht zu erhalten. Da wäre nicht nur an heute zu denken, sondern auch an morgen und übermorgen, und zu schauen, dass uns das Geld nicht ausgeht um zu investieren. Es geht auch darum, den Jugendlichen beste Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen, was nicht heißt, sich der PISA-Hysterie anzuschließen, aber trotzdem Schlussfolgerungen zu ziehen. Ich bin auch froh, dass das im Land in dem Ausmaß nicht passiert. Die PISA-Hysterie ist ja kaum mehr auszuhalten. Man wird darüber reden müssen, aber nicht in der Form, wie's jetzt im Moment geschieht. Und es gehört auch dazu (Zwischenruf), es gehört auch dazu, mit den Möglichkeiten, die wir im Land haben, jenen natürlich auf die Beine zu helfen, so gut es geht, die an den Rand des Arbeitsmarktes gedrängt werden, überhaupt an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das bleibt natürlich eine Kernaufgabe der Landespolitik.

Meine Damen und Herren! 2005 wird zur Unterstützung der Wirtschaft kräftig investiert. Also wer wirklich ins Budget hineinschaut, wird das sehen. Wir sind auch im Gegensatz zu anderen noch in der Lage dazu. Es gibt viele Länder und Regionen, die können das in der Form längst nicht mehr tun, weil in der Vergangenheit Geld verschleudert wurde, da und dort sogar das Familiensilber verscherbelt wurde, etwa ans Ausland, in manchen Bundesländern in der Energiepolitik die Kompetenzen abgegeben wurden nach Frankreich oder sonst wohin. Wir haben das nicht getan, Gott sei Dank nicht. Und im Ergebnis heißt's etwa, jetzt aufs Budget bezogen, dass unsere Energiewirtschaft 2005 140 Millionen Euro investieren kann, im Übrigen sich auch dazu bekennt, die Fachhochschule zu unterstützen. Davon können andere Bundesländer mit ihren Energieunternehmen, die sie irgendwohin anteilmäßig hergegeben haben, nur noch träumen. (Beifall!)

Und im Kampf des Landeshauptmannes um die Wohnbauförderungsmittel, da gab's ja auch Diskussionen, mitten im Wahlkampf sogar, heißt's für 2005 im Budget, auch wieder 145 Millionen ausschütten zu können. Hätten wir die Gelder dort verloren oder einen Teil davon, könnten wir sie eben nicht ausschütten. Und es heißt im Ergebnis natürlich, Aufträge für das Baugewerbe, dringende Aufträge für das Baugewerbe, und es heißt auch, Arbeit für Beschäftigte am Bau. (Zwischenruf Mayer: ..und für Ihre eigenen Parteifreunde, wo Sie da sich bemühen müssen!) So einfach ist es. Abgesehen von den guten Anreizen, die die Wohnbauförderung sonst setzt. (Zwischenruf Mayer: Das sind aber ihre eigenen

Parteifreunde, wo sie sich da bemühen müssen! Nur dass es gesagt ist!) – Ja, ich sag's nur, der Kampf um die Wohnbauförderungsmittel hat sich gelohnt, hat sich gelohnt. Der Herr Landeshauptmann hat sich dafür sehr eingesetzt. Und es heißt im Ergebnis: Arbeit, Arbeit und Aufträge. Und wir brauchen das in der Situation wirklich dringend. Das Hochbauvolumen des Landes, gemeinsam mit der Krankenhausbetriebsgesellschaft, beläuft sich im nächsten Jahr auf über 40 Millionen Euro, davon entfallen beispielsweise auf den neuen Erweiterungsbau der Fachhochschule in Dornbirn 14,1 Millionen Euro, auf den Erweiterungsbau des Bäuerlichen Schul- und Bildungszentrums in Hohenems 4,4 Millionen Euro. Also sehr viele Projekte. Die Fertigstellung des Landeskrankenhauses Bregenz, die letzte Bauetappe steht mit 8,4 Millionen Euro zu Buche, dann wird ein großartiges Projekt, aus meiner Sicht, abgeschlossen. Insgesamt belaufen sich die Hochbauausgaben in den Landeskrankenanstalten auf 19,7 Millionen Euro. In den Landeskrankenhäusern, auch in Hohenems und Bludenz übrigens, stehen in den nächsten Jahren weitere Investitionen an, auch diese werden zur Belebung der heimischen Wirtschaft beitragen. Jetzt könnte man noch einige Dinge aufzählen, etwa das Sonderpädagogische Zentrum Jupident, die Landessportschule in Dornbirn, der Hubschrauber-Hangar sogar, das Landesmuseum in Bregenz und und und, die Wünsche sind sehr lange. Überall hier liegen Projekte in der Schublade. Das heißt natürlich, es sind auch Planungskosten budgetiert, das heißt auch, die Projekte im Hochbau werden uns nicht ausgehen, wir müssen allerdings darauf schauen, dass uns die Finanzen in Zukunft nicht ausgehen, um diese Projekte überhaupt machen zu können. Ich teile die Auffassung des Landeshauptmannes voll und ganz, es ist jetzt auch in der angespannten Lage darauf zu schauen, dass wir keine Strohfeuer anzünden, sondern die Projekte weiter planen können, Investitionen planen können, überhaupt die Fähigkeit des Landes und der Gemeinden zur Investition erhalten können für die Zukunft. Wir würden's in einigen Jahren bereuen, wenn wir jetzt übers Ziel hinaus schießen, und vielleicht in einigen Jahren dann die Mittel nicht mehr haben. Wir brauchen längerfristige Möglichkeiten der Investition, auch in zwei, drei Jahren noch, weil der Arbeitsmarkt wird sich aller Voraussicht nach nicht so schnell entlasten können. Also sind wir froh, wenn wir 2006 und 2007, und auch 2020 immer noch investieren können. Das ist eine solide, eine solide, nach vorne gerichtete Finanzpolitik.

Zum Arbeitsmarkt selbst. Ich bin weit davon entfernt, die aktuellen Arbeitsmarktzahlen schönzureden. Es gibt keinen Grund dafür. Die November-Zahlen (Zwischenruf Dr. Sader: Absoluter Rekord!) sind natürlich ernüchternd, das ist keine Frage. Ein paar Fakten sind aber für die Gesamtbeurteilung schon wichtig, um zu sehen, was sich am Arbeitsmarkt auch im Jahreszeitraum in der Tiefe eigentlich abspielt. Von sämtlichen in Vorarlberg arbeitslos gemeldeten Personen beenden mehr als zwei Drittel davon die Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Monaten – wenn man jetzt einmal das gesamte Jahr anschaut -, 90 Prozent innerhalb eines halben Jahres, also innerhalb von sechs Monaten. Das heißt, es ist schon ein ordentlicher Durchsatz, wenn man so sagen will, in der Arbeit des AMS, weil sehr rasch auch wieder Menschen in den Arbeitsprozess integriert werden. Der Arbeitsmarkt in Vorarlberg ist schon noch, auch wenn das oft bezweifelt wird, schon noch aufnahmefähig, so ist es eigentlich nicht. Im Übrigen gibt's immer noch rund 1.000, jetzt mittlerweile ein bisschen weniger, rund 1.000 offene Stellen am Arbeitsmarkt, die dem auch gegenüberstehen. Man muss auch dazu sagen, wenn man die durchschnittlichen Monatswerte vergleicht und anschaut, es verfügen etwa ein Viertel aller als arbeitslos vorgemerkten Personen über eine Einstellungsusage schon - die werden dann immer mit hineingerechnet -, und 30 Prozent haben – das ist schon ein Problem – ausgeprägte Vermittlungshindernisse. Also insgesamt ist es ratsam, nicht nur auf eine Monatszahl zu schauen, sondern schon sehr im Detail zu analysieren, wie's das Land und die Sozialpartner auch gemacht haben, wo die Ursachen und die Strukturen des Arbeitsmarktes liegen.

Wir stehen auch dazu, dass wir jede sinnvolle arbeitsmarktpolitische Maßnahme – das sei vor allem dem Kollegen Rauch gesagt -, jede sinnvolle arbeitsmarktpolitische Maßnahme für die Betroffenen im Land unterstützen, wenn nötig auch natürlich über den getroffenen Budgetansatz hinaus. Die Grünen haben ja in einer Presseaussendung ihre Kernforderung ans Budget formuliert, indem sie gesagt haben, "mehr Mittel für die Arbeitsmarktpolitik". Ich kann Ihnen jetzt taxfrei sagen, es wird mehr Mittel für die Arbeitsmarktpolitik geben. Wenn das die grüne Kernforderung ist, müssten Sie eigentlich dem Budget mit Freuden zustimmen können, wenn's so ist und nicht noch einige andere Wünsche gestellt werden.

Beim letzten Sozialpartnertreffen ist in diesem Bereich für besonders Betroffene ein umfangreiches Maßnahmenbündel erarbeitet worden, mit dem Schwerpunkt auf den Bereich der Qualifizierung. Ich halte es auch für die richtige Ausrichtung. Ich bin auch, Herr Kollege Fritz Amann, skeptisch was diese low-job GmbH angeht. Sie sind bis heute schuldig geblieben, wie die wirklich ausschauen soll, wie eine sinnvolle Abgrenzung zwischen den Unternehmen – ich muss es so sagen – wirklich ausschauen soll? Und ich habe auch eine Abneigung dazu, zu sagen, dass wir in eine dauerhafte öffentliche Förderung von Arbeitsplätzen, Arbeitsstellen, Jobs in die Wirtschaft hineingehen. Da habe ich schon eine gewisse Abneigung. Mir ist lieber, wir schauen, dass wir im Bereich der Qualifizierung Schritte nach vorne machen. Einfach nur Jobs abzustützen in den Lohnkosten ist für bestimmte Bereiche notwendig, aber als Rezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht unbedingt sinnvoll. Wir werden in der Wirtschaftsdebatte vielleicht dazu noch reden können.

Das Land bemüht sich aber nicht nur auf die Arbeitslosigkeit zu reagieren und Programme zu machen, sondern beugt auch, wo's geht, im Rahmen der Spielräume ganz gezielt vor, und zwar mit Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Das Budget für den Bereich Forschung und Entwicklung erhöhte sich seit 1998 um knapp 70 Prozent. Wenn wir einige Jahre zurück schauen, die größten Brocken sind die Fachhochschule, die betriebliche Forschung, die gefördert wird, die Forschungsaktivitäten in den Landeskrankenanstalten übrigens, der Ausbau des Forschungszentrums für Mikrosystemtechnik an der Fachhochschule sowie die Grundlagenforschung im Umweltbereich. Also schon, aus meiner Sicht, ein Schub, ein großer Schub in den letzten Jahren im Bereich der Forschung, was langfristig hilft den Standort Vorarlberg abzusichern, was langfristig nützt, Innovationen in Bewegung zu bringen, und natürlich – wir hoffen's auch -, natürlich in Arbeitsplätze münden soll. Die Aktivitäten im Bereich der Forschung haben massiv zugenommen, und ich bin auch sehr froh darüber, dass das passiert, wird auch von der Wirtschaft sehr gerne und offensiv angenommen.

Meine Damen und Herren! Der Landesregierung, und allen voran Finanzreferent Landeshauptmann Sausgruber, ist es gelungen, das war nicht so einfach wie in den vergangenen Jahren, ein Budget vorzulegen, das auch in Sparzeiten, trotz Sparmaßnahmen, die richtigen Schwerpunkte setzt, das Investitionen – das habe ich ausgeführt – massiv fördert, das die soziale Sicherheit gewährleisten kann, und das ohne neuen Schulden auskommt und so die Zukunftschancen auch der Jüngeren für die nächsten Jahre nicht schmälert. Ich möchte mich am Schluss ausdrücklich beim Finanzprofi, beim Heinz Fischer bedanken, auch seinen Leuten in der Abteilung, die mit sehr viel Engagement mitgearbeitet haben, ein Beispiel eines Beamten, der wirklich gut mitdenkt (Beifall!), also wirklich außerordentlich professionelle Arbeit leistet. Die ÖVP wird diesem Budget jedenfalls mit großer Überzeugung zustimmen können. Und ich kann Sie in der Opposition nur einladen, das auch zu tun. Dankeschön! (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Ab nun gilt eine Redezeit von 10 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Landesrat Egger, bitte.

**Egger:** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Hoher Landtag! Es sei mir erlaubt, auf einige Anmerkungen der Oppositionsparteien in ihren Generalreden einzugehen. Ich darf vorher nochmals auf die Wortmeldung des Klubobmanns Wallner eingehen, der die Sinnhaftigkeit der low-job GmbH in Frage gestellt hat. Herr Klubobmann, ja natürlich Qualifizierung auf der einen Seite, Ausbildung, Weiterbildung, das ist der wesentliche Kern unserer Tätigkeit. Aber wir müssen die Realität einfach auch sehen, dass wir ein bestimmtes Angebot an einfachen Tätigkeiten zur Verfügung stellen müssen. Und es ist nun einmal ein Lauf der Zeit, dass diese Tätigkeiten immer mehr in Billiglohnländer abwandern, und wir uns bemühen müssen, hier mit Ausgleichsmaßnahmen dieses Angebot hier sicherzustellen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Arbeitsmarktmittel nicht erst im Falle der Arbeitslosigkeit angewendet werden sollten, sondern vermehrt auch in die Prävention, in die Sicherung von Arbeitsplätzen investiert werden sollten. Und insofern, bei aller Schwierigkeit der Abgrenzung, müssen diese Vorschläge offensiv und gemeinsam diskutiert werden. Und das ist unser Appell: Öffnen wir uns hier, machen wir nicht ideologische Diskussionen oder parteipolitische, sondern schauen wir uns die Modelle am Arbeitsmarkt an, dann gibt es auch Lösungen, da bin ich überzeugt davon.

Meine Damen und Herren! Die Wortmeldung des Klubobmannes der grünen Fraktion hat doch einige bemerkenswerte Facetten von sich gegeben. Einerseits kritisiert er die fehlende Handschrift der Freiheitlichen. Und ich kann mich noch gut die letzten Jahre erinnern, und vor allem auch im Wahlkampf und in dieser Budgetrede, wie massiv er kritisiert hat die wesentlichen Punkte der gesellschaftspolitischen Fragen. Die Familienpolitik, die immer wieder in der Kritik der Grünen steht, insbesondere auch, von den Sozialdemokraten angesprochen, das Kindergeld. Ja von wem ist denn diese Idee entstanden? – Von den Freiheitlichen, heute umgesetzt und auch bundesweit ein Thema. Die konsequente Ausländer- und Asylpolitik, die immer wieder in Ihrem Kreuzfeuer der Kritik ist. Die Straßenbaupolitik, die Drogenpolitik, aber auch wesentliche Wertefragen, die wir dann noch diskutieren werden müssen. Das sind doch freiheitliche Themen, die sich klar zeigen in unserem Lande. Einerseits kritisieren Sie uns permanent, andererseits sagen Sie, "die Handschrift fehlt". Das ist nicht konsequente Argumentationslinie, das ist Achterbahn, die Sie hier fahren, mit gewaltigen Loopings. (Heiterkeit!)

Und ich sage Ihnen dazu, wenn Sie Wertefragen diskutieren wollen im Landtag, dann tun wir das sehr, sehr gerne. Und da geht es nicht nur um Werte wie Natur, die Sie immer sehr stark in den Vordergrund stellen, sondern es geht uns vor allem auch um Werte wie Familie, Familie, die vor allem auch Kinder, wie's der Landeshauptmann sagt, in die Mitte stellt. Werte wie Heimat, die natürlich gepflegt werden müssen. Und ein Wert Freiheit. Freiheit für die Menschen in diesem Lande, die aber auch bedeutet – und das muss man offen und ehrlich sagen – ein hohes Maß an Verantwortung, Eigenverantwortung. Und da sind Ansätze, wie die Sozialdemokratie sie immer wieder bringt, die den Staat als diesen sozialen Wohlstandgeber in den Vordergrund stellt, mit Sicherheit falsch. Wir sind für Freiheit mit einer Solidarität für alle jene Menschen, die es brauchen, und ein Staat, der dort eingreift, wo's notwendig ist, und nicht überbürend für die Zukunft der Bürger zur Belastung wird. Freiheit bedeutet für uns auch, die Verantwortung für die Zukunft des Landes, insbesondere für die Jugend. Und da ist die Erhaltung eines Spielraumes in finanzieller Hinsicht mit Sicherheit ein ganz wichtiges Argument, denn Freiheit bedeutet, keine Fesseln auf Grund von Schulden und Bankzinsen, die zu bedienen sind. Meine Damen und Herren! Diese Diskussion sollten wir führen, die

müssen wir führen, die führen wir aber auch sehr, sehr gerne. Und diese Diskussion spiegelt sich auch in diesem Budget mit diesen Werten sehr massiv wider.

Die Klubvorsitzende der Sozialdemokraten hat die "fehlende oder mangelnde Chancengleichheit in unserem Lande" angesprochen. Liebe Frau Dr. Sader, nennen Sie mir ein Land, wo die Chancengleichheit, die Möglichkeiten in allen Bereichen, im sozialen Bereich, im Bereich der Bildung, im Zugang zum Gesundheitswesen, derart gut ausgebaut sind wie hier in unserem Lande. Natürlich kann man verbessern. Aber die Voraussetzungen, die wir haben, sind doch gut. Und unsere große Verantwortung ist doch, für die Zukunft der Jugend diese Systeme auf diesem guten Niveau sicherzustellen. Das ist die große Herausforderung für die Zukunft. Bei stagnierenden Einnahmen die Möglichkeiten der Chancengleichheit für die Zukunft zu schaffen. Jeder von uns hätte wunderbare Ideen, was man noch Neues dazu machen könnte, wo wir noch weiter Geld ausgeben könnten. Aber die zentrale Aufgabe ist, auf vernünftigem Niveau diese Systeme aufrecht zu erhalten, sie für die Zukunft zu sichern.

Und wenn Sie das Gesundheitssystem ansprechen, das ist ein sehr gutes Beispiel. Wir diskutieren sehr intensiv im Moment die Masterplanung für unsere Krankenhäuser für die zukünftigen Jahre. Über 180 Millionen Euro werden wir in den nächsten Jahren investieren in die Modernisierung und Sanierung unserer Krankenhäuser, und zwar auf regionalem Niveau, auf regionalen Standorten. Nennen Sie mir ein Land, wo derartige Investitionen in unserem Umfeld gemacht werden. In St. Gallen werden Krankenhäuser geschlossen, im roten Wien wird offensiv über die Schließung zweier weiterer Krankenhäuser diskutiert. Wir bekennen uns zu den regionalen Standorten in unserem Lande und investieren 180 Millionen in den nächsten Jahren. Nicht nur wichtige Impulse für die Wirtschaft, sondern vor allem auch für die Sicherung auf einem sehr hohen Niveau unseres Gesundheitssystemes.

Und wenn Sie das Kindergeld hier so schlecht darstellen und dem Kindergeld die Schuld geben, dass junge Frauen, dass Mütter nicht mehr in den Arbeitsmarkt zurück kommen. Also diese Logik müssen Sie mir erzählen, warum € 436,- pro Monat, die wir den Müttern, den Familien zur Verfügung stellen, Schuld daran sein sollen, dass sie schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Das sind doch ganz andere Faktoren, die hier greifen. Die Wahlfreiheit, die man mit dem Kindergeld hat, muss optimal genutzt werden. Und das liegt in der Verantwortung eines jeden Einzelnen. Wir wollen keine Zwangsverpflichtung, sondern wir wollen Möglichkeiten für die Familien und Geld, finanzielle Zuwendungen, mit denen sie selber agieren können und frei wählen können, welches System, welche Organisation ihres Lebens sie wählen wollen. Dieser Zusammenhang ist für mich mit Sicherheit nicht nachvollziehbar und kann auch so nicht nachvollzogen werden.

Und vielleicht noch ein Satz zum Gesundheitswesen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, vor zwei Jahren, wie Ihr Parteikollege und damaliger Vorsitzender im Lande, Lackner, sogar die Schließung von Krankenhäusern – Beispiel Hohenems – offensiv und öffentlich in den Raum gestellt hat. Wir bekennen uns zu diesen Standorten und wir sichern mit großen Investitionen diese Standorte ab. Und das sollten Sie eigentlich hier auch tun.

Sehr berührt hat mich die Kritik des Klubobmannes der grünen Fraktion, an einem Menschen, den ich sehr schätze, dem Michael Manhart, der sich auch hier nicht wehren kann. Ich lehne vor allem die Art und Weise, wie man Menschen, die sich hier nicht wehren können, hier kritisiert öffentlich, ab. Und ich sage Ihnen, auch inhaltlich, das was Sie gesagt haben ist schlichtweg eine Dummheit (Zwischenruf Dr. Sader: Wieso?), und es ist auch eine Beleidigung all jener Menschen, die im Tourismus und im Seilbahnwesen und in den

Talschaften hier unterwegs sind. Es sind Menschen, die es geschafft haben, auf eigenen Beinen in einer sehr guten Balance zwischen Wirtschaft und Natur hier sich in den Talschaften zu etablieren. Menschen, die Heimatsinn haben, die mit Herz bei der Sache sind. Und das ist die Stärke unseres Landes: Eine gute Infrastruktur, Menschen, die mit Herz dabei sind, mit Freundlichkeit dabei sind, und eine intakte Umwelt. Und wenn Sie das kritisieren, dann sage ich Ihnen, gehen Sie mit offenen Augen durch unser Land und Sie werden sehen, dass es hier bestens funktioniert. Und kritisieren Sie nicht jene Menschen, die tagtäglich diese Arbeit und diese Balance im Lot halten – das sage ich in aller Deutlichkeit dazu. (Beifall!)

Meine Damen und Herren! Der Hochbau und auch der Straßenbau sind wichtige Impulsgeber für die heimische Wirtschaft. Und nicht nur die Summen, die wir hier ausgeben, sind wichtig, sondern vor allem auch die Art und Weise, wie wir die Dinge ausgeben. Wir bemühen uns wirklich sehr, und es gelingt in hohem Maße, die regionale Wertschöpfung mit unseren Bauimpulsen auch entsprechend zu stärken. Kleine Baulose, der Nachhaltigkeitsaspekt bei der Auswahl von Produkten. Und wir versuchen jetzt auch, das ist ein neuer Ansatz, die Auslastung besser und gleichmäßiger zu gestalten, und zwar nicht nur im Lande selber, also im eigenen Wirkungsbereich, sondern wir bemühen uns auch als Plattform mit den Gemeinden die Projekte in den Zeitabläufen besser aufeinander abzustimmen. Das heißt, keine großen Schwankungen in den Kapazitätsspitzen zu haben, sondern eine gleichmäßige Auslastung für den Arbeitsmarkt. Das ist enorm wichtig für die Bauwirtschaft.

Ein Nachhaltigkeitsaspekt ist mir überhaupt ein sehr wichtiger, nämlich das Energiekonzept 2010, wo wir ja versuchen, den Energieverbrauch in unseren Landesgebäuden um zwölf Prozent zu senken, was eine gute Basis ist. Also nicht das billigste Produkt zu kaufen, sondern jenes Produkt zu kaufen, das über langfristige Betrachtungen auch mit Erhaltungs- und Wiederbeschaffungszyklen das günstigste ist, das soll gekauft werden. Und das hilft vor allem unserer Wirtschaft und dem Wettbewerb am Markt draußen, um sich zu etablieren.

Abschließend sei mir erlaubt, überhaupt den Aspekt der Nachhaltigkeit als einen der zentralen der Politik für die nächsten Jahre hinzustellen. Unsere ganzen Systeme, ob im Gesundheitswesen, im Pensions- und Sozialrecht, bauen auf Wachstum auf. Und es ist eine Vision, zu meinen, dass dieses Wachstum grenzenlos ist und dass wir mit diesen Raten, die wir in der Vergangenheit hatten, in die Zukunft gehen können. Die Konjunkturzyklen, die Schwankungen werden immer kurzfristiger, die Wachstumsraten immer flacher. Und es ist eine große Herausforderung für uns alle, die Systeme auf einem sehr hohen Niveau stabil und nachhaltig zu halten. Und ich denke, Vorarlberg ist hier wirklich ein gutes Beispiel und hat bewiesen, dass wir es auch können in Zeiten, wo es schwierig wird, die Dinge stabil zu halten, weiter fortzuführen, auf gutem Wege. Und das ist eine große Herausforderung für uns alle. Und das sollte auch für die Oppositionsparteien ein Anliegen sein. Wenn ich Ihre Budgetansätze sehe, so muss ich leider sagen, das kann ich so nicht erkennen. (Zwischenruf Dr. Sader)

Abschließend möchte ich noch eingehen auf die Debatte der Wahlzeiten. Natürlich sollte man Möglichkeiten, die man im eigenen Wirkungsbereich hat, ausnutzen, und man sollte eigentlich diese Wahlzeitenverlängerung mit einem bürgerfreundlichen, aber auch verwaltungsfreundlichen Ansatz, den wir gezeigt haben, umsetzen. Meine Damen und Herren der Sozialdemokraten! Sie sind bei Gott die Letzten, die sich hier zu Wort melden dürfen in dieser Frage. (Zwischenruf Dr. Sader) Hier Bürgerfreundlichkeit einzufordern und jahrelang ein einfaches, gutes System zu blockieren (Zwischenruf Dr. Sader), da sollte es Ihnen die Schamesröte ins Gesicht treiben, und da sollten Sie selbst zur Erkenntnis kommen, hier herausgehen und zu sagen, "hätten wir die Briefwahl gemacht, dann hätten wir diese

Diskussion hier nicht zu führen". Ein gutes System, das Sie auf Bundesebene seit Jahren blockiert haben. Gehen Sie in sich und seien Sie auch etwas selbstkritisch dabei. (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Alge, bitte. (Zwischenruf Dr. Sader: Noch sagt der Präsident, wer do heraußen stehen darf und reden und wer nicht, nicht Du!)

**Ing. Alge:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Vor Kurzem erreichte die Arbeitslosigkeit in Vorarlberg einen Rekordwert. Die magische Grenze von 10.000 Arbeitslosen wurde überschritten. Vom Trend her leider nichts Neues, denn unsere Arbeitslosigkeit steigt seit der ersten Ölkrise Anfang der 70er Jahre mehr oder weniger in unterschiedlichen Ausprägungen kontinuierlich an. Ich bezweifle für die Zukunft auch, dass Wirtschaftswachstum alleine unsere Beschäftigungskrise lösen wird.

Unsere Probleme im Arbeitsmarkt beruhen im Wesentlichen auf sieben Faktoren: Natürlich auf dem schwachen Wachstum, aber auch auf einer Eigenkapitalschwäche unserer Unternehmen, vor allem auf einer sehr schlechten Stimmung in der Bevölkerung, aber auch auf einer überalterten Gesellschaft, auch daran, dass unser wichtigster Außenhandelspartner Deutschland in einer tiefen Krise steckt. Ich wage sogar zu behaupten, dass wir im Moment uns nur so gut halten, weil wir von Osteuropa, weil unsere Wirtschaft von Osteuropa subventioniert wird – eine These, die ich später noch belegen werde. Und vor allem liegt unsere Arbeitsmarktschwäche daran, dass viele Menschen eine Alternative in der Schattenwirtschaft gefunden haben. Hier stehen vor allem die Tarifpartner in der Mitverantwortung – ich werde auch darauf später noch eingehen. Wie gewohnt werde ich dazu aber mehrere Anläufe brauchen, um eine fundierte Analyse zu treffen, und dann auch Lösungsstrategien aufzuzeigen.

Zum ersten Punkt, das Wachstum: Seit Jahren schwächeln wir den meisten Mitgliedsstaaten der EU hinterher. Maßgeblich hängen wir hier, wie schon mehrfach erwähnt, von Deutschland ab, unserem wichtigsten Handelspartner. Deutschland, selbst früher in der Spitzengruppe, dann nur noch im Durchschnitt, seit einigen Jahren im harten Duell mit ein oder zwei anderen Mitgliedsstaaten der EU um die rote Laterne innerhalb der EU. Mittlerweile ist das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland unter den europäischen Schnitt gefallen. Deutschland hat inzwischen eine unvorstellbare Verschuldung von 1,4 Billionen Euro. Wer die deutschen Radiostationen verfolgt, der erschrickt über die Tiefe der Verunsicherung. Bayern 3 veranstaltet seit Monaten einen Wettbewerb, wo die Hörer anrufen können und jeweils einen wesentlichen Grund nennen sollten, weshalb sie auf Deutschland stolz sind. Gut 50 Prozent unserer Wertschöpfung geht in den Außenhandel, der Großteil davon nach Deutschland. Wir hängen hier unmittelbar auf Gedeih und Verderben – und das wird auch noch auf längere Zeit so sein – von Deutschland ab. Ein wesentlicher Teil unserer Wachstumsschwäche selbst liegt aber in der Situation Deutschlands als Abnehmer. Ein anderer wesentlicher Teil unserer Wachstumsschwäche ist struktureller Natur - mehr dazu später. Dass wir in Österreich auf Grund der jährlichen Produktivitätssteigerung mindestens zwei Prozent Wachstum pro Jahr brauchen, setze ich als allgemein bekannt voraus.

Zweiter Faktor, Eigenkapitalschwäche: Österreich zählt inzwischen zu den Pleite-Kaisern der EU. Wir sind diesbezüglich fast Spitzenreiter. Wir rangieren inzwischen auf Platz 3. Die Hauptursache dafür liegt in der sehr dünnen Eigenkapitaldecke der Unternehmen. Nach den Textilern und dann der new economy trifft es heute immer mehr auch alt eingessene Unternehmen, Mittelständler im klassischen Sinne, die in Insolvenz gehen müssen. Plötzlich auch bekannte Unternehmen. Die Belegschaft verliert ihren als "sicher eingeschätzten"

Arbeitsplatz, das kann auch Gemeinden hart treffen und vor nahezu unlösbare Probleme stellen – Degerdon aus dem Oberland, jüngstes Beispiel, lässt grüßen. Unsere KMU's haben viel zu wenig Eigenkapital, das ist sehr gefährlich, aber nicht nur jetzt in der Krise, sondern auch zukünftig bei einem allfälligen Aufschwung. Denn mit geringem Eigenkapital kann man nicht schnell genug wachsen, und deshalb müssen dann auch in guten Zeiten Marktanteile abgegeben werden statt neue zu gewinnen. So ist mit und ohne Aufschwung ein Ende der hohen Zahlen auf Grund dieser Eigenkapitalschwäche an Unternehmensinsolvenzen nicht zu erwarten. Basel II wird das nochmals verstärken – ich werde in der Wirtschaftsdebatte ausführlich darauf eingehen.

Die schlechte Stimmung als dritter Faktor: Die Seele des Österreicher ist in einer ganz merkwürdigen Verfassung. Wie Mehltau liegt eine sehr schwermütige Stimmung über dem Land. Von Aufbruchstimmung ist bei Weitem nichts zu spüren. Keine positive Grundstimmung in der Bevölkerung, kein Optimismus, der ansteckt. Woran aber liegt diese miese Stimmung? – Nun, viele Familien sind inzwischen in irgendeiner Form vom Thema Arbeitslosigkeit betroffen, oder vielleicht auch nur davon, dass die Jungen in der Familie keine geeignete Lehrstelle finden. Die, denen dieses Schicksal bisher erspart geblieben ist, haben oftmals, begründet oder unbegründet, das sei hier dahingestellt, Sorge um ihren Arbeitsplatz. Auch die Zahl der allein Erziehenden, in der Regel der allein Erziehenden Frauen, steigt. Die finanzielle Lage dieser Familien ist äußerst angespannt. Der Leistungsdruck in den Unternehmen nimmt rapide zu. Viele spüren, wir sind hier an einem Wendepunkt angelangt.

Wir können das auch auf unser Landesbudget beziehen: Früher, in der Zeit vor 1994, war nach Abdeckung der notwendigen Ausgaben immer noch Platz für gute neue Projekte und Anliegen, um die noch ins Budget einzubringen. Beim 95er Budget mussten wir erstmals mit der Rasenmähermethode alle Budgetgruppen um drei Prozent kürzen. Seit zwei Jahren wird die Bedeckung immer schwieriger. Wir tasten inzwischen die Reserven an, um zu bedecken. Wir brauchen dazu heuer 20 Millionen Euro. Gott sei Dank sind wir dazu in der Lage, um das zu tun. Aber wie wird die Zukunft aussehen? Wie lange lässt sich das fortschreiben? Solche Stimmung wirkt sich unmittelbar auf das Kaufverhalten aus. Die Menschen sparen. Und Sparen vernichtet Arbeitsplätze - auch in der Härte dieser Aussage. Die Sparquote in Deutschland und Österreich ist so hoch wie nie. 2005 wird sie neun Prozent des verfügbaren Einkommens in Österreich erreichen.

Vierter Punkt, überalterte Gesellschaft: Bei der Arbeitslosigkeit kommt uns diese Überalterung zu Gute. Der Arbeitsmarkt wird hier seit Jahren positiv entlastet. Aus demographischen Gründen scheiden mehr Menschen aus dem Erwerbsleben aus als neue Erwerbstätige hinzukommen. Die Tendenz ist steigend. In Deutschland sind es momentan zirka 200.000 Menschen pro Jahr. Leider aber keine Lösung für unser Problem. Im Gegenteil, auch demographisch zerbröckelt unser Fundament, vor allem das der Sozialversicherungssysteme. Die Lebenserwartung steigt jährlich um zirka zwei Monate. Seit dem Pillenknicke vor zirka 40 Jahren liegt die mittlere Geburtsrate je Frau nurmehr bei 1,3 Kindern – sie ist von 2,1 auf 1,3 gesunken. Uns fehlen heute bereits zig-tausend Menschen in den Altersgruppen der unter 30-Jährigen. Da diese Generation inzwischen im Alter ist oder immer mehr in das Alter hinein kommt, in dem sie selbst Kinder zeugt, verschärft sich der demographische Abwärtstrend noch einmal. Jede Generation wird zukünftig um ein Drittel kleiner als die Generation ihrer Eltern. In Deutschland schauen die Prognosen des Statistischen Bundesamtes diesbezüglich wie folgt aus: Bis 2050 wird die Bevölkerung auf 75 bis möglicherweise sogar auf 67 Millionen abnehmen. Rund die Hälfte der Bevölkerung wird dann über 50 Jahre alt sein, die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich bis dahin fast

Vervierfachen; die Zahl der über 100-Jährigen wird sich bis dahin Verzehnfachen. Dividieren Sie die Zahlen durch 10, und Sie haben in etwa die Werte für Österreich. Das Entscheidende dabei: Diese Entwicklung ist nicht mehr korrigierbar, sie ist bereits auf Schiene, weil diese Menschen ja schon geboren sind. Die wird definitiv stattfinden.

Nun, was hat das mit Arbeitslosigkeit zu tun? - Sehr viel. Ich bleibe bei den Zahlen Deutschlands: Zu Beginn des Jahres 2004 (Zwischenruf Dr. Sader: Hättest lieber unsere eigenen Zahlen genommen!) waren in Deutschland nurmehr etwa 26 Millionen in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis – Beginn 2004, 26 Millionen sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Dem stehen knapp fünf Millionen Arbeitslose gegenüber, und zusätzlich zirka knapp drei Millionen Sozialhilfeempfänger – wobei diese zum Teil sich überdecken, auf Grund statistischer Erfassung. Außerdem wollen mittlerweile 20 Millionen Rentner und Pensionäre ihre monatlichen Renten pünktlich überwiesen bekommen. Wenn ich das zusammenfasse, dann stehen 26 Millionen aktiv Berufstätigen inzwischen bereits 25 bis 28 Millionen passive Empfänger gegenüber. Die Belastung pro Arbeitsstunde wird demnach steigen.

Ich werde in einem zweiten Teil auf die Schwäche Deutschlands eingehen, weshalb Deutschland so schwächelt, den Beleg erbringen, warum Osteuropa unsere Wirtschaft subventioniert, und auch aufzeigen, warum und weshalb die Menschen in die Schwarzarbeit flüchten. (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ritsch, bitte.

**Ritsch:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich kann es mir jetzt leider nicht ersparen, wollte mich eigentlich bei dieser Gelegenheit noch nicht zu Wort melden, etwas zur Briefwahl zu sagen. Wir hatten gestern aktuell von 14.00 Uhr bis 02.00 Uhr morgens in Bregenz eine doch relativ lange Budgetsitzung, auch in Anwesenheit unserer Vizepräsidentin Abgeordneten Frau Mennel und auch des Abgeordneten Reichart. Zu später Stunde, so gegen 00.30 Uhr, glaube ich, hat die Frau Vizepräsidentin eine Resolution aus der Tasche gezogen und hat gesagt, "ich beantrage, dass die Bregenzer Stadtvertretung den Antrag von Jürgen Weiss im Bundesrat unterstützen soll und somit die Briefwahl ermöglichen soll". Das klingt ja an sich gut, wenn man so populistisch sagt, "Briefwahl, ist a tolle G'schicht", und wenn man des halt so liest, wie's im Antrag vom Jürgen Weiss auch drinnen steht, "...so weit dies landesgesetzlich festgelegt wird, ist die briefliche Stimmabgabe im Postwege zulässig". – So ist es formuliert. Was heißt das? Wir können uns, glaube ich, alle daran erinnern, was bei den letzten Arbeiterkammerwahlen passiert ist im Jahre 1999, wo es so eine Briefwahl gegeben hat. Bei dieser Arbeiterkammerwahl war es nämlich so, dass massenhaft Stimmzettel im Altpapier gelandet sind, und jeder diese Stimmzettel herausnehmen konnte und mit diesem Stimmzettel einfach wählen konnte. Das heißt, die Leute haben das in den Siedlungen ins Altpapier geworfen, und jeder hat mit diesen Stimmzetteln wählen können. Ist das das, was die ÖVP will? Dann haben wir eine Gegenresolution eingebracht. Und die Gegenresolution, das war ja das Spannende, in dieser Gegenresolution habe ich gesagt, "o.k., ich bin der Meinung, jeder, der am Tag der Wahl nicht zur Wahl gehen kann, weil er im Ausland ist, weil er krank ist, soll die Möglichkeit erhalten, mit einer Wahlkarte sein Wahlrecht in Anspruch zu nehmen." Und das ist der große Unterschied. So wie bei der Nationalratswahl: Jeder, der bei der Nationalratswahl nicht wählen konnte, weil er nicht da ist, kann eine Wahlkarte beantragen. Und einem solchen Modell werden auch wir zustimmen, wenn es um eine Wahlkartenwahl geht. Ich bin dezidiert ein Gegner davon, wenn es darum geht, das Wahlrecht auszudünnen, und offensichtlich auch das Wahlgeheimnis auszudünnen.

Das wahre Gesicht hat sich dann gezeigt, dieser Antrag von uns, Gegenantrag, wurde dann natürlich mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ auch gestern in der Stadtvertretung abgelehnt. Wir haben dann noch einen zweiten Antrag zum Thema Wahlen eingebracht. Und zwar ist es uns darum gegangen, die Wahlen am Freitag zu ermöglichen. Auch das hat der Herr Landeshauptmann ja schon erwähnt, auch bei dieser Möglichkeit hat gestern die ÖVP und die FPÖ in der Stadtvertretung dagegen gestimmt. Lediglich ein Antrag des Grünen Forums Bregenz ist dann zwar auch abgelehnt worden, aber da haben wenigstens ein paar mitgestimmt. Und zwar ist es den Grünen darum gegangen, die Wahlzeiten auszudehnen, und zwar am Sonntag bis 15.00 Uhr. Das liegt im Auftrag der Gemeinde. Das heißt, die Gemeindevahlbehörde kann das selber bestimmen, dass man bis 15.00 Uhr die Wahlzeiten verlängert. Und sogar bei diesem Antrag hat, bis auf eine Abgeordnete, die gesamte ÖVP dagegen gestimmt, da hat die FPÖ mitgestimmt. Das war also auch der einzige Antrag, wo die FPÖ gestern von wegen, "man soll die Wahlbeteiligung etwas heben", mitgegangen ist, bei allen anderen Dingen waren sie dagegen. Also gestern hat sich wieder einmal gezeigt, wie es denn ist, wenn es darum geht, nach den Wahlen zu jammern, weil die Wahlbeteiligung gesunken ist. Und wenn man dann große Lippenbekenntnisse macht, "wir werden alles unternehmen, um es den Bürgern so einfach wie möglich zu gestalten, damit sie an den Wahlen teilnehmen können". Es wäre ein Einfaches, die Gemeinden zu verpflichten, ein Wahllokal pro Gemeinde am Freitag offen zu halten. Aber diesem Antrag konnte sich der Gemeindeverband leider nicht anschließen. Und die Landesregierung hat dann in einem Bauchfleck offensichtlich dem Gemeindeverband nachgegeben, und daher ist die Freitag-Wahl gefallen. So viel zum Thema Ehrlichkeit und Offenheit der ÖVP und der FPÖ, wenn es darum geht, in Wahlzeiten bürgernahe zu sein, was Sie offensichtlich nicht sind.

Zum zweiten Teil meiner Wortmeldung, da möchte ich noch ganz kurz auf den Bereich Schulden eingehen. Wie jeder im Budget sehen kann, hat ja das Land Vorarlberg 63 Millionen Euro Schulden und 11 Millionen Euro im Bereich der Krankenanstalten, also rund 74 Millionen Euro Schulden. Dem gegenüber stehen auch Rücklagen in Höhe von 72 Millionen Euro. Das klingt ja alles wirklich ausgezeichnet, klingt ja auch toll. Wenn man aber das näher betrachtet und dann die Finanzen der Gemeinde auch etwas durchleuchtet – es sind ja einige Gemeindevandatare ja auch hier herinnen -, und dann sieht, wie es den Gemeinden draußen geht, dann stimmt dieses Bild eben nicht. Es kann nicht sein, dass hier im Landtag die ÖVP her geht und sagt, "alles ist super, wir haben ein tolles Budget", und im gleichen Atemzug die Gemeinden ausgehungert werden und den Gemeinden die Luft genommen wird. Wenn man nur am Beispiel Bregenz das sieht. Wir haben in Bregenz einen Schuldenstand von 64 Millionen Euro. Das heißt, die Landeshauptstadt Bregenz hat mehr Schulden wie das gesamte Land Vorarlberg. Das ist das Problem der Gemeinden! Ich gehe jetzt auf die anderen gar nicht ein, das weiß jeder wahrscheinlich selber. Und wenn man dann schaut, dass es eine Landesumlage gibt, und die ist eben an der Obergrenze, und zwar 7,8 Prozent, dann macht das alleine für Bregenz 2,4 Millionen Euro aus – das sind 35 Millionen Schilling -, die jährlich an das Land abgeführt werden müssen. In Niederösterreich gibt es diese Landesumlage nicht mehr. In Niederösterreich hat man erkannt, dass man die Gemeinden eben nicht aushungern lassen kann, weil sie sonst ihren Agenden nicht mehr nachkommen können. Und dieselben Beispiele könnte man dann auch in der Krankenhausfinanzierung, beim Sozialfonds oder auch bei überregionalen Aufgaben anwenden. Ich erinnere an den Appell, Bürgermeister Linhart hat den Appell an die drei Bregenzer Abgeordneten gerichtet, dass man dann gemeinsam im Landtag für eine Besserstellung der Gemeinden kämpfen soll. Unsere Anträge werden folgen in dieser Richtung. Ich bin dann sehr gespannt, was die Frau Vizepräsidentin Menzel bei dieser Abstimmung macht. Und ich bin auch sehr gespannt, was dann der Bregenzer Abgeordnete Reichart macht, wenn es darum geht, die Landesumlage zu kürzen oder

eventuell auch zu streichen. (Zwischenruf Dr. Mennel: Jetzt haben wir Budgetdebatte!) Und diese Debatte werden wir noch führen. Danke! (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Ich möchte die Abgeordneten bitten, die Generaldebatte jetzt nicht zu einer ausschließlichen Briefwahldebatte zu machen. Entsprechende Gesetzesanträge und Tagesordnungspunkte wurden ja aufgenommen, es gibt noch Zeit dazu. Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Wieser, bitte.

**Wieser:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein Budget ist ein in Zahlen gegossenes Zukunftsprogramm, das einerseits Kontinuität gewährleistet, andererseits durch Schwerpunkte konkrete politische Ziele verfolgt. Einer dieser Schwerpunkte ist auch in diesem Jahr die Familienförderung. Ich gehe davon aus, dass deren einzelne Maßnahmen im Rahmen der Debatte zur Gruppe IV ausführlichst diskutiert werden und möchte dieser Spezialdebatte auch nicht vorgeifen.

Nachdem allerdings die Familienpolitik nicht ausschließlich dem Kapitel Soziale Wohlfahrt zugeordnet werden kann, nachdem viel mehr familienpolitische Weichenstellungen ressortübergreifend zu sehen sind, ich möchte die Bereiche Bildung und Unterricht erwähnen, im Moment sehr aktuell auf Grund der PISA-Studie, aber auch in den Bereichen Soziales, Gesundheit bis hin zur Wirtschaft, möchte ich bereits im Rahmen der Generaldebatte einige grundsätzliche Zukunftsfragen ansprechen, auch im Hinblick auf das vom Herrn Landeshauptmann heute ins Spiel gebrachte Projekt "Kinder in die Mitte". Ich glaube, dass gerade auch für dieses Projekt Familien, intakte, stabile Familien als Basis erforderlich sind.

Die Fragen, meine Damen und Herren, lauten: Erstens, soll die Familie als kleinste Zelle der Gesellschaft in ihren Aufgaben gestärkt oder geschwächt werden? Zweite Frage: Darf die Familie individuell und autonom handeln und entscheiden oder soll das Handeln und Entscheiden auf eine andere Ebene verlegt werden? Dritte Frage: Wird der traditionellen Familie eine Chance für die Zukunft eingeräumt oder wird sie als Auslaufmodell betrachtet? Meine Damen und Herren, dass die Familie von heute auf die eine oder andere Weise krisenanfällig geworden ist, ist kein Wunder. Welche Institution hält es schon aus, dass sie jahrzehntelang einem ideologisch bedingten Kampf ausgesetzt ist und dann sozusagen unbeschädigt dastehen soll? Es stimmt allerdings positiv und spricht für die Institution Familie, dass die Familie nach wie vor lebt, dass die Sehnsucht nach einer intakten Familie, nach Geborgenheit in der Familie nach wie vor sehr hoch ist.

Aus freiheitlicher Sicht gibt es deshalb ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Familie. Denn, meine Damen und Herren, jede Gemeinschaft, jede Gesellschaft ist so stark wie ihre kleinste Einheit. Demnach kommt jede ideelle, aber auch jede materielle Schwächung der Familie, jede Schwächung der Individualität und Autonomie der Familie eigentlich einer Schwächung der gesamten Gesellschaft gleich. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass es dem Staat, den Ländern und Gemeinden ungleich teurer kommt, Ersatzangebote für Familienleistungen anbieten zu müssen, als die Familien in ihren Aufgaben zu unterstützen. Und ich möchte auch darauf hinweisen, dass eine Zunahme an zusätzlichen Leistungen auch neue Einnahmen erfordern wird. Und ich glaube, niemand von uns will etwa die Steuerquote von Schweden anstreben.

Was die Frage zwei anlangt, "darf die Familie individuell und autonom handeln und entscheiden oder soll das Handeln und Entscheiden auf die Gesellschaft übertragen werden?", da möchte ich darauf hinweisen, dass es bereits jetzt spürbar ist, dass die Folgewirkungen für den Staat, für die Länder und Gemeinden wesentlich gravierender sind, wenn die

Eigenverantwortung des Einzelnen reduziert und auf die nächst höheren Ebenen verlagert wird. Da ist einerseits ein zu erwartender beachtlicher finanzieller Mehraufwand, da ist aber auch das ins Wanken kommende soziale Gefüge. Die Übernahme von Verantwortung über die engste Familie hinaus in sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereichen, sozusagen "das Ehrenamt", prägt eine Gesellschaft sehr wesentlich und ist ein unverzichtbarer Teil derselben. Auch deshalb aus freiheitlicher Sicht ein klares Bekenntnis zur Aufrechterhaltung der Autonomie der Familie.

Und was die Frage drei anlangt, "wird der traditionellen Familie eine Chance für die Zukunft eingeräumt oder wird sie als Auslaufmodell betrachtet?" Ich möchte die derzeitige Situation der Familie keinesfalls beschönigen oder sozusagen durch eine rosa Brille betrachten. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Familie immer schon Veränderungen ausgesetzt war. Noch vor gar nicht so langer Zeit wäre es undenkbar gewesen, dass Eltern oder dass nur Eltern mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt leben. Vor der Industrialisierung, am Ende des 19. Jahrhunderts, bestand die Familie zumeist aus mehreren Generationen, inklusive unverheirateter Familienmitglieder, inklusive Dienstboten usw. Heute hat sie sich, auch auf Grund der hohen Scheidungsraten, in vielen Fällen auf Kleinstfamilien reduziert. Dafür gibt es aber neue Formen des Zusammenlebens und es gibt auch neue Wohnmodelle, wie etwa "Wohnen für Jung und Alt", das sich an der Großfamilie der Vergangenheit orientiert und neue zukunftsgerichtete Perspektiven aufzeigt. Von daher, meine Damen und Herren, ist der Budgetschwerpunkt Familienförderung eine sehr wichtige Weichenstellung für die Zukunft. Und, meine Damen und Herren, Familie hat nicht nur Zukunft, Familie ist Zukunft. Dankeschön! (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Wiesflecker, bitte.

**Wiesflecker:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich habe mir überlegt, mich ebenfalls für die Generaldebatte kurz dem Thema Familie zu widmen und im zweiten Bereich dem Wert, Bildungschancen für alle, eine sehr aktuelle Diskussion. Ich kann direkt an meine Vorrednerin, Frau Abgeordnete Wieser, anknüpfen und möchte aufgreifen, wie viel Wert die Familie hat, wie viel Wert ist welcher Wert im Budget? Sie werden sicher sagen, "in unserem Budget hat die Familie sehr viel Wert, das lässt sich an den Budgetzahlen belegen". Für mich stellt sich zu Beginn die Frage, welche Familien gemeint sind und wer ist Familie? Der Begriff Familie muss aus unserer Sicht längst erweitert werden – Sie haben schon angesprochen, welchen Veränderungen die Familien ausgesetzt sind. Ein paar aktuelle Zahlen dazu aus meiner Sicht: Jede zweite Ehe ist geschieden in Vorarlberg – wir wissen das. Die Zahl der Paare, die unverheiratet zusammen leben, hat sich im Zeitraum von 1991 bis 2001 von 5,6 Prozent auf 9,6 Prozent fast verdoppelt. In 4.000 Lebensgemeinschaften in Vorarlberg leben Kinder. In Vorarlberg beträgt der Anteil der Familien mit einem Elternteil 15 Prozent – das sind 14.500 Familien.

Wie schaut es mit den Familienformen der Zukunft aus? – Den Vorausschätzungen der Demographen zu Folge wird das Ehepaar mit Kind oder das Ehepaar mit Kindern zukünftig nach wie vor der häufigste Familientyp sein, die Zahl der Ehepaare ohne Kinder, die der Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder, und die Zahl der Alleinerziehenden nimmt aber zu, und ebenso neue Formen von Familien wie zum Beispiel die Patchwork-Familien. Das heißt, es gibt aus unserer Sicht sehr viele verschiedene Formen von Familien, und wir gehen als Grüne deshalb auch von einem erweiterten Familienbegriff aus, der das Zusammenleben von Menschen wenigstens zweier Generationen beschreibt, die füreinander eine besondere Verantwortung übernehmen. Dieser Familienbegriff ist heutzutage deshalb auch viel

geeigneter, weil er zum Beispiel auch das Zusammenleben von Erwachsenen mit pflegebedürftigen Eltern beschreibt und beinhaltet.

Sie haben die Familienförderung des Landes angesprochen, Frau Wieser. Ich habe mir in diesem Zusammenhang überlegt, sind MigrantInnenfamilien in Vorarlberg gleich viel wert? – Sie sind es nicht, Sie wissen es. In den Richtlinien der Familienförderung des Landes werden beschämende Unterschiede gemacht zwischen inländischen und ausländischen Familien. Die einen erhalten eine Förderung, die anderen werden ausgeschlossen. Wir sagen, jede Familie im Sinne unseres erweiterten Familienbegriffs, ob inländisch oder ausländisch, ist gleich viel wert und sollte selbstverständlich gleichberechtigten Zugang zu Förderungen erhalten. Wir werden deshalb im Spezialkapitel einen dementsprechenden Antrag einbringen. Einen gleichwertigen Zugang zu schaffen für alle Familien halten wir für einen sehr wichtigen Wert.

Ich komme auf den zweiten Bereich zu sprechen – er ist heute schon öfters angesprochen worden -, die derzeitige Bildungsdiskussion PISA. Für mich ist die wichtigste Erkenntnis aus PISA I wie auch PISA II nicht unbedingt, ob wir in den verschiedenen Kompetenzen auf Platz 15 oder 17 oder 19 landen, auch weniger, ob wir eine Drei-Plus oder Drei-Minus bekommen, und schon gar nicht, ob wir vor oder hinter Deutschland platziert sind, sondern dass der sozioökonomische Hintergrund der Eltern und deren Bildungsabschlüsse in direktem Zusammenhang stehen mit den Bildungslaufbahnen der Kinder. Das heißt, Kinder, deren Eltern niedrige Bildungsabschlüsse haben, finden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Gruppe von Kindern mit schwachen Schulleistungen. Das betrifft auch Kinder mit migrantischem Hintergrund, aber nicht nur. Und das schlechte Abschneiden damit erklären zu wollen, wie es Ministerin Gehrler gemacht hat, heißt, sich ganz einfach Sand in die Augen zu streuen. Oder umgekehrt, Kinder, deren Eltern hohe Bildungsabschlüsse haben, finden sich eher unter den leistungsstarken SchülerInnen. Diese Zusammenhänge finden sich in allen OECD-Staaten, aber nicht in diesem erschreckenden Ausmaß wie in Österreich.

Das österreichische Schulsystem ist ein teures. Die starke Gliederung ab der Sekundarstufe I in Hauptschule, AHS-Unterstufe und Sonderschule – und diese Schulen sind neben der Volksschule für die PISA-Ergebnisse verantwortlich – führt in keinem Bereich zum gewünschten Ergebnis. Weder findet durch die frühe Differenzierung mehr oder genügend Förderung der eher leistungsschwächeren Kinder statt – das zeigt PISA. Nahezu 20 Prozent der Jugendlichen weisen schwache bis sehr schwache Basiskompetenzen in Lesen und Mathematik auf, mit gravierenden Folgen für ihre berufliche Zukunft. Und das ist ja eines der Hauptthemen heute schon gewesen in der Generaldebatte, was passiert mit unseren Arbeitslosen? Und ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist, die PISA-Ergebnisse jetzt in diesem Zusammenhang ernst zu nehmen, und gerade was diese starke Differenzierung betrifft, die entsprechend richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Das System führt leider auch zu keiner besonderen Leistungsspitze. Die Gymnasien, die ja ohnehin mit nur einer ausgewählten besonderen Schülergruppe arbeiten, schaffen es nicht, eine annähernd gleich große Leistungsspitze hervorzubringen wie bei den PISA-Siegern, zum Beispiel Finnland. Finnland mit seinem Gesamtschulsystem hat weniger leistungsschwache Jugendliche als Österreich, aber bedeutend mehr Spitzenleistungen. Ich glaube, dass man sich das genauer anschauen muss und die Konsequenzen diskutieren muss, ohne irgendwelche ideologischen Scheuklappen.

Wer angesichts dieser Tatsache davon spricht, dass unser Schulsystem, so wie es ist, gut ist, wie Sie es gemacht haben, Herr Landesrat Stemer, eine gemeinsame Schule aller Kinder bis 14, 15 Jahre im Bausch und Bogen als "alten, ideologischen Hut" abkanzelt, wie es Frau Bundesministerin Gehrler gemacht hat, oder von einem Einheitsbrei spricht – oder wie hat

man's auch oft gehört? -, "Vielfalt statt Einfalt", betreibt schlicht Realitätsverweigerung. (Zwischenruf Mag. Stemer: Wieso sagen Sie das mir?) – Sie haben vor Kurzem gesagt, "unser System ist so gut wie es ist". Sie können's ja gerne heute korrigieren.

Ich halte jedenfalls die Auseinandersetzung um den Wert der Bildung als Wert für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig aus welchem sozioökonomischen Milieu sie kommen, für dringend notwendig, gerade was die Arbeitsplatzsituation betrifft. Danke! (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Eigentlich hätten wir wieder eine Fraktionsrunde zur Generaldebatte durch, ich habe aber noch einige Wortmeldungen. Es gilt natürlich. Nachdem sich jetzt auf Grund von weiteren Wortmeldungen eine PISA-Schuldebatte entwickeln könnte, möchte ich vorbeugen und sagen, dass das natürlich in der Spezialdebatte dann dort hingehören würde, obwohl's schon einige Mal angesprochen wurde. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Posch, bitte.

**Posch:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich wollte mich zum Thema Gesundheit erst in der Spezialdebatte zu Wort melden. Nachdem mich der Klubobmann Wallner – er ist jetzt leider nicht im Plenum – zitiert hat, muss ich das jetzt schon tun. Er hat gesagt, ich wolle Steuererhöhungen. Das stimmt nicht und das muss ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Meine Aussage im Sozialpolitischen Ausschuss hat das Thema "zukünftige Finanzierung des Gesundheitssystems" betroffen, und dabei habe ich konstruktive Diskussionsbeiträge gebracht. Die Aussage von Klubobmann Wallner ist schon sehr widersprüchlich. Einerseits wirft er der Opposition vor, dass wir keine konstruktiven Vorschläge machen, andererseits kritisiert er jetzt persönlich mich, da ich Vorschläge zur zukünftigen Finanzierung unseres Gesundheitssystems in die Diskussion eingebracht habe. Ich habe immer schon gesagt, wir haben ein hervorragendes Gesundheitssystem, das auch dem 21. Jahrhundert entspricht, nur müssen wir dieses hervorragende Gesundheitssystem mit den Beiträgen aus dem 20. Jahrhundert finanzieren. Und die schwarz-blaue Bundesregierung hat das auch erkannt und wird nun die Krankenversicherungsbeiträge minimal ab 1.1.2005 erhöhen. (Zwischenruf Wieser: Ja, aber ...) Und ich betone das, nicht auf Grund meines Vorschlages. (Heiterkeit! – Zwischenruf: Ja, habt's des ihr g'macht?!) Ich habe noch nie neue Steuern gefordert, sondern im Gegenteil, ich habe schon mehrmals die Zweckwidmung von Steuern gefordert. Es gibt schon die Alkoholsteuer, es gibt die Tabaksteuer. Wir alle wissen, dass zu viel Tabakkonsum, dass zu viel Alkoholkonsum die Gesundheit schädigen kann, und deshalb habe ich gesagt, man könnte sich auch überlegen, diese Steuern zweckzuwidmen. Diese Steuern gibt es schon, und ich glaube, es ist auch realistisch und es ist seriös, wenn man auch über eine Zweckwidmung für Steuern nachdenkt.

Erlaubt sein muss es auch, über eine Wertschöpfungsabgabe zu diskutieren. Denn derzeit ist es so, dass arbeitsintensive Betriebe, das sind Betriebe, die Menschen einstellen, die auch etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun, diese Betriebe tragen sehr viel für die Finanzierung des sozialen Gesundheitssystems bei. Demgegenüber gibt es Betriebe, das sind die so genannten kapitalintensiven Betriebe, die spekulieren zum Teil an der Börse, und die entledigen sich natürlich dieser Solidarität was die Finanzierung des Gesundheitssystems betrifft. Deshalb müsste es möglich sein und sollte es auch möglich sein, über eine Wertschöpfungsabgabe zu diskutieren. Der Herr Klubobmann Wallner hat es bewusst nicht erwähnt, dass es mir im Gesundheitsbereich lieber ist, über Alternativen einer Finanzierung des Gesundheitssystems nachzudenken, als wie Selbstbehalte einzuführen, die ausschließlich kranke, ältere und schlechter verdienende Menschen betreffen. (Zwischenruf Wieser) Ich werde aber noch ausführlich in der Spezialdebatte zu diesem Thema Stellung nehmen. Danke! (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Alge, bitte.

**Ing. Alge:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe im ersten Teil im Bezug auf unsere Arbeitsmarktsituation vier der sieben Problemfaktoren dargestellt: Wachstum, Eigenkapitalschwäche, die Stimmung am Markt, aber auch die Überalterung der Bevölkerung. Ich werde jetzt auf drei weitere eingehen. Deutschland wird wesentlich schwächer – das wurde bereits mehrfach erwähnt. Überrascht hat mich zu Beginn dieses Jahres die Darstellung in den Medien, dass Deutschland im Jahre 2003 als Exportweltmeister gehandelt worden ist. Genauer betrachtet hat dieser Erfolg aber ganz andere Gründe. Von 2001 bis 2003 ist der Euro gegenüber dem Dollar um 26 Prozent teurer geworden, gegenüber dem Yen um 21 Prozent. Allein dadurch hat sich der Wert der deutschen Exporte deutlich erhöht, ohne dass die Menge zugenommen hat. Die Aufwertung des Dollars hat dazu geführt, dass sich die in US-Dollar fakturierten Importe, maßgeblich jene aus dem asiatischen Raum und natürlich aus Amerika selbst, um 21 Prozent günstiger in der deutschen Außenhandelsbilanz dargestellt haben. In Wahrheit sinkt der reale Wert der deutschen Exporte seit zehn Jahren kontinuierlich ab. Nach Berechnung der Deutschen Bundesbank ist der deutsche Anteil am realen Export in den Euro-Raum von knapp 30 Prozent noch Anfang der 90er Jahre auf gut 25 Prozent im Jahre 2003 gesunken. Der Anteil der deutschen Wirtschaft am Welthandel insgesamt lag zu Beginn der 90er Jahre noch bei gut 12 Prozent, heute liegt er nur noch bei gut 9 Prozent. Das ist ein Minus von 25 Prozent bei unserem wichtigsten Kunden, in dessen Wirtschaftsraum wir mehr wie 30 Prozent unserer Leistungen exportieren. Umgelegt auf uns bedeutet das, diese Minus 25 Prozent, wenn man's linear umlegt, allein knappe 9 Prozent. Die deutsche Position auf den Weltmärkten verschlechtert sich anhaltend und langfristig, daran führt kein Weg vorbei.

Der sechste Problemfaktor. Ich habe behauptet, wir werden von Osteuropa subventioniert. Ich weiß, dies ist eine gewagte These, deshalb werde ich sie ausführlicher belegen. Wenn wir die wirtschaftliche Wertschöpfungskette auftrennen nach dem Ort der realen Produktionswerte, nach dem Ort, wo tatsächlich produziert worden ist, dann ergibt sich ein sehr ungünstiges Bild. Die Vorlieferungen aus dem Ausland wuchsen in den letzten Jahren rapide an. Das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung hat untersucht, wie sich das auf die Veränderung der Fertigungstiefen auswirkt, wohin diese Wertschöpfung verlagert wurde. Und nun halten Sie sich fest: Seit 1997 ist der Vorleistungsimport aus dem Ausland mit 45 Prozent elf Mal so schnell gestiegen wie im selben Zeitraum die industrielle Wertschöpfung im Inland. Mit anderen Worten: Unsere Unternehmen kauften innerhalb der letzten neun Jahre elf Mal mehr im Ausland ein wie im Jahre 1995. Dies zeigt die dramatische Produktionsverlagerung vor allem natürlich in das benachbarte osteuropäische Ausland, aber auch – und das ist interessant – warum wir wachsen können und trotzdem Stellen abbauen. Die deutsche Automobilindustrie zeigt dies ganz deutlich auf: Die neu in Deutschland gebauten Automobilwerke sind zwar sehr symbolträchtige, hochmoderne Standorte, aber es sind vor allem hochautomatisierte Montagewerke. Roboterhallen mit wenigen Menschen. Jene Fahrzeugteile mit hoher Wertschöpfung, mit vielen manuellen Fertigungsteilen, kommen immer mehr aus Osteuropa. (Zwischenruf Dr. Sader: Maschinensteuer..!) Das ganze Auto mit dem vollen Wert findet sich dann aber in der Exportstatistik wieder, wenn es zum Beispiel in die USA ausgeführt wird. Wäre das Auto vollständig in Deutschland, mit allen Komponenten entstanden, wäre es völlig unverkäuflich. Und nur noch mit solchen Mischkalkulationen aus hochwertigen importierten Vorleistungsanteilen, mit niedrigen Arbeitskosten, lassen sich für uns am Standort überhaupt noch wettbewerbsfähige Verkaufspreise erzielen. Das ist bei Vorarlberger Kränen und Kesseln, bei Holzfeuerungsanlagen genau gleich wie bei Maschinen und in der Automobilindustrie. So subventionieren also osteuropäische Arbeitnehmer mit ihren relativ niedrigen Löhnen und ihrer hohen Wertschöpfung indirekt unsere Arbeitsplätze.

Ohne diese Arbeitsteilung wären viele unserer Arbeitsplätze schon längst nicht mehr wettbewerbsfähig.

Doch nun zur Schattenwirtschaft. Das ist der einzige Bereich unserer Wirtschaft, der in den letzten Jahren wirklich boomt. Schwarzarbeit, das ist jener Sektor, der wirklich boomt. In den letzten Jahren ist diese Schwarzarbeit um mehr als 50 Prozent gestiegen. In Deutschland liegt der Gesamtwert inzwischen bei 370 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind mehr als 17 Prozent des deutschen Bruttoinlandproduktes, oder umgelegt, das entspricht einem Äquivalent von Vollarbeitsplätzen von sage und schreibe 6 Millionen Köpfen bei 5 Millionen Arbeitslosen. Hier wird mit verschärften Strafbestimmungen das Problem allerdings nicht in den Griff zu bekommen sein, denn es handelt sich inzwischen um ein Massenphänomen. Kein Wunder, die Menschen empfinden das Preis-Leistungs-Verhältnis im regulären Arbeitsmarkt mittlerweile als nicht mehr angemessen.

Ich mache ein Beispiel: Vor 40 Jahren musste ein Arbeitnehmer noch 1,5 Stunden arbeiten, um dafür eine reguläre Handwerkerstunde bezahlen zu können – ungefähr vor 40 Jahren 1,5 Stunden. Heute muss derselbe Arbeiter zwischen 4,5 und 6 Stunden arbeiten, um von seinem Nettoverdienst den Handwerker bezahlen zu können, wobei der Handwerker dann netto wieder kaum mehr in der Lohntüte vorfindet als der bezahlende Arbeitnehmer. Das ist ein Wahnsinn. Für dieses Missgeschick sind einerseits die gestiegenen Steuern über die letzten 40 Jahre und Versicherungsbeiträge verantwortlich, aber auch die Ergebnisse der Kollektivvertragsverhandlungen über die letzten Jahre. Die Tarifpolitik der letzten Jahrzehnte hat entschieden dazu beigetragen, dass vor allem einfache Dienstleistungen bei uns nicht mehr bezahlbar sind. Und das setzt sich fort, ich verweise auf den letzten Abschluss der Metaller, in diesem Jahr Plus 2,5 Prozent Lohnerhöhung. Und hier haben wir ein Spannungsfeld, weil wir einerseits die Inlandsnachfrage brauchen - die Inflationsrate heuer war etwas über zwei Prozent -, wir haben heuer aber wieder über der Inflationsrate abgeschlossen! Die Lohnpolitik hat lange Zeit die unteren Einkommen überproportional angehoben, allein dadurch, dass wir Sockelbeiträge auszubezahlen hatten, auch durch die permanente Ist-Lohnerhöhung und nicht die bloße Erhöhung der Mindestlöhne, mit dem Resultat, dass gerade jene Menschen in einfachen Tätigkeiten durch Maschinen ersetzt wurden oder die Arbeitsplätze, wie soeben dargestellt, ins günstigere Ausland verlagert worden sind. Unsere Arbeitslosenstatistik hier im Lande belegt meine Aussage. Die schwach oder gar nicht ausgebildeten Menschen sind am höchsten mit Arbeitslosigkeit betroffen. Sie haben auch die höchsten Zuwachsraten erzielt in den letzten Monaten und Jahren. Damit haben die Gewerkschaften systematisch die Arbeitsplätze der schlecht Qualifizierten abgeschafft, durch überzogene, weil kurzfristig orientierte Abschlüsse. Einfache Dienstleistungen sind heute nicht mehr bezahlbar, jedenfalls nicht mehr offiziell. Und so bleibt ein riesiges Potenzial an Beschäftigung, zum Beispiel in den privaten Haushalten, im regulären Arbeitsmarkt für die meisten unbezahlbar.

Ich mache ein weiteres Beispiel: Heute kostet eine reguläre Halbtagsarbeitsstelle in diesem Bereich zirka € 8,- pro Stunde, im Monat also € 1.030,-. Der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin bekommt davon, je nach Steuerklasse, nur zwischen € 620,- und 680,- ausbezahlt. Da liegt die Versuchung doch nahe, gleich € 800,- brutto für netto zu vereinbaren. Und genau das wird flächig gemacht. Sie sehen, es deutet nichts darauf hin, dass sich der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren entspannt. Warum sollte er das tun? Er hat sich seit gut 35 Jahren nicht mehr entspannt. Was man trotzdem dagegen tun kann, was man unternehmen kann, werde ich in meinem dritten Teil aufzeigen. (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mayer, bitte.

**Mayer:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf jenen Teil, den der Landeshauptmann zum Thema Bildungspolitik angeschnitten hat, ganz kurz eingehen. Besonders weil auch unsere Generaldebattenrednerin Klubobfrau Frau Dr. Sader speziell darauf eingegangen ist und ein Beispiel dazu gebracht hat. Auch von der grünen Fraktion ist das noch einmal sehr stark in den Mittelpunkt gestellt worden. Ich bin der Letzte, der meint, dass man den Spruch ändern sollte, wo es geheißen hat, "nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir", soll es nicht heißen, "nicht für die Schule, sondern für PISA lernen wir". Das wäre sicherlich der "falsche Trugschluss". Aber es ist ein Bereich, der uns hilft, mit sensiblen neuen Fakten auf ein bildungspolitisches Problem hinzuweisen, das seit Jahren besteht und auf das wir konsequent hinweisen. Es freut mich, ich darf hier ganz kurz anführen die gestrige Debatte, wo der Herr Landesrat angekündigt hat, in den wichtigen Bereichen, die wir seit Jahren fordern, tatsächlich bahn-, ich sage jetzt einmal eisbrechende neue Schritte zu gehen. Ich warte schon auf diese Konzepte, dass wir ohne Scheuklappen – wie es die Ministerin bestätigt hat, bisher hatte man Scheuklappen -, ohne Scheuklappen auf die Probleme zugeht. Ich möchte dort ansetzen, wo der Herr Landeshauptmann gesagt hat, früher hat es die Initiative gegeben, unterstützt von den Medien, "Kinder vor den Vorhang", jetzt heißt es "Kinder in die Mitte nehmen". Also wir hatten sie vorher nicht in der Mitte. (Zwischenruf Rauch: Jugend vor den Vorhang, Kinder in die Mitte!) – "Vor den Vorhang; in die Mitte". Wir hatten sie vorher außen stehend, und sie sind nach wie vor außen stehend.

Das Beispiel, das die Frau Kollegin Sader gesagt hat mit der Sonderschullehrerin, die beobachtet hat, was sie bei der Mutter der jetzigen Schülerin erlebt hat, kann ich aus meiner eigenen Schulkarriere sagen. Ich habe Kinder unterrichtet, die in der Zwischenzeit schon Großeltern sind, die ihre Enkel in die Schule schicken, und hab' ihren familienpolitischen Werdegang mit unterstreichen können. Dort sieht man, dass das, was die Kollegin Wiesflecker gesagt hat, dass diese sozio-ökonomischen Aspekte tatsächlich zutreffen. Es ist tatsächlich so, dass Kinder aus sozial schwächeren Schichten besonders betroffen sind. Da gibt es eine Untersuchung der Arbeiterkammer, die sagt, "dass 60 Prozent der Eltern, die ihre Kinder in Polytechnischen oder in der Berufsschule haben, weit unter € 1.500,- im Monat verdienen", die sich bestimmte Leistungen, die sich andere zusätzlich kaufen können, wie Fördermaßnahmen etc., gar nicht leisten können und daher auch zu dieser ausselektierten Gruppe gehören. Daher ist es wichtig, zu sehen, dass wir unser eigenes System schwächen, indem wir sehr früh selektieren. Jeder, der sich nur annähernd mit der Materie befasst – nicht nur, der's am eigenen Leib erlebt, wie ich's tagtäglich und Monat für Monat und Schuljahr für Schuljahr erlebe -, der das erlebt, der sagt, "wir müssen in diesen Bereichen die Kinder länger zusammen halten". Es ist so, dass die Starken nicht schwächer werden – das beweisen PISA und andere. Es ist aber auch so, dass die Starken sogar von den Schwächeren lernen können, bei gutem, individualisiertem Unterricht, und dass die schwächeren Schüler davon profitieren. Erst später, dann, wenn ich entsprechend andere, ganz andere Erfahrungswerte habe, dann kann ich gezielter Jugendliche dort hinbringen, was auch ihren Begabungen und Talenten entspricht. Daher ist es für mich entscheidend, dass man dieses Umdenken hereinbringt. Wir haben gestern diskutiert, weit weg von PISA und allen anderen Dingen. Es ist wichtig, was gesagt wurde, und wenn man mit Leuten redet, die in anderen Schulsystemen unterrichten, dass man endlich weggeht von der negativen Notenskala mit nur "nicht genügend". Ich erinnere mich, als die Frau Liesl Gehrler gesagt hat, "jetzt machen wir ein Frühwarnsystem". Das heißt, es wird das Ganze nochmals verschärft. Jetzt muss man früh genug sagen, "der Schüler ist schlecht und wird noch schlechter, das und das muss man tun". Es gibt kaum einen Ansatz, ausgenommen unterschiedliche Lehrerpersönlichkeiten. Es gibt kaum einen Ansatz von der Bildungs- und Ausbildungspolitik her, dass man Erfolge herausstreicht, das was die Kinder tatsächlich können, und die Motivation fördert. Es ist ganz entscheidend, dass man das auch mitteilt, was die Kinder tatsächlich herbringen und fortbringen. Das ist eben diese Idee

dieser möglichst gemeinsamen Schule auch der Stärkeren und der Schwächeren, die gemeinsam unterrichtet werden, mit Möglichkeiten, auf diese Kinder individuell eingehen zu können. Das ist das, was aus meiner Sicht PISA eindrucksvoll belegt, dass es Ländern mit den besten Leistungsdaten, die man hier offen gelegt hat, gelingt, bestehende soziale Ungleichheiten zu beseitigen.

Wenn's nun Studien gibt und alle das belegen, wir können hier aktiv etwas tun, dann sollte man, und dazu fordere ich den Landeshauptmann auf, endlich einmal von dieser Schlagwortpolitik – mag vielleicht gut gemeint sein -, aber "Kinder in die Mitte nehmen", "Kinder vor den Vorhang", endlich (Zwischenruf Rauch: Jugend vor den Vorhang!) einmal von dieser plakativen Hochglanzbroschüre – bitte? (Zwischenruf Rauch: Jugend vor den Vorhang, Kinder in die Mitte. Schlagworte sind es trotzdem!) -, endlich von dieser Schlagwort- und dieser Hochglanzbroschürenarbeit wegzugehen und Taten folgen zu lassen. Diese Dinge, die man weiß, und es freut mich – ich muss es noch einmal sagen, Hut ab vor dem Landesrat bei der gestrigen Debatte -, es freut mich, dass er sagt, "wir kennen diese Problematik, wir müssen" – Beispiel nur, das werden wir dann in der Spezialdebatte ausgiebiger diskutieren – "die Frühpädagogik in den Mittelpunkt stellen." Da ist das größte, erste größte Defizit, das wir haben, wo wir die größten Möglichkeiten haben, das uns auch volkswirtschaftlich unglaublich viel bringt für die Zukunft, wenn wir dort, wo's noch wenig bis nichts kostet, außer dass man sich halt gezielt dafür einsetzt und gutes Personal hat, wenn man dort den Hebel ansetzt. Wenn wir diese Dinge Schritt für Schritt durchgehen, glaube ich, haben wir ganz große Chancen – allergrößte Chancen -, dass man aus dieser unseligen PISA-Debatte auch was machen kann. Aber – und das möchte ich auch unterstreichen – wir werden uns nicht wieder so abspeisen lassen, wie's war bei der Zukunftsdiskussion, als wir ebenfalls Debatten geführt haben in der PÄDAK und was weiß ich wo überall, Herr Landesrat. Man hat g'sagt, "jawohl, wir müssen was tun, wir müssen besser werden", und dann gab's so quasi fast ein, ein Ergebnisverbot – hat man fast das G'fühl. Was dann Dr. Haider alles zu Tage gebracht hat und als man dann überhaupt keine Reformansätze mehr hatte. Daher freuen wir uns, wenn angekündigt wird, "Kinder in die Mitte nehmen", aber dann auch mit Herz und mit Fleisch, und mit allem was dazugehört, und nicht nur bei diesen laufenden Debatten, bei Auftritten, die man halt macht oder wenn man wieder einen Lehrlingsweltmeister hat, Herr Landesrat. Sie wissen genau, welche Probleme wir bei den Berufsschulen haben. Sie wissen, welche Probleme wir bei den Berufsschulen haben, sei's im Lehrpersonal, sei's in anderen Bereichen – das wissen Sie. Ich weiß, dass Sie laufend davon informiert werden. Daher müssen wir ganz gezielt gemeinsam die Schritte setzen. Dazu sind wir aufgefordert. Wenn der Herr Landeshauptmann, der jetzt leider nicht hier ist, aber ich bin überzeugt, man sagt es ihm, nicht nur bei diesen Schlagwörtern bleibt oder bei diesen Medienauftritten, die dann halt wieder mit besonderen Einzelleistungen hervorgebracht werden, solls uns Recht sein. Wir sind die Ersten, die hier fliegend mitgehen und auch unsere Ideen, die wir ohnehin schon vorgetragen haben, aber gerne weiter vorbringen, mit einbringen. Dankeschön! (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Ich begrüße auf der Zuschauergalerie die Alt-Abgeordnete Irene Bereuter. Herzlich willkommen bei uns! (Beifall!) Zu Wort gemeldet ist die Frau Vizepräsidentin Menzel, bitte. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass eine Spezialdebatte folgen wird.

**Dr. Menzel:** Sehr geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich möchte kurz zum Kollegen Mayer Stellung beziehen. Man muss offen und ehrlich zugeben, dass die Ergebnisse der PISA-Studie natürlich ein Schuss vor den Bug des österreichischen Bildungssystems sind, aber es ist kein Schuss in den Bug. Pauschalurteile waren jetzt überall zu lesen und zu hören. Und trotzdem bin ich der Meinung, dass so ein weitläufiges Thema nicht undifferenziert diskutiert werden sollte. Wenn wir den Blick auch gerade auf die AHS richten, dann muss

auch das gesagt werden, bei allem anderen, dass die AHS im Vergleich zu der Überprüfung im Jahr 2000 in allen Bereichen – Lesen, Schreiben und Rechnen – besser abgeschnitten hat.

Es geht jetzt darum, dass mit einigen Tagen Abstand, aber auch mit kühlem Kopf und Verstand die Ergebnisse analysiert, offene Fragen natürlich auch beantwortet und die richtigen Konsequenzen auch gezogen werden müssen. Einige Fragen, die ich im Zusammenhang mit der PISA-Studie habe. Sie betrifft die Schülerinnen und Schüler des Jahrganges 1987, und im Jahr 2003 waren diese Schülerinnen und Schüler 15 bis 16 Jahre alt. Was bedeutet das, wenn diese Schülerinnen und Schüler noch in der Hauptschule waren oder in der Polytechnischen Schule? – Dann haben diese SchülerInnen teilweise einen Schulbahnverlust gehabt von einem oder zwei Jahren. Die vorliegende Studie gibt darüber keine Auskunft. Interessant wäre auch, wie schneiden die Vorarlberger Schülerinnen und Schüler ab - auch regionale Ergebnisse sind bisher keine bekannt. Und stimmt es auch, dass die Zahl der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache in den getesteten Gruppen nicht gesondert gewertet wurden? Ich glaube, wir könnten alle hier den Fragenkatalog noch verlängern.

Wichtig ist – und da bin ich auch bei Ihnen, Herr Kollege Mayer, und auch bei der Frau Kollegin Wiesflecker -, dass alle offenen Fragen jetzt sachlich und auch emotionslos beantwortet und dann sauber analysiert werden sollten. Gerade in Vorarlberg wurden in den letzten Jahren enorme Anstrengungen gemacht, die Schulqualität zu heben und auch abzusichern. Wir haben eine Reihe von Aktionen durchgeführt: "Hosch glesa?" "Lesefit" "Das gesprochene Wort" oder "Mathematikolympiade", Wettbewerbe. Gemeinsam mit der Wirtschaft wurde das Hauptschulkonzept "lernen, wachsen, leben" entwickelt, und für die Polytechnischen Schulen das Konzept "orientieren, lernen, reifen". In einem intensiv geführten Dialog mit der Wirtschaft wurden Qualitätskriterien erarbeitet, und diese werden auch konsequent umgesetzt. Die Wirtschaft beweist, dass sie auch voll hinter der Hauptschule und der Polytechnischen Schule steht. Und auch die Berufsschulen zeigen mit ihren Ergebnissen, bis hin zur Teilnahme an der Berufsolympiade, dass die Ausbildung – und da möchte ich jetzt speziell für Vorarlberg sprechen -, dass diese nicht flop, sondern schon top sind. Das Land Vorarlberg investiert viel Geld in Bau und Ausstattung der Berufsschulen. Und viele Finnen kommen nach Vorarlberg und schauen sich bei uns in Vorarlberg die duale Ausbildung an, und wollen auch Bereiche dieser Ausbildung übernehmen. Hier sind für mich Widersprüche, die sich sicherlich erklären lassen, wenn Detailergebnisse vorliegen.

Strukturelle Veränderungen im Schulbereich müssen gut überlegt sein. Vorerst geht es darum, das vorhandene Schulsystem auch intelligent zu nützen. Und einige Schwerpunkte können relativ kurzfristig umgesetzt werden. Und das haben ja einige schon angesprochen, das ist die Frühförderung, also Sprach- und Sprechförderung vor dem Schuleingang, was ganz ein wichtiger Bereich ist. Hier kann eine gezielte Förderung vorgenommen werden. Ein Sprachtest im Kindergarten, gezielte Fortbildungskurse auch für Kindergärtnerinnen und für Lehrerinnen und Lehrer, und auch ein verstärktes Augenmerk, was die Kulturtechniken angeht. Auch die konsequente Einführung der Bildungsstandards. Wir haben derzeit in Vorarlberg neun Schulen, die an dem Pilotprojekt teilnehmen. Die Bildungsstandards sollen eine Orientierung für SchülerInnen, LehrerInnen, aber auch Eltern sein. Die Schulpartnerschaft soll so gelebt werden, dass sie für alle Beteiligten befruchtend wirkt. Und ich bin auch der Meinung, im Zuge der leistungsorientierten Besoldungsreform muss ein Anreizsystem für Lehrer, die Fortbildungsseminare absolvieren, geschaffen werden.

Ein richtiger Ansatz ist sicher auch der Bildungsdialog, der im Februar 2005 startet. Das Wichtigste ist sicher – und da sind wir uns, glaube ich, über die Parteigrenzen hinweg einig –

eine individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern, dass schwache SchülerInnen gezielt gefördert werden, aber auch leistungsstarke Schüler dementsprechend gefordert werden. Und bei all dem darf man aber nicht übersehen, dass die Gesellschaft sich in einem ständigen Wandlungsprozess befindet, und durch die starke Präsenz von Computern, Fernsehen und neuen Medien oft auch die Kulturtechniken zu kurz kommen. Wichtig ist, dort, wo tatsächlich Mängel sind und festgestellt werden, den Hebel anzusetzen. Aber wichtig ist auch, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Und ich möchte jetzt noch ganz kurz auf den Kollegen Ritsch eingehen was die Briefwahl anbelangt. Wir sind für die Einführung der Briefwahl. Und wenn Sie Bedenken haben bei der Arbeiterkammerwahl, dass es dort zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist, dann haben Sie ja die Möglichkeit, eine Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof vorzunehmen. Wenn ich das mit Deutschland vergleiche: In Deutschland findet die Briefwahl seit 50 Jahren statt. Und wie Ihnen ja sicher bekannt ist, auch unter der rot-grünen Regierung bestehen keinerlei Bedenken. Und ein Sechstel aller Wahlberechtigten nehmen die Briefwahl auch in Anspruch in Deutschland. In der Schweiz, in allen umliegenden Ländern, findet die Briefwahl ohne Bedenken statt. Es gibt hier keine Beschwerden. Im Gegenteil, die Bürgerinnen und Bürger, die wahlberechtigt sind, sind froh über diesen Service, der auch mehr als zeitgemäß ist. Vielen Dank! (Zwischenrufe) (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Ich unterbreche die Sitzung bis 14.00 Uhr.

**Die Sitzung wird um 12.30 Uhr vom Landtagspräsidenten unterbrochen und um 14.00 Uhr wieder fortgesetzt.**

**Präsident:** Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind immer noch in der Generaldebatte. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hofer, bitte.

**Mag. Hofer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu zwei Punkten in der Generaldebatte möchte ich schon noch Stellung beziehen. Das eine ist, seitens der Opposition der Vorwurf der "visionslosen Abschreibung". Und der zweite von Ihnen, Frau Klubvorsitzende Sader, der "einzementierten Unverrückbarkeit". Ich sage Ihnen dazu nur eines: Ihnen würde einmal gut tun, Ihnen und dem Kollegen Rauch, wenn Sie die Budgets der anderen Bundesländer im Vergleich dazu anschauen würden – das täte Ihnen ganz gut. Weil dann bin ich stolz auf die einzementierte Unverrückbarkeit. Dort ist das alles nicht so einzementiert. Dort können Sie einmal schauen, wie jedes Jahr das Familiensilber verscherbelt wird. Ich sage, die Wohnbauförderungsgelder – ich sag' das ohne Neid und ohne Bössartigkeit, ich sag' das nur als Warnung für unser Land, was es da alles gibt. Von Elektrizitätsversorgungsunternehmen, bei denen die Anteile verscherbelt werden – das sind Beträge insgesamt in Summe über 10 Milliarden Euro. Das müssen Sie sich einmal vorstellen, was in den anderen Ländern verkauft wurde seit dem Jahr 2000, nur um überhaupt das Ganze noch zu "derblasen". Und da sage ich Ihnen eines, da ist uns unserer Weg wesentlich sympathischer.

Und wenn ich zu Ihnen, Herr Kollege Rauch, noch einmal ganz speziell komme, dass wir so "visionslose Abschreiber" sind. Dann sage ich Ihnen, das, was wir tun, haben wir das ganze Jahr den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes erklärt und haben dafür eine Zustimmung von 55 Prozent erhalten. Das heißt, Sie kritisieren eigentlich den Wähler, dass er so eine veraltete Truppe gewählt hat. Vielleicht können Sie auch umgekehrt nicht zur Kenntnis nehmen, dass Sie, wo Sie nach eigener Meinung meinen, Sie seien so modern und so

visionsoffen, dass Sie nur ein Fünftel unserer Wählerschaft erhalten haben – aber das stimmt mich demokratiepolitisch bedenklich.

Zum Zweiten: Kollege Ritsch, Ihnen tät's auch mal gut, die Dinge, die Sie hier kritisieren, genau zu studieren. Sie haben die Landesumlage gebracht. Ich sage Ihnen eines, die Forderung ist so alt, sie ist wirklich so alt, dass zum Teil behauptet wird, "der Kain habe den Abel erschlagen, weil er ihm mit diesem Vorwurf auf die Söck gegangen sei". (Heiterkeit!) Ich sage Ihnen eines, es gibt ihn schon (Zwischenrufe), es gibt diesen Vorwurf schon seit über 20 Jahren. Das hat dazu geführt, dass unser Bundesland beim Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum den Auftrag gegeben hat, und das ist eine Institution, die Sie nicht uns zurechnen können, die Bundesländerförderung bei den Gemeinden, also was jedes Land für die Gemeinden tut, zu untersuchen. Und Sie werden's nicht glauben, im Jahre 1981, evaluiert 1991 und noch einmal im Jahr 2001, kam immer heraus: "Vorarlberg ist", wen wundert's, "Spitzenreiter", unangefochtener Spitzenreiter. Und da sage ich Ihnen eines dazu, Kollege Ritsch, das können Sie sich merken, das können Sie auch in der Stadtvertretung von Bregenz sagen, weil Sie es von gestern gebracht haben. Den Antrag können Sie stellen, da können Sie sich abschminken – das sage ich Ihnen jetzt schon. (Zwischenruf Ritsch: Ich sag's dem Parteikollegen!) 100 Millionen Euro wird aus unserem Landesbudget für die Gemeindeförderung ausgegeben – ich sag's Ihnen einmal, dass Sie sich's aufschreiben können -, davon ist ein Drittel ein Durchläufer (Zwischenrufe – Ritsch: Stoht dinna! - Rauch: Stoht dinna!), die restlichen zwei Drittel sind reine Landesmittel. Und wenn Sie jetzt davon ausgehen würden, es gäbe keine Landesumlage, es wäre einfach für uns, dann holen wir uns die Hälfte von diesen direkten Landesmitteln, und dann ist's für uns dasselbe. Ändern würde sich – und da möchte ich wissen, ob Sie das meinen -, ändern würde sich natürlich eine Verschiebung zu Lasten der kleineren Gemeinden. Diesen Ausgleich nehmen wir vor, den nehmen wir bewusst vor, dazu stehen wir auch. Ich nehme auch an, die Großen stehen dazu. Und da kann ich Ihnen abschließend einfach nur eines sagen, lesen Sie sich diesen Bericht dieses Dokumentationszentrums durch und Sie werden zur Auffassung gelangen, dass in Vorarlberg die beste Gemeindeförderung Österreichs stattfindet. (Zwischenruf Rauch: Wenn nicht weltweit!) (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Zu Wort gemeldet ist die Klubvorsitzende Sader, bitte.

**Dr. Sader:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte, im Gegensatz zum Abgeordneten Hofer, mich für eine Wortmeldung, und zwar den zweiten Teil des zweiten Teils der Wortmeldung des Abgeordneten Alge, bedanken, weil er nämlich das Thema Schwarzarbeit angezogen hat. Und die Rede war, glaube ich, "von einem ausgebrochenen Blüten des schwarzen Arbeitsmarktes in Österreich". Und ich beziehe mich deswegen auf das, weil es ein sehr schönes Beispiel ist für mögliche Querfinanzierung im Gesundheitssystem, wenn wir die Gnade haben, über die Tellerränder hinaus zu blicken. Für Österreich gibt's Berechnungen, wenn die Schwarzarbeit wirksam bekämpft werden könnte, so würde das Einnahmen von 1,2 Milliarden Euro an Sozialversicherungsbeiträgen abgeben, ganz abgesehen von der wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wenn die also vollständig aufgehoben wäre, so würde uns das Sozialversicherungsbeiträge in der Höhe von 2,8 Milliarden Euro einbringen, wäre somit eine Gewährleistung zur Finanzierung zum Beispiel des Gesundheitswesens für lange, lange Zeit. Und weil Sie davon gesprochen haben, sozusagen stärkere Bestrafungssysteme nützen nichts - da bin ich ganz Ihrer Meinung. Und wenn es Ihnen erlaubt worden ist, ins Ausland zu blicken, so möge es mir auch erlaubt sein. Ich darf ein Beispiel aus Italien bringen. Italien hat vor wenigen Jahren ein Gesetz eingeführt mit dem Namen "quarantuno Pucento", also "41 Prozent", und dieses Gesetz besagt: "Wenn jemand ein Haus baut und sozusagen alle Arbeiten offiziell über Rechnungslegung finanziert,

so bekommt derjenige oder diejenige für die gesamten offiziell ausgewiesenen Arbeitsleistungen 41 Prozent vom Staat zurück". (Zwischenruf) Was ist mit diesem Gesetz erzeugt worden? Es ist zu einer win-win-Situation gekommen, die also wesentlich besser als härtere Strafen ist. (Zwischenrufe – Des ist nichts Neues! – Mag. Neyer: Des hond d'Luxemburger schon lang vor den Italienern g'hett!) Meine Damen und Herren! Ich sage nicht, wir sollen dieses Gesetz einführen. Ich sage nur, wir können uns mit Ruhe einmal anschauen, "was machen denn andere Länder dazu?" (Zwischenruf: Na, beschließen!) Das tut nämlich uns gut (Zwischenruf: Beschließen, sofort!), um mit den Worten des Abgeordneten Hofer zu schließen, "das würde uns gut tun", hinaus schauen, schauen, was machen die anderen? Die machen auch nicht nur Dummheiten. Dankeschön! (Beifall!)

**Präsident:** Dankeschön! Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Alge, bitte.

**Ing. Alge:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Praktisch aufs Stichwort kommt nun, ich hoffe, der letzte Teil, in dem ich nicht nur die Analysen abschließe, sondern auch aufzeigen will, was man gegen diese Arbeitslosigkeit tun kann, auch strukturell tun kann. Und ich freue mich, wenn Sie mich nach diesem Redebeitrag auch so loben wie beim Teil der Schwarzarbeit. Es gehört nämlich zu den am weitest verbreiteten Irrtümern der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Debatte, dass in unserem Land nicht genug Arbeit vorhanden sei und die strukturelle Beschäftigungskrise deshalb nur durch die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf eine größere Kopfzahl gelöst werden könne. Das Gegenteil ist richtig. Arbeitslosigkeit, auf die die Tarifvertragsparteien seit dem Ende der 70er Jahre immer wieder mit Arbeitszeitverkürzungen reagiert haben, ist durch diese Verkürzung de facto leider nicht gesunken, im Gegenteil, sie ist sogar, was ich am Vormittag aufgezeigt habe, im Trend weiter gestiegen. Diese Arbeitszeitverkürzungen sind nämlich begleitet worden durch gleichzeitige Lohnerhöhungen, auf Grund der notwendigen Inlandsnachfrage verständlich, in Wirklichkeit aber wirkt sich das aus wie eine doppelte Lohnerhöhung. Dadurch ist die Arbeit bei uns im regulären Arbeitsmarkt immer teurer geworden. In den 70er Jahren hatten wir auf Grund des Ölpreisschocks relativ hohe Inflationsraten, diese Inflationsraten wurden vor allem von Gewerkschaftsseite natürlich versucht in den Abschlüssen zu kompensieren. Und in den meisten Abschlüssen, in fast allen, ist dies auch erfolgreich gelungen. Die Konsequenz daraus, wir sind in eine negative Spirale geraten. Die steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich immer mehr auf die Arbeitskosten aus, in Form von Arbeitslosengeld, in Form von Arbeitslosenhilfe, in Form auch von Sozialhilfe. Dies muss über höhere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden. Hinzu kam die sukzessive Ausweitung der Sozialleistungen, die sich mit steigender Arbeitslosigkeit und der auf den Kopf gestellten Alterspyramide auf immer weniger Schultern zu verteilen beginnt. Die Nettolöhne der Arbeiter wurden, wie am Morgen dargestellt, auf diese Art und Weise immer weiter von den Bruttoeinkommen abgekoppelt. Trotz hoher Leistungssteigerungen landet immer weniger letztendlich in den Taschen der Beschäftigten. Dieser Teufelskreis dreht sich immer noch munter weiter. Ich zitiere den Metaller-Lohnabschluss vom November dieses Jahres, mit Plus 2,5 Prozent deutlich über der Inflationsrate.

Eines ist sicher, mit immer weniger Arbeit werden wir unseren Wohlstand nicht weiter steigern können, schon rein rechnerisch nicht. Denn irgendwann arbeiten wir, wenn man das zu Ende führt, gar nicht mehr und haben optimalen Wohlstand. Also irgendwann kippt das, und es ist bereits gekippt. Die meisten Mitarbeiter in den Betrieben wissen dies. Sie wissen, dass nur mit mehr Arbeit ein höheres Wachstum und damit auch eine bessere Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens geschaffen werden kann, wie im Großen, so im Kleinen. Allein die Tatsache, dass heuer im Jahre 2004 drei Feiertage auf einen Sonntag fallen, nämlich der 24. und 25.12. und auch der 15.8., und der 1. Mai auf einen Samstag

fallen, hat uns ein zusätzliches Wachstum von knapp 0,5 Prozent gebracht. Ob man das nun gerne hört oder nicht, wir werden unseren Wohlstand nicht halten können, ohne nicht auch an dieser Schraube zu drehen, meiner Meinung nach recht bald.

Eine signifikante und deutlich spürbare Reduktion der Arbeitslosenzahlen ist dennoch auch heute noch möglich, abgesehen von jenen Arbeitslosen mit einem Handicap vielleicht sogar Vollbeschäftigung. Aber diese Vollbeschäftigung schaut im 21. Jahrhundert natürlich völlig anders aus wie vor 50 Jahren. Damals, nach dem Krieg, Wiederaufbau der Industrienation, zum Teil schwere körperliche Arbeit, vorwiegend von Männern verrichtet. In den Familien war damals die Arbeitsteilung klar. Wenige Frauen hatten zu der Zeit auch eine ausreichende berufliche Ausbildung und Qualifikation. Diese Gesellschaft hat sich grundlegend gewandelt. Junge Frauen verfügen heute über eine mindestens ebenso gute Ausbildung wie ihre männlichen Kollegen. (Zwischenruf Mag. Neyer: Die meisten besser!) Diese Qualifikationen werden wir auch dringend brauchen. Denn im Angesicht der demographischen Entwicklung – ebenfalls am Morgen dargestellt – fehlen heute schon Facharbeiter und Führungskräfte in ausreichender Anzahl in unseren Unternehmen. Aber parallel dazu, der Anspruch an die berufliche Bildung steigt rasant. Heute bedarf der erfolgreiche Abschluss einer Gesellenprüfung beispielsweise mehr Kenntnisse und Qualifikationen, wie die Generation unserer Eltern nicht einmal für die Meisterprüfung erbringen mussten. Deshalb müssen wir uns aber auch zukünftig keine Sorgen um die gut ausgebildeten Menschen machen. Denn die Erhöhung der Schlagzahl, die Erhöhung der Taktrate in der Wirtschaft benötigt gut ausgebildete Facharbeiter an den entscheidenden Stellen. Das ist nicht das Segment von Menschen, um das wir uns sorgen müssen. In diesem Bereich greift auch die neue Bildungsförderung des Landes optimal. Aber auf Grund eben dieser permanent steigenden höheren Anforderungen steigt auch die Zahl jener rapide, die mit dem Tempo nicht mehr oder nurmehr bedingt mitkommen. Diese Gruppe nimmt zu. Ein kurzer Blick in die aktuelle Arbeitslosenstatistik des Landes Vorarlberg bestätigt meine Aussage hier vollinhaltlich.

Wie kann also die Zukunft dieser Menschen aussehen? Ein wichtiger erster Schritt, vor genau einem Jahr, während der Budgetdebatte von mir damals angeregt, findet nun offensichtlich auch Niederschlag in den Strategien des AMS. Wir müssen zuallererst die Arbeitslosen danach unterscheiden, "wer überhaupt noch eine Chance hat, den Sprung in den Arbeitsmarkt zu schaffen und wer nicht". Jene, die es nicht mehr schaffen werden – man spricht von zirka einem Drittel der momentan beschäftigungslosen Menschen – müssen aus unseren Anstrengungen für die Wiedereingliederung ausgeklammert werden. Für diese Gruppe von Menschen gelten ganz andere Überlegungen – Gedanken dazu sind im letztjährigen Protokoll nachzulesen. Also Konzentration auf das, was funktioniert, auf jene, die integrierbar sind. Es gibt für diese Menschen genügend Arbeit, auch für die niedrig qualifizierten, aber nicht zu den momentan regulär bezahlten Preisen. Deshalb muss die Lohnspreizung nach unten wieder möglich werden. Und hier bitte ich Sie, mich den Gedanken zu Ende führen zu lassen, bevor Sie aufschreien werden. Lohnspreizung nach unten muss möglich werden. Es wird die Frage unvoreingenommen zu beantworten sein, wie hoch die Löhne für bestimmte einfache Tätigkeiten mit niedriger Produktivität denn sein können (Zwischenruf Mag. Neyer: Low job lässt grüßen!), ohne dass diese Arbeit, die in der Regel ja doch irgendwie erledigt wird, entweder in der Schattenwirtschaft oder eben ins Ausland exportiert wird. Das größte Beschäftigungspotenzial in diesem Sektor unseres Arbeitsmarktes liegt mit Sicherheit in den privaten Haushalten, aber auch im zunehmenden Bedarf von Pflegepersonal. In gewissem Umfang müssen private Haushalte als Arbeitgeber anerkannt werden. Mir sind die steuersystematischen Einwände hier wohl bewusst, aber ohne die Aktivierung dieses Beschäftigungspotenzials werden wir die Beschäftigungskrise kaum bis gar nicht lösen können.

Ich hab' an dieser Stelle vor einem Jahr das "Maria-Modell" vorgestellt. Inzwischen habe ich es anhand eines Pilotprojektes, gemeinsam mit der Caritas, in unserem Unternehmen umgesetzt. Ergebnis: Es funktioniert! Wir konnten einen Auftrag, den wir sonst nicht annehmen hätten können, auf Grund einer Mischkalkulation und auf Grund der Zurverfügungstellung von zwei Arbeitern der Caritas – einer Dame, eines Herrn – durch das Haus der jungen Arbeiter annehmen, und erfolgreich, heißt kostendeckend, abwickeln. An diesem gesamten Auftrag waren in Summe fünf Mitarbeiter für zirka drei Monate beschäftigt. Konkret heißt das, 15 Monate Arbeit konnten in Vorarlberg gefertigt werden, indem uns für sechs Monate davon die "Maria" oder diese beiden Mitarbeiter für einen Fixkostenbeitrag von € 12,-- pro Stunde zur Verfügung gestellt werden konnten. Das Modell funktioniert also. Natürlich gibt es Probleme in der Abgrenzung. Aber bitte, wo nicht? Selbst beim äußerst erfolgreichen Implacement-Modell (Zwischenruf Ing. Amann: So ist es!) gibt es Probleme in der Abgrenzung. Nicht, weil es schwierig ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen ist es schwierig. Auch die Low-job GesmbH von Fritz Amann ist vom Kern her funktionstüchtig, hat dasselbe Problem mit der Abgrenzung. (Zwischenruf Ing. Amann: Genau!) Man kann natürlich mit Recht argumentieren, "müssen wir ein eigenes Unternehmen dafür gründen?" Aber die Idee an sich funktioniert. Und ich richte deshalb an dieser Stelle öffentlich den dringenden Appell an die Verantwortlichen beim AMS, tun sie bitte diese Modelle nicht einfach mit dem Hinweis auf die Abgrenzungsproblematik ab. (Beifall!) Tauchen sie in die Materie ein, wagen sie es; lassen sie bitteschön ihre besten Mitarbeiter diesbezügliche Modelle ausarbeiten. Und ich richte diese Forderung an sie im Namen und im Auftrag jedes einzelnen Arbeitslosen, der ehrlich wieder arbeiten will.

Es gibt eine Möglichkeit – keine einfache -, diese Abgrenzungsproblematik zu umgehen. Die große Chance für unseren Arbeitsmarkt liegt darin, wieder Lohn- und Einkommensgruppen zu bilden, die der Produktivität einfacher Arbeiten entsprechen. Löhne, die wir bisher kollektivvertraglich ins Ausland exportiert haben. Von den in diesen Lohngruppen bezahlten Löhnen muss aber sehr viel mehr übrig bleiben als heute, in den Taschen dieser Menschen, wenn wir nach unten öffnen. Die Steuerseite kann darauf beispielsweise mit einem Freibetrag für diese Einkommensklasse reagieren, und so indirekt das "Maria-Modell" oder die Low-job GesmbH umsetzen. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge könnte gerade auch für die unteren Einkommen eine Möglichkeit sein, mit ganzer Sicht der ausgabenseitigen Problematik.

Ich schließe - Implacement-Stiftung werde ich in der Wirtschaftsdebatte ausführlich behandeln -: Reines Wachstum allein wird nicht ausreichen, die Beschäftigungskrise zu meistern. Wir müssen auch in die Strukturen hineingehen und diese hinterfragen. Oder als Alternative bliebe nur, sich auch weiterhin der Wohlstandsillusion hinzugeben und nicht rechtzeitig darauf zu reagieren. (Beifall!)

**Präsident:** Danke! Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gögele, bitte.

**Dr. Gögele:** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren! Ich spreche zu einem speziellen Bereich der Generaldebatte, zum Thema Bildung und PISA-Studie. In Ergänzung und Weiterführung dessen, was Frau Vizepräsidentin Mennel ausgeführt hat, möchte ich folgende Bemerkungen anfügen: Die Ergebnisse der PISA-Studie sind für Österreich nicht schmeichelhaft – das ist zur Kenntnis zu nehmen. Aber, der emotionale und rhetorische Aufwand, der in den letzten Tagen und Wochen in diesem Zusammenhang betrieben wurde, ist trotzdem unangebracht. Aufregung hilft nicht weiter.

Was ist also zu tun? Die Ergebnisse sind anzuschauen, und zwar genau und detailliert anzuschauen und zu analysieren. Wir müssen die Schwächen des Schulsystems erkennen, benennen und dann gezielt an der Behebung dieser Schwächen arbeiten. Grundsätzlich erlaube ich mir die Feststellung, dass das System Schule von Motivation lebt. Und ich füge hinzu, wer selbst motiviert ist, kann andere motivieren. Damit komme ich zu den Lehrern: Lehrer müssen motiviert sein. Wie ist das zu erreichen? Sicherlich durch eine gute Ausbildung, durch eine qualifizierte Fort- und Weiterbildung, aber – und das füge ich mit Überzeugung hinzu – auch durch finanzielle Anreize. Und hier möchte ich feststellen, es sollte eine Entlohnung der Lehrkräfte geben, die es ermöglicht, dass ein junger Lehrer, eine junge Lehrerin, auch ohne Zusatzverdienst in der Lage ist, zurecht zu kommen, um seine ganze Energie, seinen Verstand und sein Herz für die ihm anvertrauten Kinder und Jugendlichen einzusetzen. (Beifall!)

Ich schließe daher an an die Forderung unseres Landesrates Siegmund Stemer, der schon wiederholt ausgeführt und festgestellt hat, "wir brauchen ein neues Gehaltssystem; es muss für Lehrer höhere Anfangsgehälter geben; und es muss auch Leistungsanreize geben". Ich erinnere an das Modell der Vorarlberger Landesbediensteten - das könnte in diesem Bereich Pate stehen. Dieses Modell funktioniert und würde, da bin ich sehr fest überzeugt, auch im Lehrerbereich die Motivation sofort entsprechend erhöhen.

Ich fasse zusammen: Meiner Meinung nach bietet das Ergebnis der PISA-Studie Chancen. Es ist auf einmal ohne ideologische Brille eine Diskussion möglich. Rot, Blau, Schwarz, Grün, alle sind bereit über das Thema Bildung ohne ideologische Vorbehalte zu diskutieren, zumindest legen Sie in diesem Bereich Lippenbekenntnisse ab. Ich meine, die Chance ist da, die Chance sollte genutzt werden. Im Blick auf unsere Kinder und auf unsere Jugendlichen: es ist das eine hervorragende Investition in die Zukunft, wenn wir das tun. Dankeschön! (Beifall!)

#### **Während der Ausführungen des Abgeordneten Dr. Gögele übernimmt Vizepräsidentin Dr. Nußbaumer um 14.21 Uhr den Vorsitz.**

**Vizepräsidentin Dr. Nußbaumer:** Dankeschön! Ich begrüße sehr herzlich den Herrn Alt-Landtagspräsidenten Bertram Jäger bei uns auf der Zuschauertribüne (Beifall!), außerdem noch die Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Sozialeinrichtungen. (Beifall!) Als Nächstes hat sich Beate Gruber zu Wort gemeldet, bitte.

**Gruber:** Frau Vizepräsidentin, Herr Landeshauptmann, Hoher Landtag! Bei den Ausführungen in der Generaldebatte wurde speziell von Frau Sader die Arbeitslosigkeit von Frauen angesprochen und die etwas verwirrende Aussage, "dass das Kindergeld schädlich für die Berufstätigkeit der Frauen sei" getroffen. (Zwischenruf Dr. Sader: Das ist nicht verwirrend, das war klar!) Aufgehängt wurde das an dem etwas polemischen Beispiel, dass eine gut ausgebildete Frau nach der Erziehung von sechs Kindern putzen gehen muss. (Zwischenruf Dr. Sader: Sägen Sie's ere, dass des polemisch isch!) Die Entscheidung, Kinder und/oder Karriere, hängt sicher nicht vom Kindergeld ab, sondern es sind mehrere Faktoren ausschlaggebend. An erster Stelle steht sicher der Wunsch nach einer Familie und deren Wertstellung für den und die einzelne, außer der Nachwuchs stellt sich ungeplant ein. Ist dieser Wunsch vorhanden, wird die Machbarkeit geprüft und auch die Vereinbarkeit mit der beruflichen Tätigkeit beider Partner. Das Kindergeld stellt dabei einen nicht unerheblichen Teil zum Familieneinkommen dar. Wünschen würde ich mir auch, dass sich mehr Väter für die Karenz erwärmen könnten und dass das von der Gesellschaft auch besser akzeptiert würde, ohne den Makel, "das sind ja alles Softies". Es sollte den Partnern auch bewusst sein,

dass die Zeiten der Kindererziehung endlich sind und dass eine erneute Berufstätigkeit danach folgen wird bzw. angesichts der Scheidungsraten die Ehe nicht als Versorgungsstelle gelten kann. Sie hat keinen Versorgungscharakter. Hier ist auch die Selbstverantwortung gefordert, die man niemandem abnehmen kann.

Hilfestellung brauchen sicher die Alleinerziehenden, die durch geringe Unterhaltsbeiträge am Existenzminimum leben müssen. Vor diesen Personen habe ich persönlich großen Respekt. Das Frauenreferat des Landes trägt den Problemen des Wiedereinstiegs Rechnung. Es gibt verschiedene Projekte, "meine Zeit, meine Chance", "Orientierung und Weiterbildung während der Zeit der Kindererziehung", es gibt das "M & F-Power-Projekt" mit verschiedenen Modulen. Das Modul 1: "Konstanz - die Erwerbspausen nutzen und gezielte Lernschritte setzen können". Das Modul 2: "Mentoring in practise, Mentoring als Förderung und Unterstützung beim Wiedereinstieg". Und das Modul 3: "Familie und Erwerbstätigkeit, eine Wanderausstellung", die bisher in acht Stationen gezeigt worden ist und insgesamt zirka 5.000 bis 6.000 Personen erreicht hat. Im Modul 2, "Mentoring in practise", sind insgesamt 111 Personen erfasst worden. Und das Modul Konstanz ist vollständig ausgelastet. Es sind bisher zwei Lehrgänge mit insgesamt 64 Personen durchgeführt worden. 57 Frauen und 7 Männer, mit Partnern und entsprechend PartnerInnen davon, haben das in Anspruch genommen. Diese Programme informieren über die Möglichkeiten der Weiterbildung und des Wiedereinstiegs. Und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die an anderer Stelle diskutiert werden, sind auch ein wesentlicher Baustein bei der Entscheidung, Kinder oder/und Karriere. (Beifall!)

**Vizepräsidentin Dr. Nußbaumer:** Danke! Als Nächste hat sich die Klubvorsitzende Elke Sader zu Wort gemeldet.

**Dr. Sader:** Verehrte Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt darauf verzichten, auf die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Gruber zu antworten. Ich denke, wir haben dann noch ausreichend Zeit in der entsprechenden Gruppe.

Der Abgeordnete Alge hat es vollkommen korrekt vorausgesehen, gegen Ihren Teil drei habe ich sehr wohl etwas einzuwenden, und ich denke, das kann nicht unwidersprochen bleiben. Ich halte es für sehr gefährlich, was Sie gesagt haben von "verstärkter Lohnspreizung". Oder was bedeutet denn das? Das bedeutet, dass die Schere zwischen den niedrigen Einkommen und den hohen Einkommen mehr auseinander gehen muss, vor allem, dass es mehr niedrige Einkommen geben muss zu Gunsten der Arbeitslosen. – Low job ist schon eingeworfen worden. Ich möchte dem entgegenhalten, speziell im Einkommen bei Frauen: Sie wissen alle, dass Frauen zu einem hohen Teil sozusagen teilzeitbeschäftigt oder geringfügig beschäftigt sind, und dass das durchschnittliche Einkommen einer weiblichen Teilzeitkraft bei € 500,-- netto liegt – also ein Betrag, von dem man normalerweise nicht eigenständig leben kann, ganz zu schweigen von den geringfügig Beschäftigten mit € 316,--, netto ist gleich brutto in diesem Fall. Es gibt Gott sei Dank Gewerkschaften, es gibt Gott sei Dank Kollektivverträge. Und im von Ihnen gebrachten Lohnspreizen möchte ich das, ich mein', hoffe ich dann schon dringend auf diese starken, auf diese starken Gewerkschaften.

Ein zweiter kurzer Punkt ist von Seiten der Freiheitlichen gekommen. "Frauen seien ja inzwischen schon besser ausgebildet als wie Männer". Ich darf Ihnen nur ganz kurz eine Statistik über die höchste abgeschlossene Schulausbildung von Frauen vorlegen: Frauen in Vorarlberg haben mit 48,2 Prozent – also fast die Hälfte – als höchste abgeschlossene Schulbildung die Pflichtschule. Es kommt dann die Lehrlingsausbildung als höchste abgeschlossene Bildung mit 21,2 Prozent. Es kommen dann die berufsbildenden mittleren

Schulen mit 17,1 Prozent. Und ganz zum Schluss rangieren natürlich die hochschulverwandten Ausbildungen, sprich Fachhochschule, mit 2,4 Prozent und die Universitäten mit 2,8 Prozent. So viel zum Bildungsstand (Zwischenruf Mag. Neyer: Wo hond Sie die Zahlen her?) der Frauen. – Die Zahlen sind von gestern Abend aus der Statistik des AMS. Ich danke schön! (Zwischenrufe – Wieser – Mag. Neyer) (Beifall!)